nerstag, den 18. September 1930 Einzelnummer 10 Pfennige 41. Jahrgang — Nr. 218

Volkswacht

für Schlesien

wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer"

spreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die gen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße 5 und Friedrich-str. 105, Matthiasstraße 130, sowie durch alle Austräger zu beziehen. preis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmk. + 8 Pf. Träger-Rmk., monatlich 1.75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21731, Redaktion 21738
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

ertagung der politischen Entscheidung

nach der Rückkehr Otto Brauns — Die einen wollen nach rechts, die anderen nach links — Vorerst ein großes Durcheinander

er Reichskanzler beabsichtigt zunächst, politische rechungen mit den Parteiführern nicht ein-ten. Mit der Diskussion über die Gestaltung der ntarischen Verhältnisse soll erst nach der Rückkehr des hen Ministerpräsidenten Dr. Braun aus dem am angetretenen, kurzen Erholungsurlaub begonnen werden. ing selbst dürfte im Verlauf der nächsten Woche Berlin s auf einige Tage verlassen.

* * *

er Pressedienst der Zentrumspartei schreibt: eichsregierung muß die Zügel in der Hand behalten. Man schließlich keine Narren (Nationalsozialisten) regieren nd der Reichstag ist uns als Kaltwasser-Heil-ist zu schade."

Er will mit Hitler gehen

Führer der Christlich-Nationalen Bauern- Landvolkpartei, Höfer, erklärte gegenüber einem er der agrarischen „Deutschen Tageszeitung":

„Die Lage im Reich beurteile ich dahin, daß eine andere ichkeit als die einer Rechtsregierung von der ichen Volkspartei über das Zentrum bis den Nationalsozialisten nicht gegeben ist. Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei wird gen Anregungen von dritter Seite, sich an einer großen lition mit den Sozialdemokraten zu be-en, ein kategorisches „Nein" entgegensetzen."

emgegenüber wird aus Zentrumskreisen immer wieder ller Entschiedenheit versichert, daß eine Koalition Zentrum und Nationalsozialisten oder — wie man erklärt „Narren" unter keinen Umständen in Frage komme. Der Parteivorstand des Zentrums, der am Dienstag in Berlin zusammentritt, werde zweifellos einen entsprechenden Beschluß fassen.

Köln, 17. September. (Eig. Drahtbericht.)

Das rheinische Zentrumsblatt, die „Kölnische Volkszeitung", schreibt in ihrer Mittwoch-Ausgabe, daß der preußische Ministerpräsident Otto Braun auch nach ihrer Meinung zur Zeit die stärkste politische Potenz der Sozialdemokratie ist. Das Blatt schreibt dann weiter:

„Warten wir ab, ob und wie diese Potenz im Reiche bei den Schwierigkeiten der Lage zur Geltung kommt und welchen Einsatz sie mitzubringen in der Lage ist. Wir werden aber darum keinen Augenblick vergessen, welchen Einsatz und welche Garantie wir in Heinrich Brüning und in einer geschlossenen ihrer Verantwortung wie immer bewußten Zentrumspartei bereits besitzen. Wer mit uns arbeiten will, dem sagen wir ganz ruhig, aber auch ganz bestimmt: „Hände weg von Brüning!"

* * *

Die nationalistische „Deutsche Zeitung" hebt heute hervor, daß die Nationalsozialisten im neuen Reichstag Anwartschaft auf einen Vizepräsidentensitz und auf Sitze in den Ausschüssen haben. Die Mitte werde sicherlich versuchen, den Nationalsozialisten die berechtigten Ansprüche streitig zu machen. Wörtlich schreibt das Blatt dann:

„Dieser Versuch wäre endgültig zum Scheitern verdammt, wenn Nationalsozialisten und Deutschnationale sich im Reichstag zusammenschlössen und so die stärkste Fraktion bildeten. ... Die so gebildete stärkste Fraktion würde dann nicht nur auf das Präsidium des Reichstages Anspruch erheben, sondern auch die Umgestaltung der Reichsregierung fordern können."

Beruhigung in Paris

Paris, 17. September. (Eigener Drahtbericht.)

Mit Befriedigung stellt die Pariser Presse fest, daß es dank des Völkerbundes innerhalb weniger Tage gelungen ist, die Erregung über den Hitler-Sieg in Deutschland zu besänftigen. Bezeichnend für die Fortschritte, die die internationale Solidarität gemacht hat, ist die Tatsache, daß der „Paris Midi" die am Dienstag in Genf gebildete Einheitsfront gegen die drohenden Gefahren der Unordnung und der sozialen Zersetzung als eine wahre „Entente cordiale" bezeichnet. Das gleiche Blatt betont auch, daß es den Hitler-Garden trotz ihres Wahltriumphes nicht gelungen sei, die Arbeiten des Völkerbundes auch nur um eine Sekunde zum Stillstand zu bringen, die Vorstudien zum Europa-Pakt zu erschweren oder den Sinn der außenpolitischen Erklärungen des deutschen Delegierten Dr. Curtius zu ändern.

Die maßvolle Rede des Reichsaußenministers in Genf hat nicht wenig zu der Entspannung beigetragen. Ohne, wie der „Temps" erklärt, auch nur eine der bekannten Forderungen der deutschen Außenpolitik aufzugeben, habe Curtius der naheliegenden Versuchung widerstanden, die brennenden Fragen aufzuwerfen, die den Hauptinhalt der Wahlkampagne Hitlers und Hugenbergs gebildet hätten. Er habe sich im Gegenteil bemüht, ein friedenswilliges, der Politik Stresemanns treu bleibendes Deutschland zu zeichnen und habe mit eindrucksvoller Betonung versichert, daß man auch den bloßen Gedanken an die Möglichkeit eines Krieges entschieden ablehnen müsse.

Trotz allem sieht man in Paris nicht ohne Besorgnis den als unbedingt notwendig erachteten Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierungsmehrheit in Deutschland entgegen.

Treviranus zieht um

Er amtiert trotz seiner Niederlage vergnügt weiter

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Treviranus, siedelt mit dem Tage der Auflösung seines Ministeriums, dem 30. September, als Minister ohne Portefeuille in die Reichskanzlei über, wo er in erster Linie als Reichskommissar für die Osthilfe tätig sein soll.

Englands Arbeitslosigkeit wächst wieder

London, 17. September. (Eigener Drahtbericht.)

Das in der letzten Woche festgestellte Anwachsen der englischen Arbeitslosigkeit um 79 127 Personen hat neue große Besorgnisse in allen politischen und wirtschaftlichen Kreisen Englands ausgelöst. Die Regierung versucht, durch sofortige Notstandsmaßnahmen der Arbeitslosenflut, die jetzt auf 2 139 571 Personen angestiegen ist, einen Damm entgegenzusetzen. An den in den verschiedenen Ministerien stattfindenden Beratungen nehmen auch die Liberalen teil.

Ausführungsbestimmungen für die neuen Gemeindesteuern

Das preußische Staatsministerium hat in seiner letzten Sitzung Ausführungsbestimmungen für die von der Reichsregierung verordnete Gemeinde-, Getränke- und Bürgersteuer beschlossen. Die Bestimmungen werden zunächst dem preußischen Staatsrat zugehen, der sich am 30. September damit befassen wird.

Europa-Entschließung einstimmig angenommen

Ein Sonderausschuß des Völkerbundes zur Beratung der Europafrage eingesetzt

Genf, 17. September. (Eig. Drahtbericht.)

Völkerbundsversammlung hat am Mittwoch einstimmig und ohne jede Aussprache den Antrag sämtlicher Mächte auf sofortige Einsetzung eines aus Vertretern sämtlicher europäischer Staaten bestehenden Ausschusses zur weiteren Behandlung der Paneuropafrage nen. Die Vollversammlung vertagte sich dann ere Tage, um den Kommissionen Gelegenheit zur Arbeit

urgemäß beansprucht die Abrüstungskommission ne Aufmerksamkeit. Sie begann am Mittwoch vormittag dem Vorsitz von Politis-Griechenland mit der des im Vorjahre ausgearbeiteten Konventions-es über die finanzielle Unterstützung des griffenen im Kriegsfalle. Artikel 1, der die ung des Unterstützungsfalles enthält, führte in Anbetracht anischen Abänderungsvorschlags zu einer längeren Aus-Zahlreiche Regierungsvertreter erinnerten an die lange bis zur Vollendung des Kompromiß-Wortlauts im nsentwurf und forderten endlich die Verabschiedung im der jetzigen Tagung. Auf Vorschlag Lord Cecils wurde sprache schließlich um einen Tag verschoben, um allen nen Gelegenheit zur Einreichung von Abänderungs-gen zu geben, die eine rasche summarische Erledigung len.

Genf, 17. September. (Eigener Drahtbericht.)

von der Vollversammlung des Völker-s am Mittwoch einstimmig angenommene Europa-ließung lautet in ihrem entscheidenden Teil:

ie Versammlung fordert die europäischen Mitglieds-uf, in Verbindung mit dem Sekretariat die Unter-gleichsam als Ausschuß des Völkerbundes weiter zu ver-und erinnert sie daran, daß sie in dem Maße, wie eine Zusammenarbeit ihnen nützlich erscheint, die Möglichkeit diese Untersuchung in Verbindung mit den nicht-päischen Mitgliedern sowie den Regierungen, icht Völkerbundsmitglieder sind, weiter zu Die ersten Ergebnisse sollen sobald als möglich in konkreten Vorschlägen zusammengefaßt werden in Bericht, der in geeigneter Weise aufgestellt werden soll, nächsten Versammlung unterbreitet zu werden."

s diesem Wortlaut der Entschließung geht hervor, daß Irland zur Mitarbeit eingeladen werden Eine entsprechende Aufforderung dürfte schon demnächst

ala, Irland und Norwegen in den Rat gewählt

Genf, 17. September. (Eigener Drahtbericht.)

Vollversammlung des Völkerbundes Mittwoch Guatemala mit 41, Norwegen mit Irland mit 36 von 52 abgegebenen Stimmen zu nicht-Mitgliedern des Rates. Die von dem chine-Vertreter für China beantragte Wiederwählbarkeit wurde

Beginn des Prozesses Strafella

Wien, 17. September. (Eig. Drahtbericht.)

Am Mittwoch begann vor einem Wiener Gericht ein auf mehrere Tage berechneter Beleidigungsprozeß des Direktors der Bundesbahnen Dr. Strafella gegen den verantwortlichen Redakteur der Wiener „Arbeiter-Zeitung". Dem Prozeß liegt ein Artikel der Wiener „Arbeiter-Zeitung" zugrunde, in dem Strafella vorgeworfen wird, daß er die Bundesbahnen als Melkkuh für die Christlichsozialen und für den Kriegsfonds der Heimwehren benutzen wolle. Es wird in dem Artikel insbesondere auf zwei Geheimfonds der Bundesbahnen hingewiesen. Außerdem wird Strafella vorgeworfen, daß er dunkle Häuserspekulationen betrieben und unrichtige Steuererklärungen über sein Einkommen abgegeben habe.

Die Vertreter des Angeklagten haben einen umfangreichen Wahrheitsbeweis angeboten.

Noch eine Tagung des Ueberwachungsausschusses

Aufhebung der Kapitalertragssteuer für festverzinsliche Werte

Der Ueberwachungsausschuß des Reichstages nahm am Mittwoch mit vierzehn gegen zwölf Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten eine Verordnung der Reichsregierung an, durch die die Kapitalertragssteuer für festverzinsliche Werte mit Wirkung vom 2. Januar 1931 aufgehoben werden soll. Ein sozialdemokratischer Antrag, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen, da die Erledigung nicht so dringlich sei, wurde abgelehnt. Ebenso wurde ein sozialdemokratischer Antrag verworfen, der die Beseitigung der Kapitalertragssteuer beschränkt wissen wollte für nach dem 1. Juli 1930 neu aufzugebende festverzinsliche Wertpapiere.

Die Kommunisten verlangten im Verlauf der Sitzung, die Reichsregierung zum Rücktritt aufzufordern und die Notverordnung aufzuheben. Die Mehrheit des Ausschusses lehnte die Beratung entsprechender Anträge ab, da der Ueberwachungsausschuß dafür nicht zuständig ist.

Eine andere Forderung der Kommunisten ist die, den Reichstag in den nächsten acht Tagen einzuberufen. Dieses Verlangen trägt wie fast alle kommunistischen Forderungen den Stempel der Demagogie an der Stirn. Es steht bekanntlich nicht einmal fest, wer gewählt ist und es wird ebensowenig in acht Tagen endgültig feststehen, wer in den neuen Reichstag einzieht. Das Feststellungsverfahren gestaltet sich diesmal außerordentlich schwierig, weil insbesondere die Nationalsozialisten und Kommunisten in zahlreichen Wahlkreisen die gleichen Spitzenkandidaten aufgestellt hatten. Da jeder Kandidat aber nur einmal gewählt werden kann, muß bei den nachfolgenden Kandidaten jeweils Rückfrage gehalten werden, ob sie die durch den Verzicht ihres Spitzenkandidaten zu ihren Gunsten ausgefallene Wahl annehmen oder nicht. Diese Rückfragen, hauptsächlich notwendig geworden durch die Kandidatenaufstellung der Nazis und Kommunisten, erfordern viel Zeit und Arbeit. Es ist also nichts als Demagogie, wenn ausgerechnet die Kommunisten heute die Einberufung des Reichstages innerhalb acht Tagen fordern, obwohl sie dazu beigetragen haben, daß eine derartige Einberufung völlig ausgeschlossen ist.

* * *

A. Kr. Vor einigen Wochen haben wir schon einmal scharfe Kritik an den Beschlüssen des Ueberwachungsausschusses des Reichstages üben müssen. Heute ist das wiederum notwendig, wenn auch im gerade entgegengesetzten Sinne. Damals kritisierten wir, daß der Ueberwachungsausschuß sich in einer Sache für unzuständig erklärte, in der er zweifellos gerade zuständig war, ja, die zu seinen Hauptaufgaben gehörte. Heute müssen wir kritisieren, daß der Ausschuß sich eine Zuständigkeit anmaßt, die er nach der Verfassung zweifellos nicht besitzt. Nach Artikel 35, Abs. 2 der Reichsverfassung ist die Aufgabe des Ueberwachungsausschusses die Wahrung der Rechte des Reichstags gegenüber der Reichsregierung. In diesen Aufgabenkreis gehört aber die materielle Beschlußfassung über Steuergesetze nicht, es kann in diesem Bereich nur die Prüfung der Frage fallen, ob die Regierung zu dem Erlaß

einer Verordnung ohne Zustimmung des Reichstages berechtigt ist oder nicht. Das ist die Regierung in diesem Falle nun zweifellos nicht. Denn die Ermächtigung, die der alte Reichstag in der Angelegenheit der Kapitalertragssteuer der Regierung gegeben hatte, war an die Zustimmung des Reichsrats und des Steuerausschusses des alten Reichstag gebunden. Dieser Steuerausschuß existiert nun seit der Auflösung des Reichstags nicht mehr. Damit ist die ganze Ermächtigung hinfällig geworden, weil die Reichsregierung sich die vorgeschriebene Zustimmung nicht mehr verschaffen kann. Keinesfalls kann aber die Zuständigkeit des Steuerausschusses des Reichstages in einer materiellen Angelegenheit durch die des Ueberwachungsausschusses ersetzt werden. Das würde ja bedeuten, daß alle Rechte der Ausschüsse und des Reichstags auf den Ueberwachungsausschuß übergingen. Die Verordnung kann aber infolge der Auflösung des Reichstags so lange nicht erlassen werden, als nicht der neue Reichstag in der Angelegenheit einen neuen entsprechenden Beschluß faßt. Erst wenn die Reichsregierung sich darüber hinwegsetzen würde und die Verordnung doch erlassen würde, könnte der Ueberwachungsausschuß in Aktion treten und beschließen, daß die Verordnung der Regierung rechtsungültig wäre. So maßt sich die Mehrheit des Ueberwachungsausschusses ein Recht der unmittelbaren Gesetzgebung an, das er zweifellos nicht hat. Dieser Beschluß des Ueberwachungsausschusses widerspricht aber auch seinem eigenen früheren Beschluß, daß er nicht berechtigt sei, die Rechtmäßigkeit der Notverordnung zu prüfen. Denn hier werden jetzt dem Ueberwachungsausschuß plötzlich noch viel weitergehende Rechte zuerkannt, als die gingen, die er sich damals selbst absprach.

Zu der Sache selbst ist zu sagen, daß in dem Vorschlag, die Kapitalertragsteuer für festverzinsliche Werte aufzuheben, ein gesunder Kern steckt. Die Kapitalertragssteuer für festverzinsliche Werte wird in Wirklichkeit nicht von dem Eigentümer der fraglichen Wertpapiere bezahlt, sondern von der das festverzinsliche Wertpapier ausgebenden öffentlichen Körperschaft, da die Geldgeber in solchen Fällen immer die Kapitalertragssteuer in die Anleihebedingungen einkalkulieren. Die Folge ist, daß der Zinssatz für diese Anleihe von vornherein um den Betrag erhöht wird, den die Kapitalertragssteuer ausmacht. Die Aufhebung der Kapitalertragssteuer für festverzinsliche Werte bedeutet also für neu aufzulegende Anleihen eine Herabsetzung des Zinsniveaus, und das ist in der gegenwärtigen Zeit der schweren Wirtschaftskrise und der Finanznot der Gemeinden und des Staates sicherlich eine nützliche Maßnahme, zumal eine Entlastung für die Eigentümer der Wertpapiere solange nicht in Frage kommt, als sich diese Maßnahme auf neuaufzulegende Anleihen beschränkt. Das gilt aber alles eben nur für neuaufzulegende Anleihen. Wenn die Kapitalertragssteuer auf für bereits ausgegebene und im Verkehr befindliche festverzinsliche Werte sich erstreckt, dann ist der Charakter der Maßnahme insoweit ein völlig anderer. Die Herabsetzung des Zinsniveaus wird dann nicht mehr erreicht, weil der Zinssatz ja bereits feststeht und nicht mehr geändert werden kann. Auf der anderen Seite wird aber den Kapitalisten, die solche bereits ausgegebenen festverzinslichen Werte besitzen, nachträglich allerdings ein Steuergeschenk gewährt. Nachdem also der Antrag der Sozialdemokratie, die Maßnahme auf neuaufzulegende festverzinsliche Anleihen zu beschränken, abgelehnt ist, hat die Maßnahme allerdings einen rein besitzfreundlichen Charakter erhalten und verdient jetzt scharfe Kritik. Und das um so mehr, als dadurch auf der anderen Seite auch ein Einnahmeausfall für das Reich entsteht und damit ein neues Loch in den an sich schon sehr schlechten Reichsfinanzen, für das vorläufig wenigstens keine Deckung vorhanden ist. Und das ist in der gegenwärtigen Situation eine ganz unverantwortliche Maßnahme.

Riesige Zollerhöhungen in Kanada

Antwort auf den neuen Zolltarif der USA. — Kanada schließt sich auch gegen England ab

Montreal, 17. September. (Eigener Drahtbericht.)

Zollerhöhung gegen Arbeitslosigkeit war die Wahlparole der kanadischen Konservativen, mit der sie bei den jüngsten Parlamentswahlen die Mehrheit gewonnen und damit zur Regierung gelangten. Gestützt auf diese parlamentarische Mehrheit hat sich die neue Regierung beeilt, ihr Wahlversprechen in die Tat umzusetzen.

Mit 116 gegen 62 Stimmen genehmigte das kanadische Abgeordnetenhaus am Mittwoch den neuen Zolltarif, der einen bisher unbekannten Zollrekord aufstellt. Für 134 von 150 Artikeln ist der Einfuhrzoll in der beispiellosesten Weise erhöht worden. Hiervon werden die wichtigsten industriellen und agrarischen Produkte betroffen. Unter anderem wird der Zoll für alle aus den Vereinigten Staaten kommenden Agrarprodukte sowie Vieh von 10 auf 25 Prozent, für Eisen und Stahl von 2 auf 4½ Dollar pro Tonne, für landwirtschaftliche Maschinen aus USA. um 300 bis 400 Prozent erhöht. Die Zollerhöhung ist die Antwort Kanadas auf die amerikanische Zollerhöhung. Das neue kanadische Gesetz verteuert jedoch in ähnlicher Höhe die Einfuhr aus allen anderen Ländern, sowie auch aus England, dem lediglich einige kleinere Erleichterungen für Textilwaren zugestanden worden sind. Durch die Zollerhöhung hofft die kanadische Regierung, die Arbeitslosigkeit beseitigen zu können.

Der neue Zolltarif ist nicht nur ein schwerer Schlag für alle exportierenden Länder, sondern vor allem auch für die Imperium-Zollidee der englischen Konservativen. Ihre Absicht ist es, das gesamte britische Reich in einer Zolleinheit zu verschmelzen: erhöhte Zölle nach außen, Zollfreiheit im Innern. Wenn sich jetzt Kanada derartig gegen die englische Einfuhr absperrt, so zeigt dies, wie undurchführbar die Zollidee der Konservativen und wie entgegengesetzt die Wirtschaftsentwicklung der britischen Ueberseeländer ist.

* * *

A. Kr. Dies Beispiel der Zollpolitik der neuen kanadischen Regierung zeigt wieder einmal erschreckend deutlich, wohin die uferlose Hochschutzzollpolitik führen muß. Die an sich schon schwer daniederliegende Wirtschaft der Vereinigten Staaten wird durch diese Maßnahme sicher aufs schwerste getroffen werden; denn in den letzten Jahrzehnten hat sich eine außerordentlich enge wirtschaftliche Verflechtung zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten entwickelt. Sowohl der Menge als auch dem Werte nach bildet die von den Vereinigten Staaten nach Kanada gehende Ausfuhr einen sehr starken Prozentsatz der gesamten Ausfuhr der Vereinigten Staaten. Da diese Zollerhöhung die Antwort Kanadas auf die Zollerhöhung der Vereinigten Staaten ist, so zeigt sich hier wiederum, wie die Hochschutzzollpolitik der einzelnen Staaten zu einer immer stärkeren Abschließung der einzelnen Volkswirtschaften voneinander führt, wie sich zwangsläufig die Hochschutzzöllner gegenseitig in die Höhe schrauben und wie die Länder, die solche Hochschutzzölle festsetzen, ihre eigene Wirtschaft damit treffen. Die Weltwirtschaft wird dabei immer weiter geschädigt und auch die Krise im eigenen Lande muß dadurch immer mehr verschärft werden.

Diese Maßnahme Kanadas ist aber auch für das britische Mutterland und für das ganze britische Imperium ein verhängnisvolles Ereignis. Nicht nur deshalb, weil die Imperiumszollidee der englischen Zeitungslords dadurch einen schweren Stoß erhält, sondern vor allem weil unmittelbar die Wirtschaftskrise im englischen Mutterland dadurch außerordentlich verschärft werden muß und weil darüber hinaus mittelbar der ganze Zusammenhalt des englischen Imperiums stark aufgelockert wird. Gerade wir Europäer können die Gefahren, die aus diesen Maßnahmen für das britische Reich entstehen müssen, würdigen; denn wir wissen nur zu gut, daß die Einigung der europäischen Staaten zu einem Staatenbund erst möglich sein wird, wenn die wirtschaftliche Einigung Europas vorausgegangen ist. Umgekehrt kann das britische Reich, das heute ebenfalls ein Staatenbund ist, auf die Dauer nur zusammenbleiben, wenn es auch wirtschaftlich eine Einheit bleibt. Das ist ja gerade einer der Grundgedanken, der der Imperiumszollidee der englischen Zeitungslords zugrunde liegt. Fangen aber die einzelnen Staaten des britischen Reichs erst einmal an, in dieser Weise sich wirtschaftlich gegeneinander abzuschließen, dann werden sie sich auch allmählich kulturell und national voneinander fortentwickeln, und das lose Band, das diese Länder noch umschlingt, wird bald ganz zerrissen, wenn keine Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen Interessen mehr besteht. Schon heute ist es so, daß eigentlich nur noch die wirtschaftliche Verflechtung der früheren englischen Kolonien mit ihrem Mutterland das britische Reich zusammenhält. Wird diese wirtschaftliche Verflechtung auf diese Weise zerrissen, dann ist unabsehbar, was aus dem britischen Reich werden wird.

Tumult in einer Berliner Bezirksversammlung

Rüpeleien der Kommunisten

In der Berlin-Lichtenberger Bezirksversammlung kam es am Mittwoch zu heftigen [illegible] tritten.

Die Beratungen, die um 6 Uhr begannen und etwa [illegible] Stunden in vollkommener Ruhe durchgeführt wurden, [illegible] gegen 8 Uhr zu unerhörten kommunistischen [illegible] szenen. Als ein Stadtrat zu einer Reihe kommunistischer Agitationsanträge eine Erklärung abgab, rief ihm ein [illegible] nistischer Bezirksverordneter zu: „Herr Stadtrat, Sie lügen wieder!“ Die Sitzung wurde nach einem kurzen heftigen [illegible] wechsel sofort unterbrochen. In der Pause beschloß der [illegible] rat, daß der Kommunist seine Aeußerung zurücknehmen [illegible] anderenfalls sei er von der Sitzung auszuschließen. Der [illegible] nistische Rüpel dachte jedoch in der neuen Sitzung gar nicht [illegible] sich zu entschuldigen, folgte aber auch der Aufforderung [illegible] Vorstehers, den Sitzungssaal zu verlassen, nicht. Schließlich [illegible] Polizei in den Sitzungssaal gerufen. Als sie erschien, [illegible] die Kommunisten wie besessen und griffen die Beamten an, [illegible] es zu einer heftigen Rauferei kam. Einem kommunistischen Stadtverordneten wurde der Rock völlig zerrissen und [illegible] Fraktionsvorsitzenden der Kommunisten der Kragen abge[illegible] Es bedurfte großer Anstrengung der Polizei, ehe der [illegible] nistische Rüpel aus dem Saale geschafft werden konnte. [illegible] schließlich so weit war, sangen die Kommunisten die [illegible] nationale. Unterdessen wurde die Sitzung unter großem [illegible] geschlossen.

Kellogg Richter am Internationalen Gerichts[illegible]

Genf, 17. September. (Eigener Drahtbericht.)

Die Wahl des Ersatzmannes für den am [illegible] nationalen Ständigen Gerichtshof im [illegible] zurücktretenden Amerikaner Charles Evans Hu[illegible] durch die Vollversammlung des Völkerbundes fiel mit 33 [illegible] abgegebenen gültigen Stimmen auf Frank Kellogg, [illegible] Vater des bekannten Kellogg-Paktes. Das Mandat von [illegible] ist bis zum 31. Dezember 1930 befristet. Die endgültige [illegible] der 15 ständigen Richter für den Internationalen Gerichts[illegible] erfolgt in einer späteren Vollversammlung.

Pabst klagt

Er will Schobers Verbindungsmann gewesen sein

Wien, 17. September. (Eigener Drahtbericht.)

Der bekannte Putschist Major Pabst, der sich zur[illegible] Venedig aufhält, hat gegen die Wiener „Allgemeine Ze[illegible] Klage einreichen lassen, weil das Blatt ihn nach [illegible] Ausweisung als einen wegen Hochverrats verfolgten Aus[illegible] bezeichnet hatte. Pabst beruft sich darauf, daß er sich in [illegible] reich immer im Sinne der Staatserhaltung und zwar [illegible] Einvernehmen mit der Regierung betätigt habe. Bun[illegible] kanzler Schober habe wiederholt mit ihm verhandelt [illegible] ihn eingeladen, ihn immer aufzusuchen. Es sei sogar ein [illegible] bindungsmann zwischen Schober und der Bundesführung [illegible] Heimwehr gestellt worden.

Pabst beruft sich zum Beweis seiner staatserhal[illegible] Tätigkeit auf das Zeugnis des Bundeskanzlers [illegible] der früheren Heimwehrführer Steidle und Pfriemer.

Friedensaktion der französischen Sozialisten

Scharfer Protest gegen Pilsudskis Gewaltregime

Paris, 18. September. (Eigener Funkbericht.)

Der Vorstand der Sozialistischen Pa[illegible] Frankreichs hat beschlossen, im Oktober eine große Pr[illegible] gandawoche für die Organisation des Frie[illegible] und der Entwaffnung abzuhalten. Die Parlamen[illegible] der Partei sind aufgefordert worden, sich vom 25. Oktob[illegible] für diese Propagandawoche freizuhalten. Weiter hat der Vo[illegible] einstimmig eine Protestentschließung gegen [illegible] willkürliche Verhaftung polnischer Pa[illegible] mentarier und die Untaten der Faschisten Pilsudskis [illegible] genommen. Die Hochhaltung des demokratischen Gedanke[illegible] Polen, heißt es in der Entschließung, sei nicht nur eine [illegible] wendigkeit der Arbeiterklasse, sondern auch eine Garantie [illegible] den Frieden Europas. Die französischen Sozialisten werden [illegible] gefordert, bei jeder Gelegenheit gegen die Pilsudski-Dikta[illegible] demonstrieren und den polnischen Proletariern ihre Sym[illegible] zum Ausdruck zu bringen.

Henker Johnny

Roman von Marike Johnston

Aus dem Englischen übertragen von Franz Fein

26] (Nachdruck verboten.)

„Ein Wunder wäre es nicht, wenn sie ihn wahnsinnig gemacht hätte, so wie sie sich aufführt“, unterbrach Mrs. Donavan eifrig. „Ich möchte manchmal wissen, warum er sich überhaupt mit ihr eingelassen hat. Jammerschade ist es, daß er es getan hat, der arme Mann, wo er doch ein Gesicht h[illegible], daß einem das Herz aus der Brust [illegible] könnte. Oft tut er mir leid, weil er so ein anständiger Mann und so ein guter Mann ist. Das ist er.“

„Ja, und haben Sie bemerkt, wie er manchmal weggeht von hier?“ fragte Mrs. Carey geheimnisvoll. „[illegible] Tage hintereinander bleibt er oft fort. Da steckt doch irgend etwas dahinter.“

„Aber sie scheint sich nur wenig daraus zu machen, daß er immer weggeht“, begann Mrs. Donavan. [illegible]

[illegible]

Alles lief zum Fenster.

Johnny stand vor seiner Tür. Seine Schritte waren vom vielen [illegible], und er [illegible] in der Heiligkeit, genau so, wie der alte Kenedy es getan hatte.

An diesem Abend saß Anna wie gewöhnlich am Kamin und strickte. Das rote Licht flackerte durch das Zimmer und beleuchtete schwach die [illegible] Kahlheit. Es wurde sehr dunkel, weil sie die Kerzen nie anzündete, solange man überhaupt noch etwas sehen konnte. Sie war allein, denn Michael spielte draußen, und Johnny arbeitete unten in der Werkstatt.

Eine [illegible], die sie immer in peinlicher Ordnung hielt, stand neben ihr. Als sie nach etwas grauer Wolle suchte, sah sie einen Briefumschlag darin liegen. Sie zauderte, dann [illegible] sie ein wenig, griff nach ihm und nahm den Brief heraus, der darin war. Der war alt und zerknittert, und die Worte, die in feiner, ungelenker Schrift darin standen, wußte sie auswendig:

Ballyhoulteen, Juli 1878.

Liebe Anna,

ich hoffe, daß Gott diesen Brief zu Dir bringen [illegible]

[illegible]

Gesicht gehabt wie ein anständiger Mensch. Ich will [illegible] wiedersehen, deshalb verlasse ihn, und Du brauchst auch [illegible] stolz zu sein, um zu Deinem alten Vater zurückzukommen, [illegible] Dir die Tür nicht verschlossen sein wird. Ich habe lan[illegible] diesem Brief gearbeitet und darüber nachgedacht, wie die [illegible] geschrieben werden müssen, und kann keine Zeile mehr [illegible] deshalb schließt

Dein Dich liebender Vater

James Mu[illegible]

Vor zwei Jahren hatte Jamesy Lee, abgerissen und arb[illegible] in die St. Brigid Street gefunden und den Namen „[illegible] über der finsteren, armseligen kleinen Werkstatt gelesen. [illegible] hatte den Brief Johnny nie gezeigt und auch nie darauf [illegible] wortet. Ihre Augen konnten nicht zwischen den Zeilen [illegible] Johnnys Schritte wurden auf der Treppe laut, und sie le[illegible] Brief in die Schachtel zurück.

Er kam herein und setzte sich, ein wenig fröstelnd, [illegible]

„Johnny“, sagte sie vorwurfsvoll, „du kommst eine [illegible] Stunde zu früh herauf.“

„Ich habe früh zugemacht“, antwortete er. „Ich wußte [illegible] niemand mehr kommt, und dort unten ist es sehr kalt.“

„Ach, Johnny, das ist eine böse Sache. Du scheinst [illegible] nicht um die Werkstatt zu kümmern, und wie leben [illegible] Das weißt du ja. Deine andere Arbeit bringt nicht [illegible] ein, und was sie bringt, das spare ich in einem Schub[illegible]

„Ach ja“, sagte er. Er saß am Feuer, starrte hinein [illegible] die Hände zwischen den Knien herunterhängen. Diese [illegible] ärgerte sie immer ganz besonders. Dann sah er ihr [illegible] Finger an.

„Hast du sehr viel zu tun, Anna?“ fragte er [illegible] Sie legte den fertigen Socken aus der Hand und griff [illegible] anderen.

„Immer hast du etwas zu tun“, fuhr er fort. [illegible] das Gefühl, daß du dich ausruhen mußt wie die anderen [illegible] hier? Die arbeiten nicht halb soviel wie du.“

„Meinst du Mrs. Carey und Mrs. Donavan und [illegible] Gesellschaft?“ fuhr sie auf. „Eine erbärmliche, faule [illegible] sind sie. Schöne Wohnungen haben sie, was! Ich bin [illegible] herum gewesen, und mir ist beinahe schlecht geworden.“

„Sie sind aber ganz glücklich, scheint es“, sagte Joh[illegible]

(Fortsetzung folgt.)

Wohnungsbauten in Paris

Paris, 17. September. (Eigener Drahtbericht.)

Zwischen der Stadt Paris und einer großen privaten Gesellschaft ist am Mittwoch ein Vertrag abgeschlossen worden, nach dem die Stadt Paris der Gesellschaft ein Terrain von etwa 15 Hektar zur Erstellung von insgesamt 8400 Wohnungen überläßt unter der Bedingung, spätestens sechs Monate nach der Uebergabe des Baugrunds mit den Arbeiten begonnen wird. Von den 8400 Wohnungen sollen 4400 für jene Familien reserviert werden, die gezwungen sind, aus baufälligen Häusern auszuziehen. Der Mietpreis dieser Wohnungen wird sehr niedrig gehalten sein, und zwar für ein Zimmer, Küche und WC. 1400 Franken im Jahre, für zwei Zimmer und die gleichen Nebenräume 2000 Franken und für drei Zimmer 2700 Franken jährlich betragen. Die übrigen 4000 Wohnungen sind regulär zu mieten und dementsprechend teurer. Man rechnet damit, daß die 8400 Wohnungen 18 Monate nach Baubeginn bezieht bar sein werden. (6½ Franks sind eine Mark.)

Beschlüsse aus der Schweizer KP.

Zürich, 17. September. (Eigener Drahtbericht.)

Die seit Monaten andauernden Auseinandersetzungen der Kommunistischen Partei der Schweiz haben jetzt zum Ausschluß des bisherigen Parteisekretärs Schaffhausen, Erb, und des bisher in Schaffhausen führenden Kommunisten Schlättli geführt. An den kommunistischen Nationalrat Bringolf, der an der Spitze der Rechtsopposition im Kampfe gegen das Zentralkomitee steht und gegenwärtig in Moskau weilt, um sich vor dem Ekki zu rechtfertigen, hat man sich noch nicht herangetraut, obwohl er sich in allen Fragen mit Erb und Schlättli solidarisch erklärt hat.

Japan ratifiziert doch noch

London, 18. September. (Eigener Funkbericht.)

Eine Kommission des japanischen Staatsrates hat einmütig beschlossen, dem Staatsrat die Ratifikation des Londoner Flottenabkommens zu empfehlen. Allerdings wurde auch beschlossen, dem japanischen Kaiser eine Verwarnung an sein Kabinett zu empfehlen, die sich gegen dessen allgemeine Politik richten soll.

Auch die Schweiz rüstet

Bern, 17. September. (Eigener Drahtbericht.)

Offiziös wird mitgeteilt, daß mit einer Erhöhung des schweizerischen Militärbudgets auf 100 Millionen Franken zu rechnen sei. Gegenwärtig erreicht das Budget eine Höhe von nicht ganz 90 Millionen. Die Erhöhung soll für die Anschaffung von Material, darunter besonders Gasmasken, Verwendung finden.

Hochschulstudium und Arbeitsmarkt

Kleiner Rückgang der Studierenden — Der Frauenandrang ist stärker geworden

Nach dem Krieg setzte ein starker Andrang zum akademischen Studium ein. Die Zahl der Studierenden nahm von Jahr zu Jahr zu. Selbstverständlich mußte diese Bewegung auf die entsprechenden Arbeitsmärkte zurückwirken und die Klagen verschiedener Berufe über die Bildung eines akademischen Proletariats sind wohl in der Hauptsache auf den starken Drang zum akademischen Studium zurückzuführen. Dabei soll selbstverständlich nicht verkannt werden, daß sich infolge des Krieges und der ganzen Umschichtung der Wirtschaft die Möglichkeiten, in einem sogenannten akademischen Beruf unterzukommen, verringert haben.

Im Wintersemester 1929/30 hat der Andrang zu den wissenschaftlichen Hochschulen im Deutschen Reich zum ersten Male etwas nachgelassen. Die Gesamtzahl der an den deutschen Hochschulen immatrikulierten Studierenden, die Vorlesungen belegten, betrug im Wintersemester 1929/30 = 122 391 gegenüber 123 700 im Sommersemester 1929. Erfahrungsgemäß erfolgt die Aufnahme der Studien in den Wintersemestern regelmäßig in weit geringerem Umfang als in den Sommersemestern. Aber auch wenn man das in Rechnung stellt, war die Gesamtzahl der Studierenden im Wintersemester 1929/30 zum ersten Male kleiner (und zwar um 1,1 Prozent) als in dem vorangegangenen Sommersemester 1929, während sonst vom Sommersemester zum Wintersemester immer noch eine, wenn auch mäßige Zunahme festzustellen war. Der Andrang zum akademischen Studium kommt am besten in der Zahl der Studierenden im ersten Semester zum Ausdruck. Die Zahl beträgt für das Wintersemester 1929/30 = 7016 (erfaßt sind in dieser Zeit nur Reichsdeutsche) gegenüber 8119 im Wintersemester 1928/29. Der Anteil der Studierenden im ersten Semester an der Gesamtzahl der Studierenden hat sich demnach von 7,6 Prozent im Wintersemester 1928/29 auf 6,1 Prozent im Wintersemester 1929/30 verringert. Somit hat der Neuzugang im Wintersemester 1929/30 um 1100 = 13,6 Prozent gegenüber dem Wintersemester 1928/29 nachgelassen. Die Zahl der Studierenden im ersten Semester ist das Wintersemester 1929/30 die niedrigste, die seit einer Reihe von Wintersemestern beobachtet wurde.

Man kann hier nach Gründen suchen und wird ohne Zweifel den verringerten Andrang zum akademischen Studium auf die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zurückführen können. Weiter dürfte die verringerte Möglichkeit, in entsprechenden Berufen unterzukommen, mitsprechen, ferner auch die Ordnung der verschiedenen Berufe vor dem akademischen Studium. Im großen und ganzen ist der Andrang zu den wissenschaftlichen Hochschulen immer noch sehr groß. Die ersten vollständigen Angaben über den Hochschulbesuch für die Nachkriegszeit liegen für das Wintersemester 1925/26 vor. Vergleicht man die Zahl der Studierenden im Wintersemester 1929/30 mit den Zahlen von 1925/26, so läßt sich eine Steigerung der Studierenden für das Wintersemester 1929/30 um 37,3 Prozent feststellen. Von einer Aenderung in der Tendenz kann keine Rede sein. Dem entspricht ja auch, daß die Zahl der Studierenden sich von 113 042 im Wintersemester 1928/29 auf 122 391 im Wintersemester 1929/30 steigerte.

Von den Studierenden an den deutschen Hochschulen waren im letzten Wintersemester allerdings 6939 = 7,5 Prozent der Gesamtzahl Ausländer. Der Anteil ist um 0,6 Prozent höher als im Wintersemester 1929/30. Von den ausländischen Studierenden, unter denen sich 13,3 Prozent Studentinnen befinden, sind fast 50 Prozent Ausländer mit deutscher Muttersprache. Die Ausländer bevorzugen als Studium Medizin, Zahnheilkunde, Rechts- und Staatswissenschaften und Chemie. In den Fächern Bergbau, kaufmännisches Studium, Chemie, Zahnheilkunde, Elektrotechnik, Philosophie und Pädagogik machen die Ausländer 10 Prozent der Studierenden aus.

Von den Studierenden ganz allgemein wählten 21 555 Rechts- und Staatswissenschaften, 15 644 allgemeine Medizin, 4609 Zahnheilkunde, 1167 Tierheilkunde, 3587 Volkswirtschaftslehre, 2712 Betriebswirtschaftslehre, 2483 kaufmännisches Studium, 3990 Pädagogik für Volksschullehrerstudium, 5837 neue Sprachen, 5062 Germanistik, 2444 Geschichte, 5656 Mathematik, 2754 Biologie und Naturwissenschaft, 2283 Physik, 2061 Landwirtschaft und Brauerei, 1 Bauingenieurwesen, 2475 Architektur, 6373 Maschineningenieurwesen, 3661 Elektrotechnik, 759 Bergbau usw. und 1 Chemie. Soweit die reichsdeutschen Studierenden im Wintersemester 1929/30 gegenüber dem Wintersemester 1928/29 in Frage kommen, zeigen sich Zugänge bei der Pädagogik für Volksschullehrerstudium, für das Bauingenieurwesen, für Architektur und Chemie. Die meisten anderen Fächer zeigen mehr oder weniger starke Abgänge. Diese Abgänge kennzeichnen deutlich den Umschwung der sich in der verminderten Aufnahme der Studien immerhin angebahnt hat.

Die Entwicklung erhält ihre Bedeutung dadurch, daß immer mehr Frauen das akademische Studium ergreifen. Während sich für das Wintersemester 1929/30 gegenüber dem Wintersemester 1925/26 die Gesamtzahl der Studierenden um 8 Prozent erhöhte, nahm die Zahl der weiblichen Studierenden um 118,5 Prozent zu. Die Zahl der Studentinnen betrug im Wintersemester 1928/29 13 [illegible] und im Wintersemester 1929 = 16 [illegible], im Wintersemester 1929/30 aber [illegible]. Damit macht der Anteil der Studentinnen an der Gesamtzahl der Studierenden 13,4 Prozent aus. Die Zunahme vom Wintersemester 1928/29 zum Wintersemester 1929/30 betrug [illegible] Prozent. Die Tendenz eines stärkeren Andrangs der Frauen zu den Hochschulen liegt also klar zutage.

Von besonderem Interesse ist die Herkunft der Studierenden. Die Statistik ergibt, daß von den Vätern der Studierenden 46,7 Prozent Beamte (einschließlich Reichswehr), 12 Prozent Handel und Gewerbetreibende (einschließlich Privatbeamte), 7,5 Prozent Angehörige freier Berufe, 5,3 Prozent Landwirte und 2,5 Prozent Arbeiter waren. Von den Vätern besaßen nur 31,5 Prozent Hochschulbildung. Ohne Reifezeugnis studierten im Wintersemester 1929 = 4 Prozent der Studierenden. Ein Zeugnis über die verkürzte, die Ergänzungsreifeprüfung und die Ergänzungsprüfung besaßen 2,3 Prozent.

Ueber das Werkstudententum werden folgende Mitteilungen gemacht: Im Sommersemester 1929 übten 6,4 Prozent der Studierenden eine Beschäftigung gegen Entgelt aus, in den darauffolgenden Ferien 12,6 Prozent. Sie kamen in der Hauptsache im Lehrberuf, im Handel und in der Industrie unter.

Verschlechterung der Reichswochenhilfe

Zu den Leistungen der Krankenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung gehört auch die Gewährung von Wochenhilfe an Ehefrauen und Töchter der Krankenversicherten. Diese Wochenhilfe für Familienangehörige ist in den §§ 205a bis 205d der Reichsversicherungsordnung genau geregelt. Seit Einführung dieser Wochenhilfe für Familienangehörige ist das Reich an den Kosten dieser Wochenhilfe beteiligt gewesen. Ursprünglich hat das Reich den Krankenkassen die Hälfte der Aufwendungen für die Wochenhilfe für Familienangehörige erstattet. Später ist dann der Anteil des Reichs an dieser Wochenhilfe gekürzt und allgemein auf 50 Mark pro Wochenhilfefall festgesetzt worden. Auch heute noch bestimmt § 205d Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung, daß zu den Aufwendungen der Wochenhilfe für Familienangehörige die Krankenkassen einen Reichszuschuß von 50 Mark für jeden Entbindungsfall erhalten und im Abs. 4 des gleichen Paragraphen ist bestimmt, daß die Kasse beantragen kann, daß ihr vom Reiche auf den Zuschuß in Vorschuß gewährt wird, der aber den Betrag nicht übersteigen darf, der der Zahl der voraussichtlich zu entschädigenden Entbindungen entspricht. Auch durch die Verordnung über die Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. Juli 1930 ist daran nichts geändert worden.

Trotzdem hat der Reichsarbeitsminister dem Reichsversicherungsamt in Berlin mitgeteilt, hinsichtlich der Gewährung des Reichszuschusses für Familienwochenhilfe sei für die Zeit vom 1. August 1930 bis zum Ende des Rechnungsjahres 1930 (31. März 1931) eine von der Bestimmung des § 205d der Reichsversicherungsordnung abweichende Regelung in Aussicht genommen. Der Reichsarbeitsminister hat weiter angeordnet, daß der Reichszuschuß in der bisherigen Höhe nur noch für solche Entbindungsfälle zu zahlen sei, die bis zum 31. Juli 1930 eingetreten sind. Für die nach dem 31. Juli 1930 stattgefundenen Entbindungen sollen zunächst auch Vorschüsse nicht gezahlt werden.

Dem Reichsarbeitsminister fehlt für dieses Vorgehen jede rechtliche Grundlage.

Die Hausmeister des Mieterschutzes beraubt!

Der preußische Wohlfahrtsminister hat durch eine Verordnung vom 10. September dieses Jahres den Mieterschutz für Wohnungen der Portiers, Heizer und Hausreinigerinnen aufgehoben und zwar mit Wirkung ab 1. April 1931. Diese zweifellos auf Drängen der Hausbesitzer erlassene Verordnung ist eine so ungeheuerliche Maßnahme, daß für sie kein Wort der Entrüstung scharf genug sein kann. Sie gibt den Hausbesitzern freie Hand, jeden „mißliebigen" Portier am 1. April nächsten Jahres einfach auf die Straße setzen zu können.

Mißliebig sind in den Augen der Hausbesitzer bekanntlich alle die Portiers, die darauf bestehen, nach dem Tarifvertrag entlohnt zu werden, eine tariflich begrenzte Arbeitszeit zu haben usw. Bei der großen Wohnungsnot, die schließlich auch dem preußischen Wohlfahrtsministerium nicht unbekannt sein dürfte, wird die Auswirkung dieser Verordnung bestimmt die sein, daß am 1. April nächsten Jahres tausende von Portiers, Heizern und Hausreinigerinnen auf die Straße fliegen und ohne Obdach sein werden. Neue Arbeitskräfte hoffen die Herren Hausbesitzer in der jetzigen Zeit der Massenarbeitslosigkeit übergenug zu bekommen.

Die täglichen Verhandlungen vor den Arbeitsgerichten liefern Dutzende von Beispielen dafür, welche schäbigen Mittel die Hauspatschas anzuwenden verstehen, um Portiers und Hausreinigerinnen loszuwerden, die nicht nach ihrer Pfeife tanzen wollen. Die zuständige Berufsvertretung der Portiers und Hausreinigerinnen, der Gesamtverband, muß jedenfalls umgehend alle Schritte unternehmen, um diese ungeheuerliche Verordnung schnellstens wieder zu Fall zu bringen.

Nur Teilstützung

(Berliner Getreidebörse vom 17. September.)

An der Berliner Produktenbörse war die Lage im Roggengeschäft am Mittwoch völlig unverändert. Es lag reichliches Angebot vor, das im Zeithandel zu unveränderten Preisen glatte Aufnahme bei den Stützungsstellen fand. Von prompter Material wurde nur ein Teil zu Stützungspreisen verkauft. Ein großer Teil des Restes wurde zu wesentlich niedrigeren Preisen dringend angeboten. Weizen hat nach den Verlusten in den letzten Tagen seinen Preisstand nunmehr stabilisieren können. Im Zeithandel waren sogar kleine Preisgewinne zu verzeichnen. Das Angebot in prompter Ware war nicht groß und fand zu den neuen Preisen Aufnahme. Das Mehlgeschäft blieb schleppend bei unveränderten Forderungen. Hafer hatte stetige Tendenz.

	17. Septbr.	16. Septbr.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	233—236	233—236
Roggen	187	187
Braugerste	204—222	204—222
Futter und Industriegerste	180—196	180—196
Hafer	158—169	158—169
loco Mais Berlin	—	—
Weizenmehl	27,75—35,75	27,50—35,75
Roggenmehl	24,75—27,50	24,75—27,50
Weizenkleie	9,00— 9,25	9,00— 9,25
Roggenkleie	8,25— 8,50	8,25— 8,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Weizen September 248½—249 Geld, Oktober 250, Dezember 250 und Brief, März 268¼. Roggen September 193, Oktober 194, Dezember 204, März 215. Hafer September 168¾, Oktober 169, Dezember 177½, März —.

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Bata und die deutsche Schuhindustrie

Der Plan des tschechischen Großindustriellen Bata, auf Gelände des preußischen Staates in Oberschlesien eine Schuhfabrik zu errichten, hat den Streit um Bata aufs neue entfacht. Die Opposition gegen die Bataschen Projekte geht auf durchaus verschiedene Gründe zurück.

Wenn sich die Schuhindustriellen und die verschiedenen Handwerkskammern gegen Bata wenden, so erklärt es sich daraus, daß Bata für sie eine ganz empfindliche Konkurrenz werden kann. Hier ist das Argument zu würdigen, daß die Kapazitätsausnutzung der deutschen Industrie auch in einer günstigen Zeit, wie im ersten Halbjahr 1930, nur etwa 60 bis 70 Prozent betragen hat. Eine Batafabrik in Oberschlesien mit etwa sechstausend Arbeitern würde die Kapazität weiter erhöhen. Das sind Einwände, die man nicht mit der Feststellung abtun kann, daß schließlich tschechisches und nicht deutsches Kapital in dem oberschlesischen Unternehmen Batas investiert wird; denn bei einem erforderlich werdenden Kapitalsschnitt und Abbau der Kapazität ist selbstverständlich das Kräfteverhältnis entscheidend.

Daß hier aber die deutsche Schuhindustrie auf verlorenem Posten steht, wie oft im Rahmen der Batadebatten angenommen wird, kann man nicht behaupten. Dagegen spricht die Entwicklung der deutschen Schuhindustrie in der letzten Zeit. Die Schwierigkeiten der deutschen Schuhindustrie während der Jahre 1928 und 1929, die zum Teil maßlosen Zollforderungen in Deutschland mit der ausgesprochenen Spitze gegen Bata führten, sind nicht zu leugnen. Sie gingen von einer rückständigen deutschen Schuhindustrie aus. Diese hatte es einmal versäumt, sich auf die nach der Kriegszeit eingetretene Nachfrage des Publikums nach leichterem Schuhwerk umzustellen, wodurch die Einfuhr von tschechischem Schuhwerk nach Deutschland, hauptsächlich durch Bata, begünstigt wurde. Andererseits arbeitete die deutsche Schuhindustrie nach altem Verfahren. Sie war zweifellos technisch rückständig, was angesichts der steigenden Löhne, die nur den steigenden Preisen folgten, doppelt gefährlich war. Dazu kam eine Preissteigerung für Häute. Die Umstellung wurde dann schnell durchgeführt. Scharfe Rationalisierungsmaßnahmen bewirkten eine Senkung des Lohnanteiles. Im Zusammenhang mit der Spezialisierung großer Betriebe auf bestimmte Schuhsorten (wachsender Anteil des Leichtschuhwerks) und mit dem Uebergang zur Massenproduktion — viele Kleinbetriebe waren im Laufe der vorangegangenen Schwierigkeiten zum Erliegen gekommen — konnte eine erhebliche Senkung der Produktionskosten durchgeführt werden. Die Indexziffer der proportionalen Kosten der deutschen Schuhindustrie (1928 = 100), die seit 1927 auch Veränderungen der Arbeitsleistungen berücksichtigt, ist nach einer Berechnung des Instituts für Konjunkturforschung von 124 im Juli 1929 auf 86 im November 1929, das heißt im Verlauf von fünfzehn Jahren um 27 Prozent zurückgegangen. Dazu kamen Ersparnisse durch Reorganisation des Verkaufsapparates, durch Verbilligung der Lagerhaltung usw. Das ermöglichte eine Herabsetzung der Schuhpreise. Die Indexziffer der Schuhpreise fiel von 115 im Juli 1929 auf 100 im Oktober 1929 (1913 = 100). Mit der Umstellung sind die deutschen Schuhproduzenten nach dem Urteil des Konjunkturforschungsinstituts [illegible]. Der deutsche Schuhexporthandel ist aktiv. Während die Ausfuhr der wichtigsten Konkurrenzländer (Tschechoslowakei, Großbritannien, Frankreich, Amerika) in der ersten Hälfte des Jahres 1930 um 9 Prozent hinter dem Vorjahr zurückblieb, konnte die deutsche Schuhausfuhr gleichzeitig um 55 Prozent gesteigert werden. Dadurch dürfte das Gespenst der unschlagbaren Batakonkurrenz erledigt sein. Wenn Bata unter denselben Bedingungen in Deutschland zu produzieren hat, wie die deutsche Schuhindustrie, so kann man von einem Mißverhältnis der Kräfte nicht sprechen.

Das scheint aber der springende Punkt der ganzen Angelegenheit zu sein. Bata hat in seinen tschechischen Fabriken in Zlin ohne Zweifel gründlich und frühzeitig die amerikanischen Arbeitsverfahren (Fließarbeit usw.) angewandt. Darauf beruhte eine Zeitlang seine unbestrittene Vormachtstellung. Das ist vorüber. Die deutschen Fabriken sind heute nicht weniger, vielfach besser technisiert durchorganisiert als die Bataschen Fabriken in Zlin. Was man aber unter Batasystem versteht, ist nicht nur Technisierung und Rationalisierung; es ist eine Ausbeutung der Arbeiterschaft, die an frühkapitalistische Verhältnisse erinnert. Das Batasystem (Bevorzugung von jugendlichen Arbeitern, Abwälzung des kapitalistischen Risikos auf die Arbeiterschaft, der Kampf Batas selbst gegen Gewerkschaften und Betriebsdemokratie) ist eine Angelegenheit, die nicht in deutsche Verhältnisse paßt. Alles das, der Lohndruck, die feindliche Einstellung Batas gegen die Arbeitslosenunterstützung usw., sind Dinge, die den deutschen Schuhindustriellen nicht so fern liegen. Kapitalist bleibt Kapitalist, ob er nun zufällig tschechischer oder deutscher Staatsangehörigkeit ist, ist gleichgültig. Man hat nicht umsonst von der Batahölle von Zlin gesprochen. Wenn die Gefahr einer Uebertragung Batascher Produktions- und Betriebsmethoden auf Deutschland droht, dann ist der Widerstand gegen die Batoprojekte in Oberschlesien berechtigt.

Nun kommt der preußische Staat als Verkäufer des Geländes in Oberschlesien in Frage, das Bata zu seinem Fabrikneubau benutzen will. Das hat zu Auseinandersetzungen geführt. Der preußische Staat kann vom Verkauf zurücktreten. Dann wird sich zweifellos jemand anders finden, ein anderes Land, irgend eine Stadt oder gar ein Privatmann, der Batas gute Tschechenkronen für seinen wenig rentierenden Landbesitz einsteckt. Die Niederlassung Batas selbst kann man nicht verbieten, ebensowenig wie man eine Niederlassung Fords in Westdeutschland oder eine Niederlassung irgend eines deutschen Großkonzerns in Nordamerika oder eines Elektrokonzerns in der Tschechoslowakei verbieten kann. Ein solcher Protektionismus wäre auch mehr als bedenklich. Der preußische Staat kann aber als Verkäufer des Geländes dafür sorgen, daß deutsche Arbeiter und Angestellte in der Batafabrik in Oberschlesien beschäftigt werden und [illegible]. Das Recht [illegible] deutschen Sozialgesetzen unterstellt [illegible] und im übrigen wird die Frage, wie Bata in Deutschland arbeiten will und arbeiten wird, davon entscheiden, wie [illegible] Gewerkschaften in der Batafabrik [illegible].

Hier taucht plötzlich die sehr oft verkannte Bedeutung der Gewerkschaften und der Lohntarife für die Rationalisierung einer Nation, Europas und eines unlauteren Wettbewerbs auf. Es ist angebracht, das Unternehmertum auf auch auf diese Zusammenhänge hinzuweisen.

einer Verordnung ohne Zustimmung des Reichstages berechtigt ist oder nicht. Das ist die Regierung in diesem Falle nun zweifellos nicht. Denn die Ermächtigung, die der alte Reichstag in der Angelegenheit der Kapitalertragssteuer der Regierung gegeben hatte, war an die Zustimmung des Reichsrats und des Steuerausschusses des alten Reichstag gebunden. Dieser Steuerausschuß existiert nun seit der Auflösung des Reichstags nicht mehr. Damit ist die ganze Ermächtigung hinfällig geworden, weil die Reichsregierung sich die vorgeschriebene Zustimmung nicht mehr verschaffen kann. Keinesfalls kann aber die Zuständigkeit des Steuerausschusses des Reichstages in einer materiellen Angelegenheit durch die des Ueberwachungsausschusses ersetzt werden. Das würde ja bedeuten, daß alle Rechte der Ausschüsse und des Reichstags auf den Ueberwachungsausschuß übergingen. Die Verordnung kan aber infolge der Auflösung des Reichstags so lange nicht erlassen werden, als nicht der neue Reichstag in der Angelegenheit einen neuen entsprechenden Beschluß faßt. Erst wenn die Reichsregierung sich darüber hinwegsetzen würde und die Verordnung doch erlassen würde, könnte der Ueberwachungsausschuß in Aktion treten und beschließen, daß die Verordnung der Regierung rechtsungültig wäre. So maßt sich die Mehrheit des Ueberwachungsausschusses ein Recht der unmittelbaren Gesetzgebung an, das er zweifellos nicht hat. Dieser Beschluß des Ueberwachungsausschusses widerspricht aber auch seinem eigenen früheren Beschluß, daß er nicht berechtigt sei, die Rechtmäßigkeit der Notverordnung zu prüfen. Denn hier werden jetzt dem Ueberwachungsausschuß plötzlich noch viel weitergehende Rechte zuerkannt, als die gingen, die er sich damals selbst absprach.

Zu der Sache selbst ist zu sagen, daß in dem Vorschlag, die Kapitalertragsteuer für festverzinsliche Werte aufzuheben, ein gesunder Kern steckt. Die Kapitalertragssteuer für festverzinsliche Werte wird in Wirklichkeit nicht von dem Eigentümer der fraglichen Wertpapiere bezahlt, sondern von der das festverzinsliche Wertpapier ausgebenden öffentlichen Körperschaft, da die Geldgeber in solchen Fällen immer die Kapitalertragssteuer in die Anleihebedingungen einkalkulieren. Die Folge ist, daß der Zinssatz für diese Anleihe von vornherein um den Betrag erhöht wird, den die Kapitalertragssteuer ausmacht. Die Aufhebung der Kapitalertragssteuer für festverzinsliche Werte bedeutet also für neu aufzulegende Anleihen eine Herabsetzung des Zinsniveaus, und das ist in der gegenwärtigen Zeit der schweren Wirtschaftskrise und der Finanznot der Gemeinden und des Staates sicherlich eine nützliche Maßnahme, zumal eine Entlastung für die Eigentümer der Wertpapiere solange nicht in Frage kommt, als sich diese Maßnahme auf neuaufzulegende Anleihen beschränkt. Das gilt aber alles eben nur für neuaufzulegende Anleihen. Wenn die Kapitalertragssteuer auf für bereits ausgegebene und im Verkehr befindliche festverzinsliche Werte sich erstreckt, dann ist der Charakter der Maßnahme insoweit ein völlig anderer. Die Herabsetzung des Zinsniveaus wird dann nicht mehr erreicht, weil der Zinssatz ja bereits feststeht und nicht mehr geändert werden kann. Auf der anderen Seite wird aber den Kapitalisten, die solche bereits ausgegebenen festverzinslichen Werte besitzen, nachträglich allerdings ein Steuergeschenk gewährt. Nachdem also der Antrag der Sozialdemokratie, die Maßnahme auf neuaufzulegende festverzinsliche Anleihen zu beschränken, abgelehnt ist, hat die Maßnahme allerdings einen rein besitzfreundlichen Charakter erhalten und verdient jetzt scharfe Kritik. Und das um so mehr, als dadurch auf der anderen Seite auch ein Einnahmeausfall für das Reich entsteht und damit ein neues Loch in den an sich schon sehr schlechten Reichsfinanzen, für das vorläufig wenigstens keine Deckung vorhanden ist. Und das ist in der gegenwärtigen Situation eine ganz unverantwortliche Maßnahme.

Riesige Zollerhöhungen in Kanada

Antwort auf den neuen Zolltarif der USA. — Kanada schließt sich auch gegen England ab

Montreal, 17. September. (Eigener Drahtbericht.)

Zollerhöhung gegen Arbeitslosigkeit war die Wahlparole der kanadischen Konservativen, mit der sie bei den jüngsten Parlamentswahlen die Mehrheit gewannen und damit zur Regierung gelangten. Gestützt auf diese parlamentarische Mehrheit hat sich die neue Regierung beeilt, ihr Wahlversprechen in die Tat umzusetzen.

Mit 116 gegen 62 Stimmen genehmigte das kanadische Abgeordnetenhaus am Mittwoch den neuen Zolltarif, der einen bisher unbekannten Zollrekord aufstellt. Für 134 von 150 Artikeln ist der Einfuhrzoll in der beispiellosesten Weise erhöht worden. Hiervon werden die wichtigsten industriellen und agrarischen Produkte betroffen. Unter anderem wird der Zoll für alle aus den Vereinigten Staaten kommenden Agrarprodukte sowie Vieh von 10 auf 25 Prozent, für Eisen und Stahl von 2 auf 4½ Dollar pro Tonne, für landwirtschaftliche Maschinen aus USA. um 300 bis 400 Prozent erhöht. Die Zollerhöhung ist die Antwort Kanadas auf die amerikanische Zollerhöhung. Das neue kanadische Gesetz verteuert jedoch in ähnlicher Höhe die Einfuhr aus allen anderen Ländern, sowie auch aus England, dem lediglich einige kleinere Erleichterungen für Textilwaren zugestanden worden sind. Durch die Zollerhöhung hofft die kanadische Regierung, die Arbeitslosigkeit beseitigen zu können.

Der neue Zolltarif ist nicht nur ein schwerer Schlag für alle exportierenden Länder, sondern vor allem auch für die Imperium-Zollidee der englischen Konservativen. Ihre Absicht ist es, das gesamte britische Reich in einer Zolleinheit zu verschmelzen: erhöhte Zölle nach außen, Zollfreiheit im Innern. Wenn sich jetzt Kanada derartig gegen die englische Einfuhr absperrt, so zeigt dies, wie undurchführbar die Zollidee der Konservativen und wie entgegengesetzt die Wirtschaftsentwicklung der britischen Ueberseeländer ist.

* * *

A. Kr. Dies Beispiel der Zollpolitik der neuen kanadischen Regierung zeigt wieder einmal erschreckend deutlich, wohin die äußerste Hochschutzzollpolitik führen muß. Die an sich schon schwer darniederliegende Wirtschaft der Vereinigten Staaten wird durch diese Maßnahme sicher aufs schwerste getroffen werden; denn in den letzten Jahrzehnten hat sich eine außerordentlich enge wirtschaftliche Verflechtung zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten entwickelt. Sowohl der Menge als auch dem Wert nach bildet die von den Vereinigten Staaten nach Kanada gehende Ausfuhr einen sehr starken Prozentsatz der gesamten Ausfuhr der Vereinigten Staaten. Da diese Zollerhöhung die Antwort Kanadas auf die Zollerhöhung der Vereinigten Staaten ist, so zeigt sich hier wiederum, wie die Hochschutzzollpolitik der einzelnen Staaten zu einer immer stärkeren Abschließung der einzelnen Volkswirtschaften voneinander führt, wie sich zwangsläufig die Hochschutzzöllner gegenseitig in die Höhe schrauben und wie die Länder, die solche Hochschutzzölle festsetzen, ihre eigene Wirtschaft damit treffen. Die Weltwirtschaft wird dabei immer weiter geschädigt und auch die Krise im eigenen Lande muß dadurch immer mehr verschärft werden.

Diese Maßnahme Kanadas ist aber auch für das britische Mutterland und für das ganze britische Imperium ein verhängnisvolles Ereignis. Nicht nur deshalb, weil die Imperiumszollidee der englischen Zeitungslords dadurch einen schweren Stoß erhält, sondern vor allem weil unmittelbar die Wirtschaftskrise im englischen Mutterland dadurch außerordentlich verschärft werden muß und weil darüber hinaus mittelbar der ganze Zusammenhalt des englischen Imperiums stark aufgelockert wird. Gerade wir Europäer können die Gefahren, die aus diesen Maßnahmen für das britische Reich entstehen müssen, würdigen; denn wir wissen nur zu gut, daß die Einigung der europäischen Staaten zu einem Staatenbund erst möglich sein wird, wenn die wirtschaftliche Einigung Europas vorausgegangen ist. Umgekehrt kann das britische Reich, das heute ebenfalls ein Staatenbund ist, auf die Dauer nur zusammenbleiben, wenn es auch wirtschaftlich eine Einheit bleibt. Das ist ja gerade einer der Grundgedanken, der der Imperiumszollidee der englischen Zeitungslords zugrundeliegt. Fangen aber die einzelnen Staaten des britischen Reichs erst einmal an, in dieser Weise sich wirtschaftlich gegeneinander abzuschließen, dann werden sie sich auch allmählich kulturell und national voneinander fortentwickeln, und das lose Band, das diese Länder noch umschlingt, wird bald ganz zerrissen, wenn keine Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen Interessen mehr besteht. Schon heute ist es so, daß eigentlich nur noch die wirtschaftliche Verflechtung der früheren englischen Kolonien mit ihrem Mutterland das britische Reich zusammenhält. Wird diese wirtschaftliche Verflechtung auf diese Weise zerrissen, dann ist unabsehbar, was aus dem britischen Reich werden wird.

Tumult in einer Berline Bezirksversammlung

Rüpeleien der Kommunisten

In der Berlin-Lichtenberger B versammlung kam es am Mittwoch zu heftige tritten.

Die Beratungen, die um 6 Uhr begannen und e Stunden in vollkommener Ruhe durchgeführt wurden, gegen 8 Uhr zu unerhörten kommunistischen szenen. Als ein Stadtrat zu einer Reihe komm Agitationsanträge eine Erklärung abgab, rief ihm ein nistischer Bezirksverordneter zu: „Herr Stadtrat, Sie lü wieder!" Die Sitzung wurde nach einem kurzen hefti wechsel sofort unterbrochen. In der Pause beschloß der rat, daß der Kommunist seine Aeußerung zurücknehm anderenfalls sei er von der Sitzung auszuschließen. Der nistische Rüpel dachte jedoch in der neuen Sitzung gar ni sich zu entschuldigen, folgte aber auch der Aufforder Vorstehers, den Sitzungssaal zu verlassen, nicht. Schließli Polizei in den Sitzungssaal gerufen. Als sie erschien, die Kommunisten wie besessen und griffen die Beamten a es zu einer heftigen Rauferei kam. Einem kommu Stadtverordneten wurde der Rock völlig zerrissen u Fraktionsvorsitzenden der Kommunisten der Kragen a Es bedurfte großer Anstrengung der Polizei, ehe der nistische Rüpel aus dem Saale geschafft werden konnte. schließlich so weit war, sangen die Kommunisten di nationale. Unterdessen wurde die Sitzung unter großem geschlossen.

Kellogg Richter am Internationalen Gerichts

Genf, 17. September. (Eigener Drahtbe

Die Wahl des Ersatzmannes für den am nationalen Ständigen Gerichtshof im zurücktretenden Amerikaner Charles Evans H durch die Vollversammlung des Völkerbundes fiel mit 33 abgegebenen gültigen Stimmen auf Frank Kellog Vater des bekannten Kellogg-Paktes. Das Mandat von ist bis zum 31. Dezember 1930 befristet. Die endgültig der 15 ständigen Richter für den Internationalen Ge erfolgt in einer späteren Vollversammlung.

Pabst klagt

Er will Schobers Verbindungsmann gewesen sei

Wien, 17. September. (Eigener Drahtbe

Der bekannte Putschist Major Pabst, der sich zu Venedig aufhält, hat gegen die Wiener „Allgemeine Z Klage einreichen lassen, weil das Blatt ihn nach Ausweisung als einen wegen Hochverrats verfolgten Au bezeichnet hatte. Pabst beruft sich darauf, daß er sich in reich immer im Sinne der Staatserhaltung und zwar i Einvernehmen mit der Regierung betätigt habe. Bu kanzler Schober habe wiederholt mit ihm verhand ihn eingeladen, ihn immer aufzusuchen. Es sei sogar ei bindungsmann zwischen Schober und der Bundesführu Heimwehr gestellt worden.

Pabst beruft sich zum Beweis seiner staatserhal Tätigkeit auf das Zeugnis des Bundeskanzler der früheren Heimwehrführer Steidle und Pfriemer

Friedensaktion der französischen Sozialisten

Scharfer Protest gegen Pilsudskis Gewaltregime

Paris, 18. September. (Eigener Funkberi

Der Vorstand der Sozialistischen P Frankreichs hat beschlossen, im Oktober eine große P gandawoche für die Organisation des Frie und der Entwaffnung abzuhalten. Die Parlamen der Partei sind aufgefordert worden, sich vom 25. Oktob für diese Propagandawoche freizuhalten. Weiter hat der Vo einstimmig eine Protestentschließung gegen willkürliche Verhaftung polnischer Pa mentarier und die Untaten der Faschisten Pilsudskis genommen. Die Hochhaltung des demokratischen Gedanke Polen, heißt es in der Entschließung, sei nicht nur eine wendigkeit der Arbeiterklasse, sondern auch eine Garanti den Frieden Europas. Die französischen Sozialisten werden gefordert, bei jeder Gelegenheit gegen die Pilsudski-Diktat demonstrieren und den polnischen Proletariern ihre Sym zum Ausdruck zu bringen.

Henker Johnny

Roman von Myrtle Johnston

Aus dem Englischen übertragen von Franz Fein

26] (Nachdruck verboten.)

„Ein Wunder wäre es nicht, wenn sie ihn nachsichtig gemacht hätte, so wie er sich aufführt", unterbrach Mrs. Donovan eifrig. „Ich möchte manchmal wissen, warum er sich überhaupt mit ihr eingelassen hat. Immerhin ist es, daß er es gelan hat, der arme Mann, wo er doch ein Gesicht hat, daß einem das Herz aus der Brust springen könnte. Oft tut er mir leid, weil er so ein anständiger Mann und so ein guter Mann ist. Der ist er."

„Ja, und haben Sie bemerkt, wie er manchmal weggeht nach hier?" fragte Mrs. Carey geheimnisvoll. „Vier Tage hintereinander bleibt er oft fort. Da steckt doch irgend etwas dahinter."

„Aber sie scheint sich nur wenig daraus zu machen, daß er immer weggeht", begann Mrs. Donovan. Die anderen Frauen nickten ihr gewichtig Beifall, weil sie etwas von der Geschichte wissen wollten, und deshalb fügte sie heftig hinzu: „Aber freilich, ein Mörder ist er nicht, wenn er manchmal zu ihr hinkommen will, nur ist und bleibt sie seine Mitschuldige und ihrem Mitbruder. Ich glaube, er muß früh fort, wenn er ein paar Meilen Weg zurücklegen soll und ihre jüngste Tochter bringt."

„Wissen Sie auch, wie sie hergekommen ist und den Jaden — [illegible] Mrs. Carey. „Nachdem sie hier weg ist, kommt sie nur selten, sie sieht in ihrem alten Mantel [illegible] so aus, wie jeder andere auch. Wenn sie sich anstrengt, daß sie wenigstens [illegible] Dann ist sie aber alle Ehre, Mrs. Carey, wenn sie sich [illegible] nicht auf den Gedanken kommen, daß sie [illegible] Kutsche kommt. Können Sie mir das sagen?"

„Jawohl hat sie einen Kutscher, der sonst so tut. Ich [illegible] hat, gehen würde, was ich es nicht. Sie mit ihren [illegible] Leben."

„Ah, jetzt!" sagte Mrs. Donovan, Johnny [illegible] jetzt [illegible] Gelassenheit. „Nein, Jetzt es nun, Gott sei Dank [illegible] Alles sich gut [illegible]

Johnny stand vor seiner Tür. Seine Schläfen waren vom vielen Bücken gekrümmt, und er blinzelte in der Helligkeit, genau so, wie der alte Kenedy es getan hatte.

In diesem Abend saß Anna wie gewöhnlich am Kamin und flickte. Das rote Licht flackerte durch das Zimmer und beleuchtete schwach die armselige Kahlheit. Es wurde sehr dunkel, weil sie die Kerzen nie anzündete, solange man überhaupt noch etwas sehen konnte. Sie war allein, denn Michael spielte draußen, und Johnny arbeitete unten in der Werkstatt.

Eine hölzerne Arbeitsschachtel, die sie immer in peinlicher Ordnung hielt, stand neben ihr. Als sie nach einem grauen Wolle langte, sah sie einen Briefumschlag darin liegen. Sie zauderte, kam näherte sie ein wenig, griff nach ihm und zog den Brief heraus, der darin war. Der war alt und zerknittert, und die Worte, die in fester, regelmäßiger Schrift darin standen, waren verblaßt:

Bellshouseen, Juli 1872.

Liebe Anna,

ich hoffe, daß Ihnen dieser Brief zu Dir bringen wird, um Du auch hier wegst. Jamesy Lee geht von hier weg und arbeitet nach Dublin, und so schicke ich dieses mit ihm, damit er es Dir gibt, wenn er Dich finden sollte.

Ja, liebe Anna, es hat mir leid, daß ich damals, als Du mir eine [illegible] wurde, aber ich war in einem [illegible] Zorn — Gott [illegible] mir die Schuld — weil ich immer [illegible] hatte, daß Du eine bessere Partie machen würdest, und Mat Carey, der arme Junge, hat das Herz nach Dir abgegeben hat.

[illegible] und wurmt, und ich will gern Verzeihung [illegible] lassen.

Es ist jetzt einsam an dem Abenden, jetzt, wo Du und Deine Mutter weg sind. Die Nachbarn sind sehr freundlich, aber das ist nicht [illegible]

Willst Du es mir [illegible], Anna, und den Jaden [illegible], als Du [illegible]?

Ich werde aber mich [illegible] mit dem Schreiben nicht mehr so [illegible] zu machen [illegible], und [illegible] ich [illegible] Du es [illegible] mir mit so [illegible] Dein [illegible] Kind, der Dich mir [illegible] hat, und Dich [illegible] gemacht haben, aber ich will nicht [illegible] bedacht. Er hat nicht ein Gesicht gehabt wie ein anständiger Mensch. Ich will ihn wiedersehen, deshalb verlasse ihn, und Du brauchst auch nicht stolz zu sein, um zu Deinem alten Vater zurückzukommen. Dir die Tür nicht verschlossen sein wird. Ich habe lang diesem Brief gearbeitet und darüber nachgedacht, wie die geschrieben werden müssen, und kann keine Zeile mehr schr deshalb schließt

Dein Dich liebender Vater

James Mur

Vor zwei Jahren hatte Jamesy Lee, abgerissen und arbei in die St. Brigid Street gefunden und den Namen „Cre über der finsteren, armseligen kleinen Werkstatt gelesen. hatte den Brief Johnny nie gezeigt und auch nie darauf worden. Ihre Augen konnten nicht zwischen den Zeilen Johnnys Schritte werden auf der Treppe laut, und sie leg Brief in die Schachtel zurück.

Er kam herein und setzte sich, ein wenig frösteln, aus „Johnny", sagte sie vorwurfsvoll, „du kommst eine Stunde zu früh herauf."

„Ich habe früh zugemacht", antwortete er. „Ich wußte ja niemand mehr kommt, und dort unten ist es sehr kalt."

„Ach, Johnny, das ist eine böse Sache. Du scheinst di nicht um die Werkstatt zu kümmern, und wir leben doch Das weißt du ja. Deine andere Arbeit bringt nicht so ein, und was sie bringt, das spare ich in einem Schuh im

„Ach ja", sagte er. Er sah am Feuer, starrte hinein un die Hände zwischen den Knien herunterhängen. Diese H ärgerte sie immer ganz besonders. Dann sah er ihre fr fragend an.

„Hast du sehr viel zu tun, Anna?" fragte er fast scheu Sie legte den fertigen Socken aus der Hand und griff nach anderen.

„Immer hab ich etwas zu tun", sagte sie kurz. „Hast du das Gefühl, daß du dich ausruhen mußt wie die anderen Leute hier? Du arbeitest nicht halb soviel wie du."

„Meinst du Mrs. Carey und Mrs. Donovan und diese Gesellschaft?" sagte sie auf. „Eine erbärmliche, faule Gesellschaft sind sie. Schlechte Wohnungen haben sie, was! Ich bin in ein besseren gewesen, und mir ist beinahe schlecht geworden."

„Sie sind aber ganz glücklich, scheint es", sagte Johnny

(Fortsetzung folgt)

Wohnungshäusern in Paris

Paris, 17. September. (Eigener Drahtbericht.)

Zwischen der Stadt Paris und einer großen privaten Gesellschaft ist am Mittwoch ein Vertrag abgeschlossen worden, nach dem die Stadt Paris der Gesellschaft Terrain von etwa 15 Hektar zur Erstellung von insgesamt 8400 Wohnungen überläßt unter der Bedingung, spätestens sechs Monate nach der Uebergabe des Baugrunds den Arbeiten begonnen wird. Von den 8400 Wohnungen sollen 4400 für jene Familien reserviert werden, die gezwungen sind, aus baufälligen Häusern auszuziehen. Der Mietpreis dieser Wohnungen wird sehr niedrig gehalten sein, und zwar für ein Zimmer, Küche und WC. 1400 Franken im Jahre, für zwei Zimmer und die gleichen Nebenräume 2000 Franken und für drei Zimmer 2700 Franken jährlich betragen. Die übrigen 4000 Wohnungen sind regulär zu mieten und dementsprechend teurer. Man rechnet damit, daß die 8400 Wohnungen 18 Monate nach Baubeginn bezieh- und bewohnbar sein werden. (6½ Franks sind eine Mark.)

Ausschlüsse aus der Schweizer KP.

Zürich, 17. September. (Eigener Drahtbericht.)

Die seit Monaten andauernden Auseinandersetzungen der Kommunistischen Partei der Schweiz haben jetzt den Ausschluß des bisherigen Parteisekretärs Schaffhausen, Erb, und des bisher in Schaffhausen führenden Kommunisten Schlöttli geführt. An den kommunistischen Nationalrat Bringolf, der an der Spitze der Rechtsopposition im Kampfe gegen das Zentralkomitee steht und gegenwärtig in Moskau weilt, um sich vor dem Ekki zu rechtfertigen, hat man sich noch nicht herangetraut, obwohl er sich in allen Fragen mit Erb und Schlöttli solidarisch erklärt hat.

Japan ratifiziert doch noch

London, 18. September. (Eigener Funkbericht.)

Eine Kommission des japanischen Staatsrates hat einmütig beschlossen, dem Staatsrat die Ratifikation des Londoner Flottenabkommens zu empfehlen. Allerdings wurde auch beschlossen, dem japanischen Kaiser eine Verwarnung an sein Kabinett zu empfehlen, die sich gegen dessen allgemeine Politik richten soll.

Auch die Schweiz rüstet

Bern, 17. September. (Eigener Drahtbericht.)

Offiziös wird mitgeteilt, daß mit einer Erhöhung des schweizerischen Militärbudgets auf 100 Millionen Franken zu rechnen sei. Gegenwärtig erreicht das Budget eine Höhe von nicht ganz 90 Millionen. Die Erhöhung soll für die Anschaffung von Material, darunter besonders Gasmasken, Verwendung finden.

Hochschulstudium und Arbeitsmarkt

Kleiner Rückgang der Studierenden — Der Frauenandrang ist stärker geworden

Nach dem Krieg setzte ein starker Andrang zum akademischen Studium ein. Die Zahl der Studierenden nahm von Jahr zu Jahr zu. Selbstverständlich mußte diese Bewegung auf die entsprechenden Arbeitsmärkte zurückwirken und die Klagen verschiedener Berufe über die Bildung eines akademischen Proletariats sind wohl in der Hauptsache auf den starken Andrang zum akademischen Studium zurückzuführen. Dabei soll selbstverständlich nicht verkannt werden, daß sich infolge des Krieges und der ganzen Umschichtung der Wirtschaft die Möglichkeiten, in einem sogenannten akademischen Beruf unterzukommen, verringert haben.

Im Wintersemester 1929/30 hat der Andrang zu den wissenschaftlichen Hochschulen im Deutschen Reich zum ersten Male etwas nachgelassen. Die Gesamtzahl der an den deutschen Hochschulen immatrikulierten Studierenden, die Vorlesungen belegten, betrug im Wintersemester 1929/30 = 122 391 gegen 123 700 im Sommersemester 1929. Erfahrungsgemäß erfolgt die Aufnahme der Studien in den Wintersemestern regelmäßig in weit geringerem Umfang als in den Sommersemestern. Auch wenn man das in Rechnung stellt, war die Gesamtzahl der Studierenden im Wintersemester 1929/30 zum ersten Male geringer (und zwar um 1,1 Prozent) als in dem vorangegangenen Sommersemester 1929, während sonst vom Sommersemester zum Wintersemester immer noch eine, wenn auch mäßige Zunahme festzustellen war. Der Andrang zum akademischen Studium kommt am besten in der Zahl der Studierenden im ersten Semester zum Ausdruck. Die Zahl beträgt für das Wintersemester 1929/30 = 7016 (erfaßt sind in dieser Zeit nur Reichsdeutsche) gegenüber 8119 im Wintersemester 1928/29. Der Anteil der Studierenden im ersten Semester an der Gesamtzahl der Studierenden hat sich demnach von 7,6 Prozent im Wintersemester 1928/29 auf 6,1 Prozent im Wintersemester 1929/30 verringert. Somit hat der Neuzugang im Wintersemester 1929/30 um rund 1100 = 13,6 Prozent gegenüber dem Wintersemester 1928/29 abgelassen. Die Zahl der Studierenden im ersten Semester ist für das Wintersemester 1929/30 die niedrigste, die seit einer Reihe von Wintersemestern beobachtet wurde.

Man kann hier nach Gründen suchen und wird ohne Zweifel den verringerten Andrang zum akademischen Studium auf die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zurückführen müssen. Weiter dürfte die verringerte Möglichkeit, in entsprechenden Berufen unterzukommen, mitsprechen, ferner auch die Stimmung der verschiedenen Berufe vor dem akademischen Studium. Im großen und ganzen ist der Andrang zu den wissenschaftlichen Hochschulen immer noch sehr groß. Die ersten vollständigen Angaben über den Hochschulbesuch für die Nachkriegszeit liegen für das Wintersemester 1925/26 vor. Vergleicht man die Zahl der Studierenden im Wintersemester 1929/30 mit den Zahlen von 1925/26, so läßt sich eine Steigerung der Studierenden für das Wintersemester 1929/30 um 37,3 Prozent feststellen. Von einer Aenderung in der Tendenz kann keine Rede sein. Dem entspricht ja auch, daß die Zahl der Studierenden sich von 113 042 im Wintersemester 1928/29 auf 122 391 im Wintersemester 1929/30 steigerte.

Von den Studierenden an den deutschen Hochschulen waren im letzten Wintersemester allerdings 6939 = 7,5 Prozent der Gesamtzahl Ausländer. Der Anteil ist um 0,6 Prozent höher als im Wintersemester 1929/30. Von den ausländischen Studierenden, unter denen sich 13,3 Prozent Studentinnen befinden, sind fast 50 Prozent Ausländer mit deutscher Muttersprache. Die Ausländer bevorzugen als Studium Medizin, Zahnheilkunde, Rechts- und Staatswissenschaften und Chemie. In den Fächern Bergbau, kaufmännisches Studium, Chemie, Zahnheilkunde, Elektrotechnik, Philosophie und Pädagogik machen die Ausländer 10 Prozent der Studierenden aus.

Von den Studierenden ganz allgemein wählten 21 555 Rechts- und Staatswissenschaften, 15 644 allgemeine Medizin, 4699 Zahnheilkunde, 1167 Tierheilkunde, 3567 Volkswirtschaftslehre, 2712 Betriebswirtschaftslehre, 2463 kaufmännisches Studium, 3990 Pädagogik für Volksschullehrerstudium, 5897 neuere Sprachen, 5062 Germanistik, 2444 Geschichte, 5656 Mathematik, 2754 Biologie und Naturwissenschaft, 2283 Physik, 2061 Landwirtschaft und Brauerei, für Bauingenieurwesen, 2475 Architektur, 6373 Maschineningenieurwesen, 3661 Elektrotechnik, 759 Bergbau usw. und 8 Chemie. Soweit die reichsdeutschen Studierenden im Wintersemester 1929/30 gegenüber dem Wintersemester 1928/29 in Frage kommen, zeigen sich Zugänge bei der Pädagogik für Volksschul- und Berufsschullehrerstudium, für das Bauingenieurwesen, für Architektur und Chemie. Die meisten anderen Fächer zeigen mehr oder weniger starke Abgänge. Diese Zugänge kennzeichnen deutlich den Umschwung der sich in der gemäßigten Aufnahme der Studien immerhin angebahnt hat.

Die Entwicklung erhält ihre Bedeutung dadurch, daß immer mehr Frauen das akademische Studium ergreifen. Während sich für das Wintersemester 1929/30 gegenüber dem Wintersemester 1925/26 die Gesamtzahl der Studierenden um 37,3 Prozent erhöhte, nahm die Zahl der weiblichen Studierenden um 118,5 Prozent zu. Die Zahl der Studentinnen betrug im Wintersemester 1928/29 13 353 und im Sommersemester 1929 = 16 286, im Wintersemester 1929/30 aber 16 348. Damit macht der Anteil der Studentinnen an der Gesamtzahl der Studierenden 13,4 Prozent aus. Die Zunahme vom Sommersemester 1929/29 zum Wintersemester 1929/30 betrug 0,4 Prozent. Die Tendenz eines stärkeren Andranges der Frauen zu den Hochschulen liegt also klar zutage.

Von besonderem Interesse ist die Herkunft der Studierenden. Die Statistik ergibt, daß von den Vätern der Studierenden 46,7 Prozent Beamte (einschließlich Reichswehr), 12 Prozent Handel und Gewerbetreibende (einschließlich Privatangestellte), 7,8 Prozent Angehörige freier Berufe, 5,8 Prozent Landwirte und 2,5 Prozent Arbeiter waren. Von den Vätern besaßen nur 21,5 Prozent Hochschulbildung. Ohne Reifezeugnis studierten im Wintersemester 1929 = 4 Prozent der Studierenden. Ein Zeugnis über die verkürzte, die Ersatzreifeprüfung und die Ergänzungsprüfung besaßen 2,3 Prozent.

Ueber das Werkstudententum werden folgende Mitteilungen gemacht: Im Sommersemester 1929 übten 6,4 Prozent der Studierenden eine Beschäftigung gegen Entgelt aus, in den darauffolgenden Ferien 12,6 Prozent. Sie kamen in der Hauptsache im Lehrberuf, im Handel und in der Industrie unter.

Verschlechterung der Reichswochenhilfe

Zu den Leistungen der Krankenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung gehört auch die Gewährung von Wochenhilfe an Ehefrauen und Töchter der Krankenversicherten. Diese Wochenhilfe für Familienangehörige ist in den §§ 205a bis 205d der Reichsversicherungsordnung genau geregelt. Seit Einführung dieser Wochenhilfe für Familienangehörige ist das Reich an den Kosten dieser Wochenhilfe beteiligt gewesen. Ursprünglich hat das Reich den Krankenkassen die Hälfte der Aufwendungen für die Wochenhilfe für Familienangehörige erstattet. Später ist dann der Anteil des Reichs an dieser Wochenhilfe gekürzt und allgemein auf 50 Mark pro Wochenhilfefall festgesetzt worden. Auch heute noch bestimmt § 205d Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung, daß zu den Aufwendungen der Wochenhilfe für Familienangehörige die Krankenkassen einen Reichszuschuß von 50 Mark für jeden Entbindungsfall erhalten und im Abs. 4 des gleichen Paragraphen ist bestimmt, daß die Kasse beantragen kann, daß ihr vom Reiche auf den Zuschuß in Vorschuß gewährt wird, der aber den Betrag nicht übersteigen darf, der der Zahl der voraussichtlich zu entschädigenden Entbindungen entspricht. Auch durch die Verordnung über die Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. Juli 1930 ist daran nichts geändert worden.

Trotzdem hat der Reichsarbeitsminister dem Reichsversicherungsamt in Berlin mitgeteilt, hinsichtlich der Gewährung des Reichszuschusses für Familienwochenhilfe sei für die Zeit vom 1. August 1930 bis zum Ende des Rechnungsjahres 1930 (31. März 1931) eine von der Bestimmung des § 205d der Reichsversicherungsordnung abweichende Regelung in Aussicht genommen. Der Reichsarbeitsminister hat weiter angeordnet, daß der Reichszuschuß in der bisherigen Höhe nur noch für solche Entbindungsfälle zu zahlen sei, die bis zum 31. Juli 1930 eingetreten sind. Für die nach dem 31. Juli 1930 stattgefundenen Entbindungen sollen zunächst auch Vorschüsse nicht gezahlt werden.

Dem Reichsarbeitsminister fehlt für dieses Vorgehen jede rechtliche Grundlage.

Die Hausmeister des Mieterschutzes beraubt!

Der preußische Wohlfahrtsminister hat durch eine Verordnung vom 10. September dieses Jahres den Mieterschutz für Wohnungen der Portiers, Heizer und Hausreinigerinnen aufgehoben und zwar mit Wirkung ab 1. April 1931. Diese zweifellos auf Drängen der Hausbesitzer erlassene Verordnung ist eine so ungeheuerliche Maßnahme, daß für sie kein Wort der Entrüstung scharf genug sein kann. Sie gibt den Hausbesitzern freie Hand, jeden „mißliebigen" Portier am 1. April nächsten Jahres einfach auf die Straße setzen zu können.

Mißliebig sind in den Augen der Hausbesitzer bekanntlich alle die Portiers, die darauf bestehen, nach dem Tarifvertrag entlohnt zu werden, eine tariflich begrenzte Arbeitszeit zu haben usw. Bei der großen Wohnungsnot, die schließlich auch dem preußischen Wohlfahrtsministerium nicht unbekannt sein dürfte, wird die Auswirkung dieser Verordnung bestimmt die sein, daß am 1. April nächsten Jahres tausende von Portiers, Heizern und Hausreinigerinnen auf die Straße fliegen und ohne Obdach sein werden. Neue Arbeitskräfte hoffen die Herren Hausbesitzer in der jetzigen Zeit der Massenarbeitslosigkeit übergenug zu bekommen.

Die täglichen Verhandlungen vor den Arbeitsgerichten liefern Dutzende von Beispielen dafür, welche schäbigen Mittel die Hauspaschas anzuwenden verstehen, um Portiers und Hausreinigerinnen loszuwerden, die nicht nach ihrer Pfeife tanzen wollen. Die zuständige Berufsvertretung der Portiers und Hausreinigerinnen, der Gesamtverband, muß jedenfalls umgehend alle Schritte unternehmen, um diese ungeheuerliche Verordnung schnellstens wieder zu Fall zu bringen.

Nur Teilstützung

(Berliner Getreidebörse vom 17. September.)

An der Berliner Produktenbörse war die Lage im Roggengeschäft am Mittwoch völlig unverändert. Es lag rieseiges Angebot vor, das im Zeithandel zu unveränderten Preisen glatte Aufnahme bei den Stützungsstellen fand. Von prompftem Material wurde nur ein Teil zu Stützungspreisen verkauft. Ein großer Teil des Restes wurde zu wesentlich niedrigeren Preisen dringend angeboten. Weizen hat nach den Verlusten in den letzten Tagen seinen Preisstand nunmehr stabelisieren können. Im Zeithandel waren sogar kleine Preisgewinne zu verzeichnen. Das Angebot in prompter Ware war nicht groß und fand zu den neuen Preisen Aufnahme. Das Mehlgeschäft blieb schleppend bei unveränderten Forderungen. Hafer hatte stetige Tendenz.

	17. Septbr.	16. Septbr.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	233—235	233—236
Roggen	187	187
Braugerste	204—222	204—222
Futter und Industriegerste	180—196	180—196
Hafer	158—169	158—169
loco Mais Berlin	—	—
Weizenmehl	27,75—35,75	27,50—35,75
Roggenmehl	24,75—27,50	24,75—27,50
Weizenkleie	9,00— 9,25	9,00— 9,25
Roggenkleie	8,25— 8,50	8,25— 8,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Weizen September 248½—249 Geld, Oktober 250, Dezember 250 und Brief, März 258½. Roggen September 193, Oktober 194, Dezember 204, März 215. Hafer September 168¼, Oktober 169, Dezember 177¼, März —.

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Bata und die deutsche Schuhindustrie

Der Plan des tschechischen Großindustriellen Bata, auf Gelände des preußischen Staates in Oberschlesien eine Schuhfabrik zu errichten, hat den Streit um Bata aufs neue entfacht. Die Opposition gegen die Bataschen Projekte geht auf durchaus verschiedene Gründe zurück.

Wenn sich die Schuhindustriellen und die verschiedenen Handwerkskammern gegen Bata wenden, so erklärt es sich daraus, daß Bata für sie eine ganz empfindliche Konkurrenz werden kann. Hier ist das Argument zu würdigen, daß die Kapazitätsausnutzung der deutschen Industrie auch in einer günstigen Zeit, wie im ersten Halbjahr 1930, nur etwa 60 bis 70 Prozent betragen hat. Eine Batafabrik in Oberschlesien mit etwa sechstausend Arbeitern würde die Kapazität weiter erhöhen. Das sind Einwände, die man nicht mit der Feststellung abtun kann, daß schließlich tschechisches und nicht deutsches Kapital in dem oberschlesischen Unternehmen Batas investiert wird; denn bei einem erforderlich werdenden Kapitalsschnitt und Abbau der Kapazität ist selbstverständlich das Kräfteverhältnis entscheidend.

Daß hier aber die deutsche Schuhindustrie auf verlorenem Posten steht, wie oft im Rahmen der Batadebatten angenommen wird, kann man nicht behaupten. Dagegen spricht die Entwicklung der deutschen Schuhindustrie in der letzten Zeit. Die Schwierigkeiten der deutschen Schuhindustrie während der Jahre 1928 und 1929, die zum Teil mehlosen Zollforderungen in Deutschland mit der ausgesprochenen Spitze gegen Bata führten, sind nicht zu leugnen. Sie gingen von einer rückständigen deutschen Schuhindustrie aus. Diese hatte es einmal versäumt, sich auf die nach der Kriegszeit eingetretene Nachfrage des Publikums nach leichterem Schuhwerk umzustellen, wodurch die Einfuhr von tschechischem Schuhwerk nach Deutschland, hauptsächlich durch Bata, begünstigt wurde. Andererseits arbeitete die deutsche Schuhindustrie nach altem Verfahren. Sie war zweifellos technisch rückständig, was angesichts der steigenden Löhne, die nur den steigenden Preisen folgten, doppelt gefährlich war. Dazu kam eine Preissteigerung für Häute. Die Umstellung wurde dann schnell durchgeführt. Scharfe Rationalisierungsmaßnahmen bewirkten eine Senkung des Lohnanteiles. Im Zusammenhang mit der Spezialisierung großer Betriebe auf bestimmte Schuhsorten (wachsender Anteil des Leichtschuhwerks) und mit dem Uebergang zur Massenproduktion — viele Kleinbetriebe waren im Laufe der vorangegangenen Schwierigkeiten zum Erliegen gekommen — konnte eine erhebliche Senkung der Produktionskosten durchgesetzt werden. Die Indexziffer der proportionalen Kosten der deutschen Schuhindustrie (1913 = 100), die seit 1927 auch Veränderungen der Arbeitsleistungen berücksichtigt, ist nach einer Berechnung des Instituts für Konjunkturforschung von 134 im Juli 1928 auf 98 im November 1929, das heißt im Verlauf von fünfzehn Jahren um 27 Prozent zurückgegangen. Dazu kamen Ersparnisse durch Rationalisierung des Verkaufsapparates, durch Verkleinerung der Lagerhaltung usw. Das ermöglichte eine Herabsetzung der Schuhpreise. Die Indexziffer der Schuhpreise fiel von 118 im Juli 1928 auf 109 im Oktober 1929 (1913 = 100). Mit der Umstellung sind die deutschen Schuhproduzenten nach dem Urteil des Konjunkturforschungsinstituts [illegible] geworden. Der deutsche Schuhaußenhandel ist aktiv. Während die Ausfuhr der wichtigsten Konkurrenzländer (Tschechoslowakei, Großbritannien, Frankreich, Amerika) in der ersten Hälfte des Jahres 1930 um 9 Prozent hinter dem Vorjahr zurückblieb, konnte die deutsche Schuhausfuhr gleichzeitig um 55 Prozent gesteigert werden. Dadurch dürfte das Gespenst der unschlagbaren Batakonkurrenz erledigt sein. Wenn Bata unter denselben Bedingungen in Deutschland zu produzieren hat, wie die deutsche Schuhindustrie, so kann man von einem Mißverhältnis der Kräfte nicht sprechen.

Das scheint aber der springende Punkt der ganzen Angelegenheit zu sein. Bata hat in seinen tschechischen Fabriken in Zlin ohne Zweifel gründlich und frühzeitig die amerikanischen Arbeitsverfahren (Fließarbeit usw.) angewandt. Darauf beruhte eine Zeitlang seine unbestrittene Vormachtstellung. Das ist vorüber. Die deutschen Fabriken sind heute nicht weniger, vielfach besser technisiert durchorganisiert als die Bataschen Fabriken in Zlin. Was man aber unter Bataisystem versteht, ist nicht nur Technisierung und Rationalisierung; es ist eine Ausbeutung der Arbeiterschaft, die an frühkapitalistische Verhältnisse erinnert. Das Bataisystem (Bevorzugung von jugendlichen Arbeitern, Abwälzung des kapitalistischen Risikos auf die Arbeiterschaft, der Kampf Batas selbst gegen Gewerkschaften und Betriebsdemokratie) ist eine Angelegenheit, die nicht in deutsche Verhältnisse paßt. Alles das, der Lohndruck, die feindliche Einstellung Batas gegen die Arbeitslosenunterstützung usw., sind Dinge, die den deutschen Schuhindustriellen nicht so fern liegen. Kapitalist bleibt Kapitalist, ob er nun zufällig tschechischer oder deutscher Staatsangehörigkeit ist, ist gleichgültig. Man hat nicht umsonst von der Batahölle von Zlin gesprochen. Wenn die Gefahr einer Uebertragung Bataischer Produktions- und Betriebsmethoden auf Deutschland droht, dann ist der Widerstand gegen die Bataprojekte in Oberschlesien berechtigt.

Nun kommt der preußische Staat als Verkäufer des Geländes in Oberschlesien in Frage, das Bata zu seinem Fabrikneubau benutzen will. Das hat zu Auseinandersetzungen geführt. Der preußische Staat kann vom Verkauf zurücktreten. Dann wird sich zweifellos jemand anders finden, ein anderes Land, irgend eine Stadt oder gar ein Privatmann, der Batas gute Tschechenkronen für seinen wenig rentierenden Landbesitz einsteckt. Die Niederlassung Batas selbst kann man nicht verbieten, ebensowenig wie man eine Niederlassung Fords in Westdeutschland oder eine Niederlassung irgend eines deutschen Großkonzerns in Nordamerika oder eines Elektrokonzerns in der Tschechoslowakei verbieten kann. Ein solcher Protektionismus wäre auch mehr als bedenklich. Der preußische Staat kann aber als Verkäufer des Geländes durchsetzen, daß deutsche Arbeiter und Angestellte in der Batafabrik in Oberschlesien beschäftigt werden und nicht tschechische. Daß Bata den deutschen Sozialgesetzen unterliegt, ist selbstverständlich, und im übrigen wird die Frage, wie Bata in Deutschland arbeiten will und arbeiten wird, davon entscheiden, wie fest die Gewerkschaften in den Batawerken sind.

Hier taucht plötzlich die sehr oft verkannte Bedeutung der Gewerkschaften und der Lohntarife für die Belämpfung eines Blauen-Dumpings und eines unlauteren Wettbewerbs auf. Es ist angebracht, das Unternehmertum mal auch auf diese Zusammenhänge hinzuweisen.

einer Verordnung ohne Zustimmung des Reichstages berechtigt ist oder nicht. Das ist die Regierung in diesem Falle nun zweifellos nicht. Denn die Ermächtigung, die der alte Reichstag in der Angelegenheit der Kapitalertragssteuer der Regierung gegeben hatte, war an die Zustimmung des Reichsrats und des Steuerausschusses des alten Reichstag gebunden. Dieser Steuerausschuß existiert nun seit der Auflösung des Reichstags nicht mehr. Damit ist die ganze Ermächtigung hinfällig geworden, weil die Reichsregierung sich die vorgeschriebene Zustimmung nicht mehr verschaffen kann. Keinesfalls kann aber die Zuständigkeit des Steuerausschusses des Reichstages in einer materiellen Angelegenheit durch die des Ueberwachungsausschusses ersetzt werden. Das würde ja bedeuten, daß alle Rechte der Ausschüsse und des Reichstags auf den Ueberwachungsausschuß übergingen. Die Verordnung kann aber infolge der Auflösung des Reichstags so lange nicht erlassen werden, als nicht der neue Reichstag in der Angelegenheit einen neuen entsprechenden Beschluß faßt. Erst wenn die Reichsregierung sich darüber hinwegsetzen würde und die Verordnung doch erlassen würde, könnte der Ueberwachungsausschuß in Aktion treten und beschließen, daß die Verordnung der Regierung rechtsungültig wäre. So maßt sich die Mehrheit des Ueberwachungsausschusses ein Recht der unmittelbaren Gesetzgebung an, das er zweifellos nicht hat. Dieser Beschluß des Ueberwachungsausschusses widerspricht aber auch seinem eigenen früheren Beschluß, daß er nicht berechtigt sei, die Rechtmäßigkeit der Notverordnung zu prüfen. Denn hier werden jetzt dem Ueberwachungsausschuß plötzlich noch viel weitergehende Rechte zuerkannt, als die gingen, die er sich damals selbst absprach.

Zu der Sache selbst ist zu sagen, daß in dem Vorschlag, die Kapitalertragsteuer für festverzinsliche Werte aufzuheben, ein gesunder Kern steckt. Die Kapitalertragssteuer für festverzinsliche Werte wird in Wirklichkeit nicht von dem Eigentümer der fraglichen Wertpapiere bezahlt, sondern von der das festverzinsliche Wertpapier ausgebenden öffentlichen Körperschaft, da die Geldgeber in solchen Fällen immer die Kapitalertragssteuer in die Anleihebedingungen einkalkulieren. Die Folge ist, daß der Zinssatz für diese Anleihe von vornherein um den Betrag erhöht wird, den die Kapitalertragssteuer ausmacht. Die Aufhebung der Kapitalertragssteuer für festverzinsliche Werte bedeutet also für neu aufzulegende Anleihen eine Herabsetzung des Zinsniveaus, und das ist in der gegenwärtigen Zeit der schweren Wirtschaftskrise und der Finanznot der Gemeinden und des Staates sicherlich eine nützliche Maßnahme, zumal eine Entlastung für die Eigentümer der Wertpapiere solange nicht in Frage kommt, als sich diese Maßnahme auf neuaufzulegende Anleihen beschränkt. Das gilt aber alles eben nur für neuaufzulegende Anleihen. Wenn die Kapitalertragssteuer auf für bereits ausgegebene und im Verkehr befindliche festverzinsliche Werte sich erstreckt, dann ist der Charakter der Maßnahme insoweit ein völlig anderer. Die Herabsetzung des Zinsniveaus wird dann nicht mehr erreicht, weil der Zinssatz ja bereits feststeht und nicht mehr geändert werden kann. Auf der anderen Seite wird aber den Kapitalisten, die solche bereits ausgegebenen festverzinslichen Werte besitzen, nachträglich allerdings ein Steuergeschenk gewährt. Nachdem also der Antrag der Sozialdemokratie, die Maßnahme auf neuaufzulegende festverzinsliche Anleihen zu beschränken, abgelehnt ist, hat die Maßnahme allerdings einen rein besitzfreundlichen Charakter erhalten und verdient jetzt scharfe Kritik. Und das um so mehr, als dadurch auf der anderen Seite auch ein Einnahmeausfall für das Reich entsteht und damit ein neues Loch in den an sich schon sehr schlechten Reichsfinanzen, für das vorläufig wenigstens keine Deckung vorhanden ist. Und das ist in der gegenwärtigen Situation eine ganz unverantwortliche Maßnahme.

Tumult in einer Berlin Bezirksversammlung

Rüpeleien der Kommunisten

In der Berlin-Lichtenberger versammlung kam es am Mittwoch zu heftig tritten.

Die Beratungen, die um 6 Uhr begannen und Stunden in vollkommener Ruhe durchgeführt wurde gegen 8 Uhr zu unerhörten kommunistischen szenen. Als ein Stadtrat zu einer Reihe kom Agitationsanträge eine Erklärung abgab, rief ihm e nistischer Bezirksverordneter zu: „Herr Stadtrat, Sie wieder!" Die Sitzung wurde nach einem kurzen hefti wechsel sofort unterbrochen. In der Pause beschloß der rat, daß der Kommunist seine Aeußerung zurückne anderenfalls sei er von der Sitzung auszuschließen. D nistische Rüpel dachte jedoch in der neuen Sitzung gar n sich zu entschuldigen, folgte aber auch der Aufford Vorstehers, den Sitzungssaal zu verlassen, nicht. Schlie Polizei in den Sitzungssaal gerufen. Als sie erschie die Kommunisten wie besessen und griffen die Beamten es zu einer heftigen Rauferei kam. Einem komm Stadtverordneten wurde der Rock völlig zerrissen Fraktionsvorsitzenden der Kommunisten der Kragen Es bedurfte großer Anstrengung der Polizei, ehe de nistische Rüpel aus dem Saale geschafft werden konnt schließlich so weit war, sangen die Kommunisten nationale. Unterdessen wurde die Sitzung unter große geschlossen.

Kellogg Richter am Internationalen Gerich

Genf, 17. September. (Eigener Draht

Die Wahl des Ersatzmannes für den am nationalen Ständigen Gerichtshof im zurücktretenden Amerikaner Charles Evans durch die Vollversammlung des Völkerbundes fiel mit abgegebenen gültigen Stimmen auf Frank Kell Vater des bekannten Kellogg-Paktes. Das Mandat vo ist bis zum 31. Dezember 1930 befristet. Die endgült der 15 ständigen Richter für den Internationalen G erfolgt in einer späteren Vollversammlung.

Pabst klagt

Er will Schobers Verbindungsmann gewesen s

Wien, 17. September. (Eigener Draht

Der bekannte Putschist Major Pabst, der sich Venedig aufhält, hat gegen die Wiener „Allgemeine Klage einreichen lassen, weil das Blatt ihn na Ausweisung als einen wegen Hochverrats verfolgten bezeichnet hatte. Pabst beruft sich darauf, daß er sich i reich immer im Sinne der Staatserhaltung und zwar Einvernehmen mit der Regierung betätigt habe. B kanzler Schober habe wiederholt mit ihm verhan ihn eingeladen, ihn immer aufzusuchen. Es sei sogar bindungsmann zwischen Schober und der Bundesführ Heimwehr gestellt worden.

Pabst beruft sich zum Beweis seiner staatser Tätigkeit auf das Zeugnis des Bundeskanzle der früheren Heimwehrführer Steidle und Pfriem

Friedensaktion der französischen Sozialist

Scharfer Protest gegen Pilsudskis Gewaltregime

Paris, 18. September. (Eigener Funkbe

Der Vorstand der Sozialistischen P Frankreichs hat beschlossen, im Oktober eine große P gandawoche für die Organisation des Fri und der Entwaffnung abzuhalten. Die Parlam der Partei sind aufgefordert worden, sich vom 25. Okt für diese Propagandawoche freizuhalten. Weiter hat der einstimmig eine Protestentschließung gegen willkürliche Verhaftung polnischer P mentarier und die Untaten der Faschisten Pilsudsk genommen. Die Hochhaltung des demokratischen Gedan Polen, heißt es in der Entschließung, sei nicht nur ei wendigkeit der Arbeiterklasse, sondern auch eine Garan den Frieden Europas. Die französischen Sozialisten werd gefordert, bei jeder Gelegenheit gegen die Pilsudski-Dikt demonstrieren und den polnischen Proletariern ihre Sy zum Ausdruck zu bringen.

Riesige Zollerhöhungen in Kanada

Antwort auf den neuen Zolltarif der USA. — Kanada schließt sich auch gegen England ab

Montreal, 17. September. (Eigener Drahtbericht.)

Zollerhöhung gegen Arbeitslosigkeit war die Wahlparole der kanadischen Konservativen, mit der sie bei den jüngsten Parlamentswahlen die Mehrheit gewannen und damit zur Regierung gelangten. Gestützt auf diese parlamentarische Mehrheit hat sich die neue Regierung beeilt, ihr Wahlversprechen in die Tat umzusetzen.

Mit 116 gegen 62 Stimmen genehmigte das kanadische Abgeordnetenhaus am Mittwoch den neuen Zolltarif, der einen bisher unbekannten Zollrekord aufstellt. Für 134 von 150 Artikeln ist der Einfuhrzoll in der beispiellosesten Weise erhöht worden. Hiervon werden die wichtigsten industriellen und agrarischen Produkte betroffen. Unter anderem wird der Zoll für alle aus den Vereinigten Staaten kommenden Agrarprodukte sowie Vieh von 10 auf 25 Prozent, für Eisen und Stahl von 2 auf 4½ Dollar pro Tonne, für landwirtschaftliche Maschinen aus USA. um 390 bis 400 Prozent erhöht. Die Zollerhöhung ist die Antwort Kanadas auf die amerikanische Zollerhöhung. Das neue kanadische Gesetz verteuert jedoch in ähnlicher Höhe die Einfuhr aus allen anderen Ländern, sowie auch aus England, dem lediglich einige kleinere Erleichterungen für Textilwaren zugestanden worden sind. Durch die Zollerhöhung hofft die kanadische Regierung, die Arbeitslosigkeit beseitigen zu können.

Der neue Zolltarif ist nicht nur ein schwerer Schlag für alle exportierenden Länder, sondern vor allem auch für die Imperium-Zollidee der englischen Konservativen. Ihre Absicht ist es, das gesamte britische Reich in einer Zolleinheit zu verschmelzen: erhöhte Zölle nach außen, Zollfreiheit im Innern. Wenn sich jetzt Kanada derartig gegen die englische Einfuhr absperrt, so zeigt dies, wie undurchführbar die Zollidee der Konservativen und wie entgegengesetzt die Wirtschaftsentwicklung der britischen Ueberseeländer ist.

* * *

A. Kr. Dies Beispiel der Zollpolitik der neuen kanadischen Regierung zeigt wieder einmal erschreckend deutlich, wohin die uferlose Hochschutzzollpolitik führen muß. Die an sich schon schwer daniederliegende Wirtschaft der Vereinigten Staaten wird durch diese Maßnahme sicher aufs schwerste getroffen werden; denn in den letzten Jahrzehnten hat sich eine außerordentlich enge wirtschaftliche Verflechtung zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten entwickelt. Sowohl der Menge als auch dem Werte nach bildet die von den Vereinigten Staaten nach Kanada gehende Ausfuhr einen sehr starken Prozentsatz der gesamten Ausfuhr der Vereinigten Staaten. Da diese Zollerhöhung die Antwort Kanadas auf die Zollerhöhung der Vereinigten Staaten ist, so zeigt sich hier wiederum, wie die Hochschutzzollpolitik der einzelnen Staaten zu einer immer stärkeren Abschließung der einzelnen Volkswirtschaften voneinander führt, wie sich zwangsläufig die Hochschutzzöllner gegenseitig in die Höhe schrauben und wie die Länder, die solche Hochschutzzölle festsetzen, ihre eigene Wirtschaft damit treffen. Die Weltwirtschaft wird dabei immer weiter geschädigt und auch die Krise im eigenen Lande muß dadurch immer mehr verschärft werden.

Diese Maßnahme Kanadas ist aber auch für das britische Mutterland und für das ganze britische Imperium ein verhängnisvolles Ereignis. Nicht nur deshalb, weil die Imperiumszollidee der englischen Zeitungslords dadurch einen schweren Stoß erhält, sondern vor allem weil unmittelbar die Wirtschaftskrise im englischen Mutterland dadurch außerordentlich verschärft werden muß und weil darüber hinaus mittelbar der ganze Zusammenhalt des englischen Imperiums stark aufgelockert wird. Gerade wir Europäer können die Gefahren, die aus diesen Maßnahmen für das britische Reich entstehen müssen, würdigen; denn wir wissen nur zu gut, daß die Einigung der europäischen Staaten zu einem Staatenbund erst möglich sein wird, wenn die wirtschaftliche Einigung Europas vorausgegangen ist. Umgekehrt kann das britische Reich, das heute ebenfalls ein Staatenbund ist, auf die Dauer nur zusammenbleiben, wenn es auch wirtschaftlich eine Einheit bleibt. Das ist ja gerade einer der Grundgedanken, der der Imperiumszollidee der englischen Zeitungslords zugrunde liegt. Fangen aber die einzelnen Staaten des britischen Reichs erst einmal an, in dieser Weise sich wirtschaftlich gegeneinander abzuschließen, dann werden sie sich auch allmählich kulturell und national voneinander fortentwickeln, und das lose Band, das diese Länder noch umschlingt, wird bald ganz zerrissen, wenn keine Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen Interessen mehr besteht. Schon heute ist es so, daß eigentlich nur noch die wirtschaftliche Verflechtung der früheren englischen Kolonien mit ihrem Mutterland das britische Reich zusammenhält. Wird diese wirtschaftliche Verflechtung auf diese Weise zerrissen, dann ist unabsehbar, was aus dem britischen Reich werden wird.

Henker Johnny

Roman von Myrtle Johnston

Aus dem Englischen übertragen von Franz Fein

26] (Nachdruck verboten.)

„Ein Wunder wäre es nicht, wenn sie ihn wahnsinnig gemacht hätte, so wie sie sich aufführt", unterbrach Mrs. Donovan eifrig. „Ich möchte manchmal wissen, warum er sich überhaupt mit ihr eingelassen hat. Jammerschade ist es, daß er es getan hat, der arme Mann, wo er doch ein Gesicht hat, daß einem das Herz aus der Brust wegfliegen könnte. Oft tut er mir leid, weil er so ein anständiger Mann und so ein guter Mann ist. Das ist er."

„Ja, und haben Sie bemerkt, wie er manchmal weggeht von hier?" fragte Mrs. Carey geheimnisvoll. „Vier Tage hintereinander bleibt er oft fort. Da steckt doch irgend etwas dahinter."

„Aber sie scheint sich nur wenig daraus zu machen, daß er immer weggeht", begann Mrs. Donovan. Die anderen Frauen warfen ihr gereizte Blicke zu, weil sie etwas von dem Geheimnis wegnehmen wollte, und deshalb fügte sie hastig hinzu: „Aber freilich, ein Wunder ist es nicht, wenn er manchmal von ihr weglaufen will, von ihr und ihrem [illegible] und ihrem [illegible]. Ich glaube, er muß froh sein, wenn er ein paar Meilen Weg zwischen sich und ihre scharfe Zunge bringt."

„Wissen Sie noch, wie sie hergekommen ist und den Laden [illegible]

[illegible]

„Aber jetzt" sagte Mrs. Donovan, „Johnny Caughan steht in der Schmiede. [illegible] sieht er aus, Gott steh ihm bei."

Alles lief zum Fenster.

Johnny stand vor seiner Tür. Seine Schultern waren vom vielen Bücken gekrümmt, und er blinzelte in der Helligkeit, genau so, wie der alte Kenedy es getan hatte.

An diesem Abend saß Anna wie gewöhnlich am Kamin und stopfte. Das rote Licht flackerte durch das Zimmer und beleuchtete schwach die saubere Kahlheit. Es wurde sehr dunkel, weil sie die Kerzen nie anzündete, solange man überhaupt noch etwas sehen konnte. Sie war allein, denn Michael spielte draußen, und Johnny arbeitete unten in der Werkstatt.

Eine hölzerne Arbeitsschachtel, die sie immer in peinlicher Ordnung hielt, stand neben ihr. Als sie nach etwas grauer Wolle suchte, sah sie einen Briefumschlag darin liegen. Sie zauderte, dann [illegible] sie ein wenig, griff nach ihm und nahm den Brief heraus, der darin war. Der war alt und zerknittert, und die Worte, die in steifer, ungelenker Schrift darin standen, wußte sie auswendig:

Ballyhaunis, Juli 1872.

Liebe Anna,

ich hoffe, daß Gott diesen Brief zu Dir bringen wird, wo Du auch sein magst. Jamesy Lee geht von hier weg und wandert nach Dublin, und so schicke ich dieses mit ihm, damit er es Dir gibt, wenn er Dich finden sollte.

Ja, liebe Anna, es tut mir leid, daß ich damals, als Du mir alles erzähltest, so [illegible] — weil ich immer [illegible] das Herz nach Dir abgewandt hat.

[illegible]

Es ist jetzt einsam an den Abenden, jetzt, wo Du und Deine Mutter weg sind. Die Nachbarn sind sehr freundlich, aber das ist nicht das gleiche.

Bist Du zu mir zurückgekommen, Anna, und den Laden [illegible]

[illegible] aber ich will nicht Jamesy Murphy heißen. Er hat nicht ein Gesicht gehabt wie ein anständiger Mensch. Ich will i wiedersehen, deshalb verlasse ihn, und Du brauchst auch stolz zu sein, um zu Deinem alten Vater zurückzukomme Dir die Tür nicht verschlossen sein wird. Ich habe la diesem Brief gearbeitet und darüber nachgedacht, wie die geschrieben werden müssen, und kann keine Zeile mehr sc deshalb schließt

Dein Dich liebender Vater

James Mu

Vor zwei Jahren hatte Jamesy Lee, abgerissen und arb in die St. Brigid Street gefunden und den Namen „Cr über der finsteren, armseligen kleinen Werkstatt gelesen. hatte den Brief Johnny nie gezeigt und auch nie darauf wortet. Ihre Augen konnten nicht zwischen den Zeilen Johnnys Schritte wurden auf der Treppe laut, und sie leg Brief in die Schachtel zurück.

Er kam herein und setzte sich, ein wenig fröstelnd, aus

„Johnny", sagte sie vorwurfsvoll, „du kommst eine Stunde zu früh herauf."

„Ich habe früh zugemacht", antwortete er. „Ich wußte niemand mehr kommt, und dort unten ist es sehr kalt."

„Ach, Johnny, das ist eine böse Sache. Du scheinst di nicht um die Werkstatt zu kümmern, und wir leben doch Das weißt du ja. Deine andere Arbeit bringt nicht so se ein, und was sie bringt, das spare ich in einem Schub im

„Ach ja", sagte er. Er saß am Feuer, starrte hinein u die Hände zwischen den Knien herunterhängen. Diese ärgerte sie immer ganz besonders. Dann sah er ihre fle Finger an.

„Hast du sehr viel zu tun, Anna?" fragte er fast sehnsü Sie legte den fertigen Socken aus der Hand und griff nach anderen.

„Immer hast du etwas zu tun", fuhr er fort. „Hast das Gefühl, daß du dich ausruhen willst wie die anderen F hier? Die arbeiten nicht halb soviel wie du."

„Redest du von Mrs. Carey und Mrs. Donovan und diese Gesellschaft?" fuhr sie auf. „Eine erbärmliche, faule Bla sind sie. Schöne Wohnungen haben sie, was! Ich bin in ein hinein gewesen, und mir ist beinahe schlecht geworden."

„Sie sind aber ganz glücklich, scheint es", sagte Johan

(Fortsetzung fol

Wohnungsbauten in Paris

Paris, 17. September. (Eigener Drahtbericht.)

Zwischen der Stadt Paris und einer großen privaten Gesellschaft ist am Mittwoch ein Vertrag abgeschlossen worden, nach dem die Stadt Paris der Gesellschaft Terrain von etwa 15 Hektar zur Erstellung von insgesamt 8400 Wohnungen überläßt unter der Bedingung, spätestens sechs Monate nach der Uebergabe des Baugrunds den Arbeiten begonnen wird. Von den 8400 Wohnungen sind 4400 für jene Familien reserviert werden, die gezwungen sind, aus baufälligen Häusern auszuziehen. Der Mietpreis dieser Wohnungen wird sehr niedrig gehalten sein, und zwar für ein Zimmer, Küche und WC. 1400 Franken im Jahre, für zwei Zimmer und die gleichen Nebenräume 2000 Franken und für drei Zimmer 2700 Franken jährlich betragen. Die übrigen 4000 Wohnungen sind regulär zu mieten und dementsprechend teurer. Man rechnet damit, daß die 8400 Wohnungen 18 Monate nach Baubeginn bezieht werden. (6½ Franks sind eine Mark.)

Ausschlüsse aus der Schweizer KP.

Zürich, 17. September. (Eigener Drahtbericht.)

Die seit Monaten andauernden Auseinandersetzungen der Kommunistischen Partei der Schweiz haben jetzt den Ausschluß des bisherigen Parteisekretärs Schaffhausen, Erb, und des bisher in Schaffhausen führenden Kommunisten Schlöttli geführt. An den kommunistischen Nationalrat Bringolf, der an der Spitze der Rechtsopposition im Kampfe gegen das Zentralkomitee steht und gegenwärtig in Moskau weilt, um sich vor dem Ekki zu rechtfertigen, hat man sich noch nicht herangetraut, obwohl er sich in allen Fragen mit Erb und Schlöttli solidarisch erklärt hat.

Japan ratifiziert doch noch

London, 18. September. (Eigener Funkbericht.)

Eine Kommission des japanischen Staatsrates hat einmütig beschlossen, dem Staatsrat die Ratifikation des Londoner Flottenabkommens zu empfehlen. Allerdings wurde auch beschlossen, dem japanischen Kaiser eine Verwarnung an sein Kabinett zu empfehlen, die sich gegen dessen allgemeine Politik richten soll.

Auch die Schweiz rüstet

Bern, 17. September. (Eigener Drahtbericht.)

Offiziös wird mitgeteilt, daß mit einer Erhöhung des schweizerischen Militärbudgets auf 100 Millionen Franken zu rechnen sei. Gegenwärtig erreicht das Budget eine Höhe von nicht ganz 90 Millionen. Die Erhöhung soll für die Anschaffung von Material, darunter besonders Gasmasken, Verwendung finden.

Hochschulstudium und Arbeitsmarkt

Kleiner Rückgang der Studierenden — Der Frauenandrang ist stärker geworden

Nach dem Krieg setzte ein starker Andrang zum akademischen Studium ein. Die Zahl der Studierenden nahm von Jahr zu Jahr zu. Selbstverständlich mußte diese Bewegung auf die entsprechenden Arbeitsmärkte zurückwirken und die Klagen verschiedener Berufe über die Bildung eines akademischen Proletariats sind wohl in der Hauptsache auf den starken Andrang zum akademischen Studium zurückzuführen. Dabei soll selbstverständlich nicht verkannt werden, daß sich infolge des Krieges und der ganzen Umschichtung der Wirtschaft die Möglichkeiten, in einem sogenannten akademischen Beruf unterzukommen, verringert haben.

Im Wintersemester 1929/30 hat der Andrang zu den wissenschaftlichen Hochschulen im Deutschen Reich zum ersten Male etwas nachgelassen. Die Gesamtzahl der an den deutschen Hochschulen immatrikulierten Studierenden, die Vorlesungen belegten, betrug im Wintersemester 1929/30 = 122 391 gegen 123 700 im Sommersemester 1929. Erfahrungsgemäß erfolgt die Aufnahme der Studien in den Wintersemestern regelmäßig in weit geringerem Umfang als in den Sommersemestern. Auch wenn man das in Rechnung stellt, war die Gesamtzahl der Studierenden im Wintersemester 1929/30 zum ersten Male geringer (und zwar um 1,1 Prozent) als in dem vorangegangenen Sommersemester 1929, während sonst vom Sommersemester zum Wintersemester immer noch eine, wenn auch mäßige Zunahme festzustellen war. Der Andrang zum akademischen Studium kommt am besten in der Zahl der Studierenden im ersten Semester zum Ausdruck. Die Zahl beträgt für das Wintersemester 1929/30 = 7016 (erfaßt sind in dieser Zeit nur Reichsdeutsche) gegenüber 8119 im Wintersemester 1928/29. Der Anteil der Studierenden im ersten Semester an der Gesamtzahl der Studierenden hat sich demnach von 7,6 Prozent im Wintersemester 1928/29 auf 6,1 Prozent im Wintersemester 1929/30 verringert. Somit hat der Neuzugang im Wintersemester 1929/30 um 1100 = 13,6 Prozent gegenüber dem Wintersemester 1928/29 nachgelassen. Die Zahl der Studierenden im ersten Semester ist für das Wintersemester 1929/30 die niedrigste, die seit einer Reihe von Wintersemestern beobachtet wurde.

Man kann hier nach Gründen suchen und wird ohne Zweifel den verringerten Andrang zum akademischen Studium auf die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zurückführen müssen. Weiter dürfte die verringerte Möglichkeit, in entsprechenden Berufen unterzukommen, mitsprechen, ferner auch die Umschichtung der verschiedenen Berufe vor dem akademischen Studium. Im großen und ganzen ist der Andrang zu den wissenschaftlichen Hochschulen immer noch sehr groß. Die ersten vollständigen Angaben über den Hochschulbesuch für die Nachkriegszeit liegen für das Wintersemester 1925/26 vor. Vergleicht man die Zahl der Studierenden im Wintersemester 1929/30 mit den Zahlen von 1925/26, so läßt sich eine Steigerung der Studierenden für das Wintersemester 1929/30 um 37,3 Prozent feststellen. Von einer Aenderung in der Tendenz kann keine Rede sein. Dem entspricht ja auch, daß die Zahl der Studierenden sich von 113 042 im Wintersemester 1928/29 auf 122 391 im Wintersemester 1929/30 steigerte.

Von den Studierenden an den deutschen Hochschulen waren im letzten Wintersemester allerdings 6939 = 7,5 Prozent der Gesamtzahl Ausländer. Der Anteil ist um 0,6 Prozent höher als im Wintersemester 1929/30. Von den ausländischen Studierenden, unter denen sich 13,3 Prozent Studentinnen befinden, sind fast 50 Prozent Ausländer mit deutscher Muttersprache. Die Ausländer bevorzugen als Studium Medizin, Zahnheilkunde, Rechts- und Staatswissenschaften und Chemie. In den Fächern Bergbau, kaufmännisches Studium, Chemie, Zahnheilkunde, Elektrotechnik, Philosophie und Pädagogik machen die Ausländer 10 Prozent der Studierenden aus.

Von den Studierenden ganz allgemein wählten 21 555 Rechts- und Staatswissenschaften, 15 644 allgemeine Medizin, 4869 Zahnheilkunde, 1167 Tierheilkunde, 3567 Volkswirtschaftslehre, 2712 Betriebswirtschaftslehre, 2483 kaufmännisches Studium, 3990 Pädagogik für Volksschullehrerstudium, 5837 neue Sprachen, 5052 Germanistik, 2444 Geschichte, 5656 Mathematik, 2754 Biologie und Naturwissenschaft, 2283 Physik, 2061 Landwirtschaft und Brauerei, 7 Bauingenieurwesen, 2475 Architektur, 6373 Maschineningenieurwesen, 3661 Elektrotechnik, 759 Bergbau usw. und 8 Chemie. Soweit die reichsdeutschen Studierenden im Wintersemester 1929/30 gegenüber dem Wintersemester 1928/29 in Frage kommen, zeigen sich Zugänge bei der Pädagogik für Volksschullehrerstudium, für das Bauingenieurwesen, für Architektur und Chemie. Die meisten anderen Fächer zeigen mehr oder weniger starke Abgänge. Diese Zugänge kennzeichnen deutlich den Umschwung der sich in der verminderten Aufnahme der Studien immerhin angebahnt hat.

Die Entwicklung erhält ihre Bedeutung dadurch, daß immer mehr Frauen das akademische Studium ergreifen. Während sich für das Wintersemester 1929/30 gegenüber dem Wintersemester 1925/26 die Gesamtzahl der Studierenden um 13 Prozent erhöhte, nahm die Zahl der weiblichen Studierenden um 118,5 Prozent zu. Die Zahl der Studentinnen betrug im Wintersemester 1928/29 13 353 und im Sommersemester 1929 = 16 296, im Wintersemester 1929/30 aber 16 248. Damit macht der Anteil der Studentinnen an der Gesamtzahl der Studierenden 13,4 Prozent aus. Die Zunahme vom Wintersemester 1928/29 zum Wintersemester 1929/30 betrug 21,7 Prozent. Die Tendenz eines stärkeren Andranges der Frauen zu den Hochschulen liegt also klar zutage.

Von besonderem Interesse ist die Herkunft der Studierenden. Die Statistik ergibt, daß von den Vätern der Studierenden 46,7 Prozent Beamte (einschließlich Reichswehr), 12 Prozent Handel und Gewerbetreibende (einschließlich Privatangestellte), 7,8 Prozent Angehörige freier Berufe, 5,8 Prozent Landwirte und 2,6 Prozent Arbeiter waren. Von den Vätern besaßen nur 21,5 Prozent Hochschulbildung. Ohne Reifezeugnis studierten im Wintersemester 1929 = 4 Prozent der Studierenden. Ein Zeugnis über die verkürzte, die Ersatzreifeprüfung und die Ergänzungsprüfung besaßen 2,3 Prozent.

Ueber das Werkstudententum werden folgende Mitteilungen gemacht: Im Sommersemester 1929 übten 6,4 Prozent der Studierenden eine Beschäftigung gegen Entgelt aus, in den darauffolgenden Ferien 12,6 Prozent. Sie kamen in der Hauptsache im Lehrberuf, im Handel und in der Industrie unter.

Verschlechterung der Reichswochenhilfe

Zu den Leistungen der Krankenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung gehört auch die Gewährung von Wochenhilfe an Ehefrauen und Töchter der Krankenversicherten. Diese Wochenhilfe für Familienangehörige ist in den §§ 205a bis 205d der Reichsversicherungsordnung genau geregelt. Seit Einführung dieser Wochenhilfe für Familienangehörige ist das Reich an den Kosten dieser Wochenhilfe beteiligt gewesen. Ursprünglich hat das Reich den Krankenkassen die Hälfte der Aufwendungen für die Wochenhilfe für Familienangehörige erstattet. Später ist dann der Anteil des Reichs an dieser Wochenhilfe gekürzt und allgemein auf 50 Mark pro Wochenhilfefall festgesetzt worden. Auch heute noch bestimmt § 205d Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung, daß zu den Aufwendungen der Wochenhilfe für Familienangehörige die Krankenkassen einen Reichszuschuß von 50 Mark für jeden Entbindungsfall erhalten und im Abs. 4 des gleichen Paragraphen ist bestimmt, daß die Kasse beantragen kann, daß ihr vom Reiche auf den Zuschuß in Vorschuß gewährt wird, der aber den Betrag nicht übersteigen darf, der der Zahl der voraussichtlich zu entschädigenden Entbindungen entspricht. Auch durch die Verordnung über die Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. Juli 1930 ist daran nichts geändert worden.

Trotzdem hat der Reichsarbeitsminister dem Reichsversicherungsamt in Berlin mitgeteilt, hinsichtlich der Gewährung des Reichszuschusses für Familienwochenhilfe sei für die Zeit vom 1. August 1930 bis zum Ende des Rechnungsjahres 1930 (31. März 1931) eine von der Bestimmung des § 205d der Reichsversicherungsordnung abweichende Regelung in Aussicht genommen. Der Reichsarbeitsminister hat weiter angeordnet, daß der Reichszuschuß in der bisherigen Höhe nur noch für solche Entbindungsfälle zu zahlen sei, die bis zum 31. Juli 1930 eingetreten sind. Für die nach dem 31. Juli 1930 stattgefundenen Entbindungen sollen zunächst auch Vorschüsse nicht gezahlt werden.

Dem Reichsarbeitsminister fehlt für dieses Vorgehen jede rechtliche Grundlage.

Die Hausmeister des Mieterschutzes beraubt!

Der preußische Wohlfahrtsminister hat durch eine Verordnung vom 10. September dieses Jahres den Mieterschutz für Wohnungen der Portiers, Heizer und Hausreinigerinnen aufgehoben und zwar mit Wirkung ab 1. April 1931. Diese zweifellos auf Drängen der Hausbesitzer erlassene Verordnung ist eine so ungeheuerliche Maßnahme, daß für sie kein Wort der Entrüstung scharf genug sein kann. Sie gibt den Hausbesitzern freie Hand, jeden „mißliebigen" Portier am 1. April nächsten Jahres einfach auf die Straße setzen zu können.

Mißliebig sind in den Augen der Hausbesitzer bekanntlich alle die Portiers, die darauf bestehen, nach dem Tarifvertrag entlohnt zu werden, eine tariflich begrenzte Arbeitszeit zu haben usw. Bei der großen Wohnungsnot, die schließlich auch dem preußischen Wohlfahrtsministerium nicht unbekannt sein dürfte, wird die Auswirkung dieser Verordnung bestimmt die sein, daß am 1. April nächsten Jahres tausende von Portiers, Heizern und Hausreinigerinnen auf die Straße fliegen und ohne Obdach sein werden. Neue Arbeitskräfte hoffen die Herren Hausbesitzer in der jetzigen Zeit der Massenarbeitslosigkeit übergenug zu bekommen.

Die täglichen Verhandlungen vor den Arbeitsgerichten liefern Dutzende von Beispielen dafür, welche schäbigen Mittel die Hauspaschas anzuwenden verstehen, um Portiers und Hausreinigerinnen loszuwerden, die nicht nach ihrer Pfeife tanzen wollen. Die zuständige Berufsvertretung der Portiers und Hausreinigerinnen, der Gesamtverband, muß jedenfalls umgehend alle Schritte unternehmen, um diese ungeheuerliche Verordnung schnellstens wieder zu Fall zu bringen.

Nur Teilstützung

(Berliner Getreidebörse vom 17. September.)

An der Berliner Produktenbörse war die Lage im Roggengeschäft am Mittwoch völlig unverändert. Es lag rieiges Angebot vor, das im Zeithandel zu unveränderten Preisen glatte Aufnahme bei den Stützungsstellen fand. Von prompter Material wurde nur ein Teil zu Stützungspreisen verkauft. Ein großer Teil des Restes wurde zu wesentlich niedrigeren Preisen dringend angeboten. Weizen hat nach den Verlusten in den letzten Tagen seinen Preisstand nunmehr stabilisieren können. Im Zeithandel waren sogar kleine Preisgewinne zu verzeichnen. Das Angebot in prompter Ware war nicht groß und fand zu den neuen Preisen Aufnahme. Das Mehlgeschäft blieb schleppend bei unveränderten Forderungen. Hafer hatte stetige Tendenz.

	17. Septbr.	16. Septbr.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	233—236	233—236
Roggen	187	187
Braugerste	204—222	204—222
Futter und Industriegerste	180—196	180—196
Hafer	158—169	158—169
loco Mais Berlin	—	—
Weizenmehl	27,75—35,75	27,50—35,75
Roggenmehl	24,75—27,50	24,75—27,50
Weizenkleie	9,00— 9,25	9,00— 9,25
Roggenkleie	8,25— 8,50	8,25— 8,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Weizen September 248¼—249 Geld, Oktober 250, Dezember 250 und Brief, März 268¼. Roggen September 193, Oktober 194, Dezember 204, März 215. Hafer September 168¾, Oktober 169, Dezember 177½, März —.

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Bata und die deutsche Schuhindustrie

Der Plan des tschechischen Großindustriellen Bata, auf Gelände des preußischen Staates in Oberschlesien eine Schuhfabrik zu errichten, hat den Streit um Bata aufs neue entfacht. Die Opposition gegen die Bataschen Projekte geht auf durchaus verschiedene Gründe zurück.

Wenn sich die Schuhindustriellen und die verschiedenen Handwerkskammern gegen Bata wenden, so erklärt es sich daraus, daß Bata für sie eine ganz empfindliche Konkurrenz werden kann. Hier ist das Argument zu würdigen, daß die Kapazitätsausnutzung der deutschen Industrie auch in einer günstigen Zeit, wie im ersten Halbjahr 1930, nur etwa 60 bis 70 Prozent betragen hat. Eine Batafabrik in Oberschlesien mit etwa sechstausend Arbeitern würde die Kapazität weiter erhöhen. Das sind Einwände, die man nicht mit der Feststellung abtun kann, daß schließlich tschechisches und nicht deutsches Kapital in dem oberschlesischen Unternehmen Batas investiert wird; denn bei einem erforderlich werdenden Kapitalsschnitt und Abbau der Kapazität ist selbstverständlich das Kräfteverhältnis entscheidend.

Daß hier aber die deutsche Schuhindustrie auf verlorenem Posten steht, wie oft im Rahmen der Batadebatten angenommen wird, kann man nicht behaupten. Dagegen spricht die Entwicklung der deutschen Schuhindustrie in der letzten Zeit. Die Schwierigkeiten der deutschen Schuhindustrie während der Jahre 1928 und 1929, die zum Teil maßlosen Zaufforderungen in Deutschland mit der ausgesprochenen Spitze gegen Bata führten, sind nicht zu leugnen. Sie gingen von einer rückständigen deutschen Schuhindustrie aus. Diese hatte es einmal versäumt, sich auf die nach der Kriegszeit eingetretene Nachfrage des Publikums nach leichterem Schuhwerk umzustellen, wodurch die Einfuhr von tschechischem Schuhwerk nach Deutschland, hauptsächlich durch Bata, begünstigt wurde. Andererseits arbeitete die deutsche Schuhindustrie nach altem Verfahren. Sie war zweifellos technisch rückständig, was angesichts der steigenden Löhne, die nur den steigenden Preisen folgten, doppelt gefährlich war. Dazu kam eine Preissteigerung für Häute. Die Umstellung wurde dann schnell durchgeführt. Scharfe Rationalisierungsmaßnahmen bewirkten eine Senkung des Lohnanteiles. Im Zusammenhang mit der Spezialisierung großer Betriebe auf bestimmte Schuhsorten (wachsender Anteil des Leichtschuhwerks) und mit dem Uebergang zur Massenproduktion — viele Kleinbetriebe waren im Laufe der vorangegangenen Schwierigkeiten zum Erliegen gekommen — konnte eine erhebliche Senkung der Produktionskosten durchgesetzt werden. Die Indexziffer der proportionalen Kosten der deutschen Schuhindustrie (1928 = 100), die seit 1927 auch Veränderungen der Arbeitsleistungen berücksichtigt, ist nach einer Berechnung des Instituts für Konjunkturforschung von 134 im Juli 1928 auf 96 im November 1929, das heißt im Verlauf von fünfzehn Jahren um 27 Prozent zurückgegangen. Dazu kamen Ersparnisse durch Neugestaltung des Vertriebswesens, durch Verkleinerung der Lagerhaltung usw. Das ermöglichte eine Herabsetzung der Schuhpreise. Die Indexziffer der Schuhpreise fiel von 118 im Juli 1928 auf 109 im Oktober 1929 (1928 = 100). Mit der Umstellung sind die deutschen Schuhproduzenten nach dem Urteil des Konjunkturforschungsinstituts durchaus konkurrenzfähig geworden. Der deutsche Schuhaußenhandel ist aktiv. Während die Ausfuhr der wichtigsten Konkurrenzländer (Tschechoslowakei, Großbritannien, Frankreich, Amerika) in der ersten Hälfte des Jahres 1930 um 9 Prozent hinter dem Vorjahr zurückblieb, konnte die deutsche Schuhausfuhr gleichzeitig um 55 Prozent gesteigert werden. Dadurch dürfte das Gespenst der unschlagbaren Batakonkurrenz erledigt sein. Wenn Bata unter denselben Bedingungen in Deutschland zu produzieren hat, wie die deutsche Schuhindustrie, so kann man von einem Mißverhältnis der Kräfte nicht sprechen.

Das scheint aber der springende Punkt der ganzen Angelegenheit zu sein. Bata hat in seinen tschechischen Fabriken in Zlin ohne Zweifel gründlich und frühzeitig die amerikanischen Arbeitsverfahren (Fließarbeit usw.) angewandt. Darauf beruhte eine Zeitlang seine unbestrittene Vormachtstellung. Das ist vorüber. Die deutschen Fabriken sind heute nicht weniger, vielfach besser technisiert durchorganisiert als die Bataschen Fabriken in Zlin. Was man aber unter Batasystem versteht, ist nicht nur Technisierung und Rationalisierung; es ist eine Ausbeutung der Arbeiterschaft, die an frühkapitalistische Verhältnisse erinnert. Das Batasystem (Bevorzugung von jugendlichen Arbeitern, Abwälzung des kapitalistischen Risikos auf die Arbeiterschaft, der Kampf Batas selbst gegen Gewerkschaften und Betriebsdemokratie) ist eine Angelegenheit, die nicht in deutsche Verhältnisse paßt. Alles das, der Lohndruck, die feindliche Einstellung Batas gegen die Arbeitslosenunterstützung usw., sind Dinge, die den deutschen Schuhindustriellen nicht so fern liegen. Kapitalist bleibt Kapitalist, ob er nun zufällig tschechischer oder deutscher Staatsangehörigkeit ist, ist gleichgültig. Man hat nicht umsonst von der Batahölle von Zlin gesprochen. Wenn die Gefahr einer Uebertragung Batascher Produktions- und Betriebsmethoden auf Deutschland droht, dann ist der Widerstand gegen die Bataprojekte in Oberschlesien berechtigt.

Nun kommt der preußische Staat als Verkäufer des Geländes in Oberschlesien in Frage, das Bata zu seinem Fabrikneubau benutzen will. Das hat zu Auseinandersetzungen geführt. Der preußische Staat kann vom Verkauf zurücktreten. Dann wird sich zweifellos jemand anders finden, ein anderes Land, irgend eine Stadt oder gar ein Privatmann, der Batas gute Tschechenkronen für seinen wenig rentierenden Landbesitz einsteckt. Die Niederlassung Batas selbst kann man nicht verbieten, ebensowenig wie man eine Niederlassung Fords in Westdeutschland oder eine Niederlassung irgend eines deutschen Großkonzerns in Nordamerika oder eines Elektrokonzerns in der Tschechoslowakei verbieten kann. Ein solcher Protektionismus wäre auch mehr als bedenklich. Der preußische Staat kann aber als Verkäufer des Geländes darauf sehen, daß deutsche Arbeiter und Angestellte in der Batafabrik in Oberschlesien beschäftigt werden und nicht tschechische. Daß Bata den deutschen Sozialgesetzen unterstehen, ist selbstverständlich, und im übrigen wird die Frage, wie Bata in Deutschland arbeiten will und arbeiten muß, davon entscheiden, wie stark die Gewerkschaften in den Bataschen Betrieben sind.

Hier taucht plötzlich die sehr oft versäumte Bedeutung der Gewerkschaften und der Lohntarife für die Belangnahme eines Bataprojektes und eines unseuteren Wettbewerbs auf. Es ist angebracht, das Unternehmertum mal auch auf diese Zusammenhänge hinzuweisen.

WERTHEIM
BRESLAU

Tel.-Sammel-Nr. 22111

Freitag u. Sonnabend billige Lebensmittel

Soweit Vorrat. Leichtverderbliche Lebensmittel werden nicht zugesandt.

Wurstwaren

- Blut- u. Leberwurst Pfund 0.75
- Knobl.-Wurst Pfd. 1.00
- Mettwurst (Braunschweiger Art) Pfd. 1.40
- Jagdwurst Mortadella . . . Pfund 1.50
- Leberwurst Hausmacher . . . Pfund 1.60 1.40
- Teewurst (Rügenwalder Art) . . . . . Pfund 1.80
- Zervelatu. Salami (Holsteiner) . . . Pfund 1.80
- Zervelat (Holsteiner) in Fettdarm . . . . Pfund 2.00
- Rollschinken roh . . . . ½ Pfund 0.65
- Rückenspeck geräuchert . . . . . Pfund 0.98

Konserven

- Vierfr.-Marmel. 2-Pfund-Eimer 0.78
- Aprikosen-Konfit. 2-Pfund-Eimer 1.25 1.15
- Erdbeer-Konfitür. 1.55 1.40
- Kirsch-Konfitüre 2-Pfund-Eimer 1.40
- Johannisbeer-Konfitüre 2-Pfund-Eimer 1.25
- Ananas Singapore . . . . . Dose 0.98
- Delik.-Würstchen 5 Paar 1.10 0.90
- Junge Erbsen mittelfein . . . . . ½ kg 0.88
- Leipziger Allerlei ½ kg 0.85
- Stang. Spargel mittelgr. k. 40–45 Stg. ½ kg 2.50
- Span. Ölsardinen Ölbdose 0.45

Schweizerkäse

dänisch. Pfd. 84 Pfg.

Aale

Pfd. 2.40 Bund 28 Pfg. an

Gek. Schinken

¼ Pfd. 50 Pfg.

Schweinesülze

(Hausmach.-Art) Pfund 55 Pfd.

Bananen

Pfund 44 Pfg.

Geflügel

- Tauben Stück von 0.70 an
- Hühner frisch geschl. Pfd. von 0.98 an
- Enten frisch geschlacht., Pfd. von 1.20 an
- Poulets unger., Pfd. von 1.55
- Junge Gänse Pfd. von 1.10 an
- Hirschblätter Pfd. 1.10
- Rebhühner billigst!

Frisches Fleisch

- Querleiste . . . . . Pfund 0.85
- Kalbskeule . . . . . Pfund 1.10
- Kalbsbrust u. -Nierenstück . . . Pfund 0.98
- Hammelvorderfleisch . . . . . Pfund 1.10
- Hammelkeule . . . . . Pfund 1.30
- Schweinebauch mit Beilage . . . . . Pfund 0.80
- Schweinerücken mit Beilage . . . . . Pfund 1.00
- Schmorfleisch mit Knochen . . . . . Pfund 1.10
- Schmorfleisch ohne Knochen . . . . . Pfund 1.25
- Gulasch . . . . . Pfund 0.90
- Gehacktes . . . . . Pfund 0.80

Wein vom Faß

- Rheinwein (Malkammerer) . . . . . Liter 0.90
- Wermut (kräuterreich) . . . . . Liter 1.20
- Tarragona (kräftig, süß) . . . . . Liter 1.20
- Johannisbeerwein süß, rot . . . . . Liter 0.90 0.78

Flaschenweine

mit Glas

- 1929er Edenkobener (leicht säuflig) . . . . . ½ Fl. 0.80
- 1928er Gleiszeller Kirchberg (mild, süffig) ½ Fl. 1.20
- Liebfraumilch 27er 2.00, 28er 1.80, 29er 1.30
- 1928er Niersteiner (süffig, blumig) . . . . . ½ Fl. 1.50
- 1927er Altenbamberg Laurentiusberg (flott, süffig, blumig) . . . . . ½ Fl. 1.60
- 1927er Niersteiner Domtal (fruchtig, kernig, würzig) . . . . . ½ Fl. 1.85

Weintrauben

Pfund 36 u. 26 Pfg.

Fettbücklinge

Pfund 35 Pfg.

Kalbskamm

mit Beilage Pfund 90 Pfg.

Schweineschinken

mit Beilage Pfund 1.00

Cyder Apfelwein

vollsüß, Ltr. 70 Pfg.

Obst

- Pflaumen schlesische Pfund 0.22
- Birnen . . . . . Pfund 0.24
- Tomaten schlesische Pfund 0.10
- Eß- u. Kochäpfel 0.26
- Erdnüsse frisch geröstet, Pfd. 0.38

Käse u. F

- Camembert vollfe Schach
- Grünland ⅘ Schachte
- Ramadou . . . Stü
- Edamer . . . Pfun
- Tilsiter ohne Rind 1-Pfund-Blo
- Limburger Pfun
- Kümmelkäse ¾ fe Pfun
- Schweizer Bayr Pfun
- Margarine Pfd. 0.58
- Molkerei-Tafelb Pfund 1.58 un
- Kokosfett 1-Pfd.-Tafe

Kolonialwa

- Sultaninen Pfund 4
- Mandeln süße, Pfd. 1.6
- Erbsen gelb u. grün Pfun
- Kartoffelmehl Pfun
- Tafelreis glasiert) Pfun
- Weizengrieß Pfund
- Auszugsmehl Pfd.
- Kirschen Weichs. getr.
- Kakao garant. rein Pfun
- Röst-Kaffee Pfd. v. 2
- Tee (Ceylon-Misch.) ¼ Pak
- Gebr. Korn u. Ge Pfund
- Eier-Nudeln Pfund
- Propaganda-Mis (Kostproben) . . . Pfund
- Proben-Kaffee Pfd

Familien-Anzeigen

Wir haben uns in das Standesamtsregister eintragen lassen

Breslau, September 1930

Paul Michel
Emma Michel, geb. Roßband

3928

Am 14. September verschied unser Kollege, der Kassenkassierer

Arthur Kosmehl

im Alter von 65 Jahren 11 Monaten.

Breslau, Gräbschener Str. 110. 152

Ehre seinem Andenken!

Die Kollegen der Fa. Hoffmann.

Einäscherung: Freitag, den 19. September, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Gräbschen.

Gesamtverband der Arbeitnehmer.

Am Montag, den 15. September verstarb unser werter Mitglied

Max Emde

im Alter von 24 Jahren. 3949

Ehre seinem Andenken!

Ortsverwaltung Breslau.

Einäscherung: Freitag, den 19. September, mittags 1 Uhr, im Krematorium in Gräbschen.

Dienstag, den 16. September, frühmorgens 4 Uhr, verstarb nach kurzem, schwerem Leiden unsere gute Mutter, Tante, Schwieger- und Großmutter

Frau Karoline Wuttke, geb. Kulla

im Alter von 72 Jahren.

Um stilles Beileid bitten

Bettlern, den 17. September 1930 7906

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Freitag, den 19. September, vormittags 10 Uhr, vom Trauerhause in Wilxen, Siedlg. (Bahnstat. Herrnprotsch).

Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme und die herrlichen Kranzspenden bei dem Hinscheiden meines inniggeliebten Mannes des Parteisekretärs

Hans Krumm

sage ich allen meinen herzlichsten Dank. Insbesondere danke ich den Genossen Nevermann, Eckstein, Pietsch und Lehmann für ihre trostreichen Worte. Dank auch dem Chor des Stadttheaters und insbesondere Karl Rudow, sowie den Vertretern von Behörde und Magistrat als auch allen Genossen und Freunden, die meinem Hans das letzte Geleit gaben.

Im Namen aller Hinterbliebenen:

Hilde Krumm.

Pfänder-Versteigerung.

Am 2. Oktober 1930, vormittags von 9 Uhr ab, findet in unserem Versteigerungsraum

Berliner Platz 2

die öffentliche Versteigerung der nicht eingelösten Pfänder

gelbe Scheine bis Nr. 49 000

statt.

Einzelpfänder sind gegen Barzahlung von 10 M. im Verkaufsraum abzuholen.

Ansprüche auf Ueberschüsse aus den versteigerten Pfandgegenständen können innerhalb eines Jahres nach dem Versteigerungstermin im Stadtschatzamt Breslau, Schuhbrücke 36, Zimmer 33, geltend gemacht werden, andernfalls der Ueberschuß des Erlöses in den Eigentum der Stadtgemeinde übergeht. 3949

Breslau, den 15. September 1930

Gemeinnütziges Pfandleihhaus der Stadt Breslau G. m. b. H.

Gumes, Direktor.

Noch nie so billig und gut

Stahlbettstellen mit Wandschutz . . . 3.90 M.
Bettgarnitur mit 2 Kissen, Wandschutz . . 4.90 M.
Bettgarnitur mit 2 Kissen, prima Inlett . . 5.90 M.
Wandschutz, Kissen . . . . . von 4.90 an

Bessere Schlafzimmer, modern, komplett 1 Unterschrift

Zurückgekehrt

Dr. Lewin

Breslau-Neukirch

Küchen

gelbe Auswahl von **130 ← 400 Mk.**

weiß und bunt

Teilzahlung gestattet

Nowotny

Schweidnitzerstraße 22/23.

Urania

12 Vorstellungen mit 4 Bildern

Der Zweite Weltkrieg

Eleg. neue Anzüge, Mäntel

Gehrock- Frack- und Smoking-Anzüge

spottbillig

Lüthens Kunstanstalt 32

Bettfedern

Inlette Bettwarenfabrik

Breiteste Auswahl

Schlesische Bettfedernfabrik Ges. m. b. H.

LIEBIG

Heute 4 Uhr, Samst. auch 4 Uhr

3 FRATELLINI

Vergnügungs-Palast

Broadway

Gartenstraße 65

Täglich 8 Uhr

Deutschlands beste

Dunen-Kapelle

Dunber Negro

Gabriel-Singers

Tanz

Eintritt 30 Pf.

Sonnab. u. Sonnt. 50 Pf.

Stadttheater

Donnerstag, 19.30 h. geg. 22.45 Uhr: Abonnements-vorst. D 2

Die Zauberflöte.

Freitag, 20.15 bis nach 22.15 Uhr: Abonnementsvorst. C 2

Das Dorf ohne Glocke

Sonnabend, 18.30 bis geg. 23 Uhr:

Die Walküre.

Lobe-Theater

Telefon 56747

Täglich 20.15 bis vor 22 Uhr:

Hannes Himmelfahrt

Traumdichtung von Gerhart Hauptmann

Sonntag, 15.30–17.30 Uhr

Das Geld auf der Straße

Thalia-Theater

Tägl. 20.15 bis gegen 22.15 Uhr

Der stürmische Lacherfolg!

Sturm im Wasserglas

Komödie v. Bruno Frank

Sonntag, 15.30–17.45 Uhr

Madame hat Ausgang

Schauspielhaus

Operettenbühne

Dir. Kurt Lerch

Tel. 36309 Tägl. 8 Uhr

4 Gastspiele 4

Max Adler

v. Metropoltheat. Berlin als Goethe in Lukacs Welterfolg

Friederike

Lenz Heurer
Ina Wimmer
Ernst Wendler
Hans Lanz

Voranzeige:

Mittwoch, den 24. Sept., 8 Uhr

Premiere:

Die drei Musketiere

Der Kommend ist nicht!

Welt-Meisterschaft

Heute abend:

Barcelona – Slavia
Rom – Wien

2 Entscheidungen

Frankreich – Italien
Ungarn – Deutschland

Circus Busch

Luna-Park

Tel. 55601

Direktion: E. Strachotta

Heute Donnerstag

auf allgemeinen Wunsch ab 4 Uhr:

Große Varieté-Vorstellung

mit dem fabelhaften Programm.

Eintritt 25 Pf. Eintritt 25 Pf.

Anschließend: **BALL.** 3932

Morgen Freitag: **Der beliebte Verkehrte Ball**

Verband für autogene Metallbearbeitung e.V.

Ortsgruppe Breslau.

Beginn des nächsten

Schweißkursus

(theoretisch und praktisch)

Mittwoch, den 15. Oktober 1930

in den Räumen der Staatl. Höheren Maschinenbauschule, Breslau 10, Lehmdamm 55

Unterrichtszeit:
18.30 bis 20 Uhr bzw. 21,50 Uhr.

Ende des Kursus:
Freitag, den 14 November d. J.

Teilnehmergebühr:
30.— RM.

Anmeldung
möglichst bald täglich (außer Sonnabend und Sonntag) von 17—20 Uhr bis 30. September d. J. im Sekretariat der Staatl. Höheren Maschinenbauschule, Lehmdamm 55

Am Schluß des Kursus erhalten die Teilnehmer die Verbandsbescheinigung. 3940

Lagerplatz

5650 qm groß, an der Glogauer Straße in der Verbindungseisenbahn, ist ab 1. Oktober 193 zu vermieten. Bewerbungen mit Angabe des bietenen Mietzinses sind an das Magistratsbüro Blücherplatz 14, III., Eichborndaat, zu richten

---

BEI VERGEBUNG VON

DRUCKSACHEN

BERÜCKSICHTIGEN INDUSTRIE UND HANDEL, KORPORATIVE UND STAATSBEHÖRDEN, PARTEIVEREINE, GEWERKSCHAFTEN, KRANKENKASSEN, ARBEITER-SPORT- UND VERGNÜGUNGS-VEREINE DIE DRUCKEREI DER

VOLKSWACHT

BRESLAU 2, FLURSTRASSE 4–6

Für die Redaktion verantwortlich: Walter Schulz; für den Anzeigenteil: Max Tasche. — Redaktion: Gräbschenerstraße 3. — Hauptgeschäftsstelle: Flurstraße 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtl. in Breslau

…reslauer Nachrichten

…teigenossinnen! Parteigenossen!

…habt in den vergangenen Wochen über Eure …naus alles getan, um einen Sieg der Sozial…lie zu erkämpfen. Es ist in Breslau gelungen, …sentlichen Teil des im November 1929 ver… Geländes zurückzugewinnen, wenn auch der …gang hier so wenig wie im Reiche befriedigen …Die National„sozialisten" haben durch ihre …e Agitation Scharen bisheriger Nichtwähler zu … vermocht. Wer nationalsozialistisch abge… hat, hat sich damit gegen den Kapitalis… …schieden. Unsere Aufgabe in der nächsten Zeit …iesen verirrten Proletariern zu zeigen, daß sie …n Betrügern in die Hände gefallen sind und da… …e nationalsozialistische Gefolg… …ihrer Führung wegzunehmen. Der …der Organisation und die Einhaltung einer kon… …n Politik sind die Aufgaben der nächsten und … Zukunft.

…Teile der Partei haben sich während des Wahl… …opferwillig in den Dienst der Sache gestellt. …em altbewährten Funktionär aus Distrikt und …hat der Genosse aus der Arbeiterjugend und der …alistischen Bewegung gekämpft. Sozialistischer …nd und Reichsbanner haben gemeinsam bei…, rund 10 000 Wähler, die im November 1929 … waren, zurückzuholen. Den Arbeitersportlern …wie vielen Gewerkschaftsverbänden der besondere …r Partei.

…ist weiter, daß, wo Scharten sich gezeigt haben, …wetzt werden. Kämpft für den Sieg des Sozialis…

Der Vorstand
…zialdemokratischen Parteiorganisation Breslau.

…mer mehr Straßenunfälle

11 Tote in einem Monat

Nach der Monatsstatistik der Verkehrsabteilung des Breslauer Polizeipräsidiums ereigneten sich im Monat August im Breslauer Stadtgebiet 423 Verkehrsunfälle, bei denen 11 Menschen den Tod fanden, 113 so schwere Verletzungen erlitten, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten und 203 leichter verletzt wurden.

…Bericht des vorigen Monats hatte die Vermutung auf…lassen, daß sich nun die Kurve der Breslauer Unfall…ieder abwärts bewegen würde, aber diese Annahme wird … Bericht des letzten Monats als ein Trugschluß erkenn… …egenüber dem Vormonat ist die Unfall… …n 90 gestiegen und 11 Tote als Opfer des …r Verkehrs in einem Monat sind sogar ein allerdings …, aber bisher nicht erreichter Rekord, der zu …eichem Stolz über den Breslauer Verkehr kaum Ver… …geben dürfte. Erschreckend aber ist es, daß sich unter …l Toten 4 Kinder im Alter unter sieben …befinden. Auch das ist ein Rekord auf dem Gebiete …ehrsopfer. Wenn man sich den materiellen Wert der …eines Monats annähernd vergegenwärtigt, ergibt sich …iß eine gewaltige Summe, wobei noch zu bedenken ist, …die zerstörte menschliche Gesundheit gar nicht immer in …nt umrechnen läßt.

…fahren die Schienenreinigungswagen der Straßenbahn …glich anzuschauenden Bildern, da werden immer mehr …zeln angelegt, Uebergänge an verkehrsreichen Straßen… …n markiert und dennoch klettert die Unfallziffer immer … die Höhe, und es ist gar nicht abzusehen, wenn sie …en Höhepunkt erreicht haben wird. Und wie oft kann …achten, daß selbst das persönliche Erleben eines Unfalles …chtiger werden läßt. Rast nicht der Radfahrer, der Zeit …e halbe Stunde bei der Bergung eines Verletzten zu…, im nächsten Augenblick wieder los, um die versäumte …nholen? Oder springt nicht der andere Zuschauer fünf …en weiter auch wieder von dem Straßenbahnzug ab, …n kurz zuvor ein Schwerverletzter hervorgeholt wurde? …mer das Gleiche. Auch der Automobilist schert sich um …rfahrung nicht, wenngleich er seinen Wagen eben erst …Reparaturwerkstatt herausfährt.

…dem Monat, für den der Bericht gilt, ist in Breslau eine …kehrsampel in Betrieb genommen worden. An der ge… … Kreuzung Ohlau-Ufer—Lessingstraße— …platz wird nun der Verkehr auch geregelt. Tagelang … nach dieser Neueinrichtung die Menschen gestaut, um …neue Wunder und seine Handhabung anzuschauen, aber … einigen Tagen kann man beobachten, daß ein großer …Fußgänger gar nicht daran denkt, sich nach der Regelung … den Nagelmarkierungen zu richten.

… andere Seite dieser Monatsstatistik besagt, daß …rafbefehle erlassen und 100 Strafverfahren … Amtsanwaltschaft eingeleitet wurden. Weiter wurden …scheine entzogen und 9 Führerscheininhaber unter An… …der Entziehung letztmalig verwarnt. Läßt sich nun be… …daß genug getan wird gegenüber den immer größer …n Gefahren der Straße? Man müßte meinen, daß …e Bestrafung von annähernd 1000 Menschen irgendwelche …ren Erfolge zeitigen müßte. Die Tatsache, daß er nicht …nzeichnet schon, daß die Polizeistrafen von 3 oder 6 Mk. … Hoffnungen erfüllen, die man in sie setzt. Andererseits …aber gewiß auch nicht angebracht, irgendeinem Verkehrs… … etwa zu schmeicheln.

… Zunahme des Verkehrs — im Monat August …n allein in Breslau 566 neue Kraftfahr… …zugelassen — ist immer noch im Steigen begriffen. …en, daß die Voraussetzungen für das Steigen der Unfall… …hauptsächlich vorhanden sind, wenn nicht alle Verkehrs… …ten die Mahnungen ein wenig beherzigen, Rücksicht zu … eigenen Interesse und im Interesse der Mitmenschen!

Vermißt wird — — —

In acht Monaten 613 Breslauer verschwunden — 577 fanden sich wieder
27 hatten freiwillig ihr Leben beendet

Eine kurze Notiz mit dem lakonischen Hinweis „Vermißt wird . . ." findet sich fast täglich in den Zeitungen. Dem Verschwinden eines Menschen wird meist nicht viel Gewicht beigelegt, das interessiert höchstens die Angehörigen und nur selten kommt es vor, daß die Oeffentlichkeit mobil gemacht, wenn hinter dem Verschwinden eines Menschen ein Verbrechen verübt wird.

Wie umfangreich aber die Arbeit der Polizei wird, die sich ja schließlich auch mit der Suche Vermißter beschäftigen muß, das vermag man erst zu übersehen, wenn einmal die Zahlen der Fälle aufgerechnet werden, mit denen sich die Polizei beschäftigen muß. In diesem Zusammenhange läßt sich immerhin auch der Wert des Meldewesens erkennen, das ja in Deutschland besonders ausgebaut ist und dem einzelnen Staatsbürger manchmal direkt als lästig erscheint. So überflüssig, wie es sich mancher vorstellt, ist es eben doch nicht, denn es ermöglicht immerhin, daß die in diesem Zusammenhange verübten Verbrechen viel eher aufgeklärt werden können.

Die Zahl derer, die aus irgend einem Anlaß einmal verschwinden, ist gar nicht so gering, wie man sich das allgemein vorstellt. Die Vermißtenabteilung der Breslauer Kriminalpolizei hatte in den ersten acht Monaten des Jahres 1930 insgesamt 613 Vermißtenmeldungen zu bearbeiten, also eine Zahl, die sich sehen lassen kann und andeutet, daß häuslicher Krach, Furcht vor Strafe oder Abenteuerlust, die wohl die Hauptanlässe zum Verschwinden sind, in einem größeren Umfange auf der Tagesordnung stehen, als man vielleicht annehmen möchte.

Nicht uninteressant ist es, diese Vermißtenzahl nach verschiedenen Seiten hin etwas eingehender zu betrachten. Da ist zunächst die Tatsache zu verzeichnen, daß die Zahl der vermißten Frauen geringer ist als die der Personen männlichen Geschlechts. Es waren 358 männliche und 255 weibliche Personen vermißt. Jede dieser Zahlen in drei weitere Gruppen geteilt, ergibt, daß sich die verschwundenen männlichen Personen aus 75 Knaben, 116 Jugendlichen und 167 Erwachsenen zusammensetzen. Bei den weiblichen Vermißten ist die Zahl der Mädchen nur halb so groß, nämlich 38 Mädchen. Auch bei den Jugendlichen erreicht sie nur Zweidrittel gegenüber den Zahlen des männlichen Geschlechts und zwar 76. Ganz gering ist die Differenz bei den Erwachsenen, wo 167 Männern 141 Frauen gegenüberstehen.

Das Verschwinden bewegt sich bei den Frauen in einem gleichmäßigeren Tempo und die Zahl der Verschwundenen schwankt in den acht statistisch erfaßten Monaten zwischen 29 und 37, während bei den Männern die Monatszahl zwischen 33 und 70 schwankt. Diese letzte Zahl war im Monat August zu verzeichnen.

Ebenso interessant, wie die Vermißtenzahlen selbst sind auch die Ergebnisse, die die Polizei bei dem Suchen dieser Verschwundenen verzeichnen konnte. 243 und zwar 150 männliche und 93 weibliche Vermißten kehrten von selbst zurück. Vielleicht hatte mancher das Ziel, das er erreichen wollte, auch erreicht. Es ist ja nicht unbekannt, daß mit dem Verschwinden oftmals versucht wird, Angehörigen einen Schrecken einzujagen und sie damit umzustimmen. Von der Polizei ermittelt wurden in Breslau 156 der Vermißten, während 178 erst außerhalb der Grenzen der Stadt ausfindig gemacht werden konnten.

Daß das Verschwinden auch eine Frage der Not ist, wird eindeutig dadurch bewiesen, daß von den 613 Vermißten 27 nur noch als Tote wiedergefunden wurden. Sie hatten nach ihrem Verschwinden freiwillig mit dem Leben Schluß gemacht. Es handelt sich dabei um 20 Männer und 7 Frauen. Die meisten von ihnen hatten in der Oder den Tod gesucht.

Neun im Laufe des Jahres 1930 verschwundene Personen hat die Polizei bisher nicht ermitteln können. Darunter befinden sich 5 Lehrlinge, eine Hausangestellte, ein Student, der sein Studium versäumt hat, eine Frau, die sich mit einem Manne auf Reisen begeben hat und ein Arbeiter, der zu seiner Schwester nach Breslau auf Besuch gekommen ist und sich hier eine Arbeitsstelle suchen wollte, von dieser Arbeitssuche aber nicht mehr zurückgekehrt ist. Das Schicksal dieser Menschen ist bisher noch unbekannt geblieben.

Man ersieht aus einer solchen Zusammenstellung, daß das Verschwinden von Menschen einer Behörde ein nicht unerhebliches Arbeitsfeld schafft und wenn es auch Menschen gibt, die da meinen, man solle sich um Verschwundene nicht groß kümmern, weil ja jeder wissen müßte, was er tut, so wird wohl doch jeder bei genauerer Betrachtung zu der Ueberzeugung kommen, daß es aus allgemeinen Sicherheitsgründen unerläßlich ist, nach denen zu suchen, die einmal ganz plötzlich verschwinden!

Unterbringung in der Arbeitsanstalt

Proletarierelend vor den Schranken des Bezirksausschusses — Wenn Landproleten für Frau und Kind zu sorgen haben — Und wenn der satte Bürger für ein uneheliches Kind sorgen soll

Es ist sicherlich keine angenehme Sache, aus seiner Beschäftigung herausgenommen zu werden und die persönliche Freiheit mit der Zwangsbetätigung in einer Arbeitsanstalt vertauschen zu müssen. Dennoch gibt es Leute, die leichtsinnig in dieses Schicksal hineinschlidern, weil sie unüberlegt oder auch böswillig finanziellen Verpflichtungen gegenüber ihren Mitmenschen nicht nachkommen. In jeder Sitzung des Bezirksausschusses stehen Leute vor den Schranken dieses Gerichts, die sich solcher Pflichtversäumnisse wegen zu verantworten haben, und man muß sich geradezu darüber wundern, wie leichtfertig viele Mitmenschen ihr freies Bestimmungsrecht über sich selbst gefährden.

Die Unterbringung in der Arbeitsanstalt kann bedingt und unbedingt erfolgen. In solchen Fällen, wo soziale Not vorliegt, wo geringer Verdienst oder gar Arbeitslosigkeit die Ursache der Verstöße gegen die Unterhaltspflicht für uneheliche Kinder oder getrennt lebende Familienmitglieder ist, sieht der Bezirksausschuß regelmäßig von einer sofortigen Unterbringung ab. Sie wird jedoch unbarmherzig vorgenommen, wenn der Schuldige bösen Willen zeigt und sich weigert, den ihm auferlegten Verpflichtungen zu genügen. Aber auch wer trotz Aufforderung nicht zum Termin erscheint und damit gewissermaßen zu erkennen gibt, daß ihm an seiner Verteidigung nicht viel gelegen ist, muß mit der Unterbringung rechnen. Es kann daher nicht oft genug vor dem Fernbleiben von solchen Verhandlungen gewarnt werden. Selbst bei stärkstem Willen der Richter zur Objektivität läßt sich schließlich nicht ganz vermeiden, daß sich die Auffassung des Klägers (hier also meist der Magistrats- oder Kreisfürsorgeverbände) durchsetzt, wenn der Beklagte von vornherein auf sein Verteidigungsrecht verzichtet.

Wer regelmäßig den Verhandlungen des Bezirksausschusses über die Unterbringungen in Arbeitsanstalten folgt, gewinnt einen tiefen Einblick in die furchtbare Not des Proletariats, insbesondere der Landarbeiterschaft. Tausende und Abertausende sind infolge der Ungunst ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse, infolge der menschenunwürdigen Entlohnung ihrer Arbeit nicht in der Lage, monatlich auch nur 5 Mark für Kind oder Frau zu opfern. Schuld daran ist der Großgrundbesitzer, der polnische Arbeiter den einheimischen vorzieht, sowie die Desorganisation der deutschen Landwirtschaft, die den jungen Landarbeiter monatelang im Jahre zum Herumwandern zwingt. Würden nicht die Behörden eingreifen und die Unterhaltungspflicht übernehmen, manches Kind müßte im Elend verkommen. Und trotzdem gibt es Leute, die von einer krankhaften Uebersteigerung sozialen Empfindens und von einer Ueberlastung der Wohlfahrtsausgaben in Deutschland zu sprechen wagen.

Das Gespenst der Zwangsarbeit droht nur den Hintersassen der Nation, denn den braven Bürgersmann bewahrt der gefüllte Geldbeutel vor diesem Geschick. Immerhin kommt es vor, daß auch gutsituierte Leute sich vor den Schranken des Bezirksausschusses einfinden müssen. Um ein Beispiel zu nennen: Erst dieser Tage stand ein Breslauer Textilkaufmann vor dem Bezirksausschuß. Lebhaft versicherte der Herr, er könne für sein uneheliches Kind nicht zahlen, er verdiene nichts, habe viel anderweitige Verpflichtungen usw. Aber alle Beteuerungen halfen nichts. Der Bezirksausschuß verurteilte den „notleidenden" Mann zu regelmäßigen Zahlungen bzw. zur bedingten Unterbringung, denn der Kläger, der Vertreter des Bezirksfürsorgeverbandes des Breslauer Magistrats, brachte an Hand einer finanzamtlichen Bescheinigung den Nachweis, daß der Beklagte noch bis vor kurzem mit seiner Firma einen Jahresumsatz von etwa 100 000 Mark erzielt hatte!!

An alle Eltern!

Im September erfolgt die Anmeldung der Kinder, die nächste Ostern in die Schule eintreten.

Arbeiter, Parteigenossen, Gewerkschaftler, Freidenker! Euer Kind gehört in die weltliche Schule! Meldet deshalb euer Kind sofort in der nächsten Sammelschule an. Die weltlichen Sammelschulen liegen:

Sammelschule 1, Pestalozzischule, Michaelisstraße 78/80, Vorderhaus, Erdgeschoß. Hier werden auch die Kinder für die weltlichen Klassen im Schulhaus Waterloostraße angemeldet.

Sammelschule 2, Hadsschule, Posener Straße 12, Hinterhaus, Erdgeschoß.

Sammelschule 3, Ofener Straße 54, 2. Stock. Hier werden auch die Kinder für die weltlichen Klassen im Schulhaus Lehmgrubenstraße angemeldet.

Sammelschule 4, Kletschkaustraße 2/4, Hintergebäude, 2. Stock.

Sammelschule 5, Anderssenstraße 58, 1. Stock.

Sammelschule 6, Krichfestraße 3, Vorderhaus, 2/3. Stock. Hier werden auch die Kinder für die weltlichen Klassen im Schulhaus Klodnitzstraße angemeldet.

Sammelschule 7, Trinitasstraße 9. Hier erfolgt auch die Anmeldung der Kinder für die weltlichen Klassen im Sauerbrunn.

Sammelschule 8, Uferstraße 37. Hier werden auch die Kinder für die weltlichen Klassen in Zimpel angemeldet.

Eltern! Die weltliche Schule ist unsere Schule, die Schule der Arbeiterschaft, die Schule des Proletariats. Die frei denkende Elternschaft hat sich diese Schule erkämpft. Schützt sie, erhaltet sie, werbet für sie, fördert sie durch das Anmelden eurer Kinder! Wer sein Kind etwa schon in einer konfessionellen Schule angemeldet hat, kann trotzdem die Anmeldung in einer weltlichen Schule wiederholen.

Raubüberfall nach vier Jahren aufgeklärt

Seinen Komplizen nur zum Schein verfolgt

Am 1. April 1926 drang ein 22jähriger Mann in die Wohnung einer Frau H. in der Neudorfstraße 76, mit der Waffe in der Hand, ein und forderte unter Bedrohungen von der Bewohnerin die Herausgabe von Geld. Er wurde auch gegen die Frau handgreiflich und warf sie, da sie seinem Ersuchen um Herausgabe des Geldes nicht nachkam, auf ein Sofa nieder. Auf die lauten Schreie der Ueberfallenen eilte eine Nachbarin in das Zimmer, die ebenfalls von dem Räuber mit der Schußwaffe bedroht wurde. Der Täter, durch die Hilferufe der Frauen unsicher geworden, ergriff die Flucht und eilte, ohne sein Vorhaben zur Ausführung gebracht zu haben, eiligst die Treppe hinunter. Auf der Treppe kam ihm der im gleichen Hause wohnende 22jährige E. H. entgegen, der die Verfolgung des Flüchtigen sofort aufnahm. Der Räuber verschwand eiligst an der nächsten Straßenecke und konnte nicht mehr ergriffen werden. Der 22jährige E. H. bezeichnete nach ihm vorgelegten Lichtbildern eine bestimmte Person als vermutlichen Täter. Die Ueberfallenen selbst gaben aber eine völlig abweichende Beschreibung, so daß die Ermittelungen seinerzeit zu einem Ergebnis nicht geführt haben. — Nunmehr hat die Kriminalpolizei festgestellt, daß E. H. bei dem Raubüberfall selbst die Hand im Spiele hatte und seinerzeit absichtlich falsche Angaben gemacht hat, um die Ermittelungen zu erschweren. Als Mitbewohner des Hauses war er über die Verhältnisse der Ueberfallenen unterrichtet und hatte insbesondere Kenntnis davon, daß die Ueberfallene am Tage vorher ihre Rente erhalten hatte, auf die es in der Hauptsache abgesehen war. Da er selbst, ohne erkannt zu werden, den Raub nicht ausführen konnte, wandte er sich an seinen Freund O. Sch.,

…b Sonntag Arbeiter-Kulturausstellung

im Gewerkschaftshaus

Herzberg & Co.
Ostdeutschlands größte Likörfabrik
gibt die eigenen Fabrikate in Breslau in 7 Filialen ab:
Höfchenstraße 48 | Blücherplatz 17/18
Leuthenstraße 10 | Michaelisstraße 3
Klosterstraße 64 | Selenkestraße 17
Frankfurter Str. 103, gegenüber dem Schlachthof

Vom Faß, per Liter
Breslauer 32% . . 2.25
Kalmus-Grüne 38% 2.90
Rumverschnitt 38% 3.70
Weinbrandverschnitt 3.45
Weinbrand, echt. . 4.40
98% Spiritus . . 7.00

Liköre vom Faß
von 1/10 Liter an
per Liter 30% 3.70 per Liter 35% 4.40

Liköre in Flaschen
p. Flasche 30% 3.10 p. Flasche 35% 3.60

Stonsdorfer, Blutorange, Ingwer, Curaçao, Alpenkräuter, Prünelle, Pfefferminz, Kümmel, Cherry-Brandy, Goldwasser, Kurfürsten, Kirsch mit Rum und Bergamotte-Aroma-Likör, Rosen, Halb u. Halb

Spezialitäten
Ei-Crème . 4.00 / 3.20
Medoc-Cordial . 5.00
Abtei 5.00
Eiskümmel . . 5.00
Herzberg Boonecamp . 5.00
Herzberg Lebenstropfen 5.00
Himbeersaft p. Ltr. 1.20

Deutscher Weinbrand ...
Marke Urk... aus französ. W... in Flaschen ...
Weinbrand ... Weinbrand ... Weinbrand ... Verschnitt 2.80

der sich sofort bereit fand, die Tat auszuführen. Er selbst stand während der Tat lediglich Schmiere und nahm die Verfolgung nach dem Scheitern des Ueberfalls nur zum Scheine auf, um den Verdacht von vornherein von sich zu lenken. Beide Täter sind festgenommen und geständig.

Eine Partei ohne Werktätige

ist die Deutsche Staatspartei, eine Partei, die aber gern alle Stände umfassen möchte und doch nur bestimmte gesellschaftliche Schichten zu ihren Mitgliedern zählt. Um nun wenigstens zu den Wahlen einen etwas breiteren Kreis von Wählern zu gewinnen, gab man noch am Vorabend der Wahl einen Aufruf bekannt, der vom Laternenanzünder bis zum Fabrikanten so ziemlich die Vertreter aller Stände enthält. Wie aber die Namen der Arbeiter auf diese Liste gekommen sind, geht deutlich aus einem Fall hervor, der uns zufällig bekannt wurde. Da steht zum Beispiel auch der Name unseres Genossen, des Steinsetzers Theodor Klammer, mit auf dieser Liste, der sehr überrascht war, in diese honette Bürgergesellschaft gekommen zu sein. Er ist weder nachgefragt worden, noch hat er sonst irgendeine Gelegenheit geboten, auf dieser Liste benannt zu werden. Jedenfalls sieht man wieder einmal, auf welche Art und Weise man im bürgerlichen Lager sich Arbeitervertreter verschafft.

Herbstmodenschau bei Wertheim

Die Herbst-Modenschau Wertheim zeigte in ihren schönen Räumen die Vielseitigkeit ihres Lagers. Wie Herbstlaub flatterten in bunter Fülle Kleider für Morgen und Abend, für Vor- und Nachmittag, für Kinder und Jungmädchen, für große und kleine Geldbörsen vorüber. Die interessanten Vorführungen zeigten ein vielfältiges Stilgemisch für die kommende Wintersaison. Nur Vormittagskleider aus Tweed, Flamengo und gestrickt behalten ihre sportive Note. Als sollte sich der Blick von der Buntfarbigkeit des Sommers erholen, wurden für nachmittags dunkelblau und hauptsächlich schwarz gezeigt. Für den Abend gibt es von der schlichtesten Form bis zum phantasievollsten Kunstwerk viel in Schwarz, aber auch in anderen gangbaren Farben ein reiches Angebot. Pelze, Mäntel und Kostüme, für Sport und Reise, Kinderkleider und Mäntel in Wolle und Seide, für jedes Alter und in jeder Preislage sind zu haben. Hüte und Kappen, Schirme und Taschen, kurz alle Raffinements, wurden angeboten. Allerdings gibt dieser Modenluxus in unserer wirtschaftlich schweren Krise der arbeitenden Bevölkerung zu denken. Aber auch sie, mit wenigsten Geldmitteln, findet bei angepaßter Qualität und Verarbeitung reiche Auswahl. Für Abwechslung sorgte Herr Malten als Ansager, Fräulein Quinque und Reismann von den Vereinigten Theatern und Fräulein Lotte Schwarz mit einigen Rezitationen. Das Orchester gab der Veranstaltung einen klangvollen Rahmen.

Die Urne mit der Asche des Genossen Krumm
wird heute um 15 Uhr vom Krematorium Gräbschen beigesetzt.

Gen. Prof. Tandler

Wohlfahrtsdezernent der Gemeinde Wien

spricht am kommenden Sonntag, den 21. September, vormittags 9 Uhr, im Deli-Theater, Kaiser-Wilhelm-Straße 2, aus eigener Anschauung über

Zehn Jahre Prohibition

in den Vereinigten Staaten. — Eintritt frei.

Bezirks-Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Alkoholgegner Niederschlesiens.
Arbeiter-Abstinenten-Bund Breslau.

Einbruch in ein Zigarrengeschäft

In der Nacht zum Dienstag wurde ein Einbruch in ein Zigarrengeschäft in der Hubenstraße verübt. Die Täter sind vermutlich mit Nachschlüssel oder Dietrich in den Hausflur gelangt und von dort in das genannte Geschäft. Aus der unverschlossenen Ladenkasse erbeuteten die Diebe eine Blechbüchse mit etwa 26 Mark Inhalt. Ferner entwendeten sie aus einem offenen Regal etwa 8500 Zigaretten verschiedenster Marken im Werte von etwa 450 Mark. Außerdem fielen den Dieben Zigarren, Marke Si-Fa-Ko, im Werte von 20 Mark, sowie Schokolade im Werte von 3,75 Mark in die Hände.

SS 2/79
Sunlicht Seife
viel bevorzugt wegen vieler Vorzüge

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat: Gewerkschaftshaus, Zimmer 167–176
Telefon Nummern 59060 – 59061
Geöffnet außer Sonnabend von 9–1 und 3–? Uhr

Sitzung des Erweiterten Parteivorstandes Montag, den 22. ..., 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Distrikt 18. Sonntag, den 21. September, findet im „Berg..." ... Ehrung alter Parteigenossen eine Jubilarfeier statt, zu der alle Partei... eingeladen sind. Festredner ist Genosse Karl Mache. Die umliegenden ... sind herzlich eingeladen.

Jungsozialisten

Gruppe Scheitnig, Sand- und Odertor (Benderschule am Lehmdamm) spricht Genosse Oskar Krumschmidt über das Thema „Wohin ge..." Gäste, besonders die Wahlhelfer, willkommen!

Sozialistischer Kampfbund

An alle! Sonnabend, den 20. September, 19 Uhr, findet im ... das Weinlesefest der Elternvereinigung der Kinderfreunde Odertor-Sü...

Sozialistische Studentenschaft

Marxistische Arbeitsgemeinschaft. Die nächste Sitzung findet am ... den 19. September, 20 Uhr, im Zwinger-Realgymnasium statt. Gäste ...

Sozialistische Arbeiterjugend

Heute finden folgende Heimabende statt:
Rote Falken 2. Die Not des proletarischen Kindes. (Lichtbilder...)
Rote Falken 3. Arbeitsgemeinschaft: „Bub und Mädel". Geld ... bühne mitbringen.
Rote Falken 4. Die Aussichten nach den Wahlen für die Arbeiter...
Rote Falken 5. Liederabend.
Rote Falken 8. „Was nun?" Eine Kritik auf die Wahl.
Funktionäre der Ortsgruppe. Montag im Gewerkschaftshaus Sitz... unseres Winterprogramms.
Heim 4. Zur morgigen Mitgliederversammlung hat nur Zutritt, ... August seinen Beitrag bezahlt hat.

Von den Arbeiterkinderfreunden

Abteilung 9. Jungfalken heute 5 Uhr an der Schule. Freitag 5 Uhr an der Schule. Rotfalken 4 Uhr zur Sprechchorprobe.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Ortsverein. Das Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold" veran... Freitag, den 3. Oktober, in sämtlichen Räumen des „Wappenhofs" ... Bunten Abend.

Jiu-Jitsu-Kursus. Sämtliche Kameraden, die am letzten Jiu-Jitsu... teilgenommen haben, erscheinen heute Donnerstag 20 Uhr in der Turn... Elisabethgymnasiums.

Banner 6 (Rathenau). Montag, den 22. September, 20 Uhr, bei ... Siebenhufener Straße, Zug- und Gruppenführersitzung. Abrechnung.

Banner 8 (Braun). Sonnabend, den 20. September, 20 Uhr, im „... Friedrich-Wilhelm-Straße 32, Pflichtversammlung aller Kameraden ... gehörigen.

Banner 10 (Severing). Morgen Freitag 20 Uhr bei Maly. Wei... Pflichtversammlung. Vollzähliges Erscheinen erwünscht. Redner ist ... Zug- und Gruppenführer erscheinen schon um 19.30 Uhr.

Banner 11 (Reuter). Morgen Freitag 20 Uhr im „Bergkeller" ... versammlung aller Kameraden.

Banner 12 (Freiligrath). Heute Donnerstag 19.30 Uhr Zug- und ... führersitzung bei Kamerad Hersch.

Jungbanner Ost (Daimling). Unser Antreten fällt diese Woche a... morgen Freitag 20 Uhr Zug- und Gruppenführersitzung beim Bannerf...

Jungbanner Nord (Ebert). Heute Donnerstag 20 Uhr erscheinen ... Kameraden in unserem Heim Pestalozzischule.

Jungbanner Süd (Frank). Sonnabend, den 20. September, 20 U... sich sämtliche Kameraden mit Sportkleidung in der Sauerbrunnschule.

Vereinskalender

Baugewerksbund, Baugewerkschaft Breslau

Fachgruppe der Putzer. Wichtige Versammlung am Sonnabend, den 20. S..., 19½ Uhr, im Zimmer 9 des Gewerkschaftshauses. Bericht vom Ve... durch Kollegen Pieczonka. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.
Die Fachgruppen...

Fachgruppe der Stukkateure. Monatsversammlung am Sonnabend, den ... tember, 19½ Uhr, Zimmer 6 des Gewerkschaftshauses. Bericht vom ... tag durch Kollegen Weinhold. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.
Die Fachgruppen...

Arbeiter-Kultur-Ausstellung und Arbeiter-Kultur-...

Sonntag, den 21. September, 11 Uhr, Stadtgraben, Ecke ...niker Straße:

Massenchöre

des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes, Bezirk Breslau.

Sonntag, den 21. September, 20 Uhr, Gewerkschaftshaus, gr...

Lichtbildervortrag

des Genossen Stadtrat Tandler, Wien: „Sozialistische ...fahrtsarbeit der Gemeinde Wien".

Mittwoch, den 24. September, 20 Uhr, Gewerkschaftshaus, Saal:

Lichtbildervortrag

Reichstagsabgeordneter Dr. Julius Moses: „...kämpfung der Volksseuchen, ein sozialistisches Problem." ... Lübecker Todesfälle werden zur Sprache kommen.

Kartenumtausch für Gewerkschaftshauskino

Heute und morgen bekommen die Besucherkreis-Mi... die Karten kostenlos umgetauscht.

Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Kr...

(Nachdruck, auch mit Quellenangabe verboten.)

Die Störungen der neuen ... Serie bewegen sich ostwärts und ... ihrer Randzone bei südwestlichen Winden teilweise ... aufheiterndes Wetter ... [illegible]

Aussichten für das schlesische Flachland und die schlesischen Mittelgebirge:
Bei südwestlichen Winden wolkiges, teilweise ... aufheiterndes Wetter, vereinzelt etwas Regen.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge:
Bei auffrischenden südwestlichen Winden nebligwolkiges, ... vereinzelt etwas Regen.

Sonnenaufgang: 5.40 Uhr — Sonnenuntergang: 18.?? Uhr.

Geschäftliches

[illegible]

Filmrundschau

Rosenmontag

Ufa

Selbst an der Schwelle des dritten Reiches kommt einem die wiederbelebte Problemstellung der Hartlebenschen Tragödie ein wenig vorgestrig vor. Vielleicht wird von dem Publikum deshalb auch manches aus dieser versunkenen Welt von Standesbegriffen altpreußischer Offizierstradition falsch verstanden, wenn gleich hieran, was sich besonders beim Schluß bemerkbar macht, die etwas zu subtile und zuviel Kenntnis dieser Welt bei den heutigen Menschen voraussetzende Regie daran schuld sein mag.

Immerhin, diese Welt existierte, existierte zum mindesten für jenen Typ des feinfühligen Menschen, der die Hohlheit und Korruptheit nicht zu erkennen und nicht mitzumachen in der Lage war, wie er hier im Mittelpunkt der Handlung steht, und so ist es vielleicht nicht zwecklos, ihn ... wirkend, wiederum auf die Bühne bzw. ins Tonfilmatelier zu stellen. Man wird dagegen um so weniger einwenden können, als der Regisseur Steinhoff sich hier von der Gefahr des Abgleitens in militärischen Kitsch vollständig freigehalten hat. Wer mit kritischen Augen sieht und mit kritischen Ohren hört, wird an der Darstellung des Militärischen, die regiemäßig übrigens hervorragend bearbeitet wurde, seine Freude haben. Das Tragische unsinnigen Opfers um gesellschaftlicher Formen und Dogmen willen, ist ebenfalls gut herausgearbeitet und von den beiden Hauptdarstellern L. Deyers und M. Wiemann überaus eindrucksvoll interpretiert. Besonders in Wiemanns Spiel verkörpert sich die Rolle bis ins Letzte des feinfühligen Menschen, der sich hilflos im ... des geistlosen Dienstes bewegt und schließlich daran zerbricht, daß er ernst nimmt, worüber andere hinweggleiten oder an dem sie auf krummen Pfaden vorbeigehen. Allerdings würde dieses Spiel wirkungslos sein, wäre nicht auch das Milieu, der Kasernenhof wie das Haus des ... „standesgemäßen" Kommerzienrats, des Offizierskasinos, wie die ... im Hause des geliebten, aber „unstandesgemäßen" Mädchens mit gutem Verständnis für das Charakteristische gestellt und gespielt.

Die tönende Wochenschau, die man hier zum ersten Male zu sehen bekommt, rechtfertigt eigentlich nicht den langen ..., der dazu gemacht wird. Immerhin eröffnet sie in mancher Hinsicht nicht uninteressante Ausblicke, so die ... der Sachlichkeit des Reporters ... Wiedergabe des Interviews, wobei mit ... Max Liebermanns ... erinnert werden, daß auch die Kunst nicht von Produktionsform und Methoden der gesellschaftlichen Organisation, in der sie lebt, unabhängig ist. — rw.

Nur Du

[illegible]

[illegible] und — weil nun einmal es damit zusammenhängt — zu seiner ehemaligen Geliebten, dem Revuestar zurück. Titel und das glückliche Ende ist gefunden: Nur Du. Diese durchaus flotte Handlung gibt hinreichend Gelegenheit, um bei den verschiedensten Szenen eine ganze Reihe flotter Slow Fox und Foxtrotts, für die nicht weniger als drei Komponisten verantwortlich zeichnen, anzubringen und allerhand Lustiges über ihre Genesis mitzuteilen. Die Darstellung ist ausgezeichnet, weil mit nur ersten Kräften besetzt. —ig.

Der Sohn der weißen Berge

Capitol

Die ganze unbeschreibliche Märchenpracht der winterlichen Hochalpen wird vor dem ergriffenen Zuschauer in einer fast verwirrenden Fülle von herrlichen Bildern aufgerollt. Das ungeheure schweigende Brodeln und Wallen und Schweben gespenstischer Wolkenheere im Föhnsturm wandert drohend um die himmelhohe Einsamkeit der weißen Berg-Riesen. Mächtige Neuschnee-Lawinen jagen und schäumen wie entfesselte Sturzbäche in wenigen Sekunden kilometerweit in die dampfende Tiefe. Wahre Wunder überwältigender Naturaufnahmen sind dem Kameramann gelungen. Angeseilt begibt er sich mit seinem Apparat in das geheimnisvolle Dunkel abgrundtiefer Gletscherspalten und bannt bei Magnesiumlicht die phantastische Heimlichkeit der tückisch schillernden, verborgenen Eispaläste in die Finsternis seines Kurbelkastens, aus der seine „schwarze Kunst" sie dann später ans Tageslicht zaubert. Eine spannende Handlung verbindet die lose Bilderreihe zu einem dramatischen Geschehen, bei dem auch der ewige Appetit des Publikums nach Kriminalistik und Detektivismus befriedigt wird. Der gesellschaftliche Trubel und Jazzbandklimbim in einem fashionablen Wintersporthotel, der gleichfalls aufgezeigt wird, steht in peinlichem Gegensatz zu der erhabenen Großartigkeit der Natur. Eine halsbrecherische Schneeschuh-... hinter Motor... und ein aufregendes Ski-Wettrennen schafft am Ende einen Knalleffekt, der das Kinopublikum hinreißt zu begeistertem Einstimmen in das rasende Händeklatschen der photographierten Zuschauermenge auf der Leinwand. Luis Trenker, der aus früheren Alpenfilmen bestens bekannte Schneeschuhheld, ist die beliebte Hauptperson. — Außerdem bringt das Programm noch eine ... mit der Mittenwaldbahn von Garmisch-Partenkirchen nach Mittenwald, ferner einen grotesken Trickfilm amerikanischer Herkunft und die vorzügliche Deulig-Woche.

Der Korvettenkapitän

Deli

[illegible]

Köstlich
... zu jeder Zeit, besonders aber an heißen Tagen ...
Speck & Söring ...

Unterstützt das Jugendherbergswesen!

Werbetage des Deutschen Jugendherbergsverbandes

Wie so manche sozialen und kulturellen Einrichtungen wird auch das deutsche **Jugendherbergswerk** von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise bedroht. Wenn es nicht gelingt, die Mittel zu beschaffen und die Allgemeinheit stärker als bisher zu interessieren, besteht für manche Herbergen die Gefahr der Schließung. Außerdem müßten unter Umständen an verschiedenen Stellen Bauten und Reparaturen eingestellt werden, so daß einzelne Heime in Verfall geraten könnten.

Um diese Rückwärtsentwicklung aufzuhalten, plant der Reichsverband für deutsche Jugendherbergen einen Appell an die Öffentlichkeit und zwar in Form von Propagandatagen, die während der kommenden Woche überall im Reiche stattfinden. Plakate sollen in diesen Tagen für den Gedanken des Jugendherbergswesens werben, der Rundfunk wird in den Dienst der Sache gestellt, und für Sonntag, den 21. d. M., ist eine großzügige **Haus- und Straßensammlung** mit freiwilligen Hilfskräften aus den angeschlossenen Verbänden in Aussicht genommen. Die Genehmigung des Ministeriums für die Sammlung liegt bereits vor.

* * *

Die **Jugendherbergen** dienen der gesamten Jugend, stehen sämtlichen Jugendverbänden offen. Die beabsichtigte Werbewoche des Jugendherbergsverbandes verdient deshalb die Beachtung aller Volksschichten. Das Mittel der Straßensammlungen ist zwar reichlich abgenutzt, aber in diesem Falle muß man hoffen, daß der Erfolg die Mühe lohnt. Die durch Sammlung in Breslau und Umgegend aufkommenden Mittel sind ausnahmslos zur Verwendung für die Breslauer Herbergen bestimmt. Die Jugendherberge auf der Matthiaskunst ist völlig unzureichend und gehört zu den schlechtesten Herbergen in ganz Deutschland überhaupt. Im alten Polizeigefängnis auf der Schuhbrücke soll daher eine neue und schönere Unterkunft für die männliche Jugend erstehen. Etwa 75 Prozent der dafür erforderlichen Mittel sind schon durch Zuschüsse von Staat und Provinz aufgebracht, so daß nur noch das Geld für die Inneneinrichtung fehlt.

Die beiden Breslauer **Herbergen im Gebirge** bedürfen gleichfalls der Vervollkommnung und finanzieller Fürsorge. Die Herberge **Mensehorst** bei Bad Reinerz (prachtvolles Wintersportgelände, mitten im Hochwald auf einer Waldwiese von über 5 Morgen gelegen, gute Verbindung) besitzt noch immer **keine Heizungsanlage**, während bei der Herberge **Seitenberg** (eine frühere Fischbrutanstalt) die Baukosten nicht restlos gedeckt sind. Alle diese Mängel mit Hilfe des Ertrages einer einzigen Sammlung zu beseitigen, wird nicht möglich sein. Die wichtigste und vordringlichste Aufgabe ist in Breslau die Einrichtung des neuen Burschenheimes auf der Schuhbrücke. Dort aber könnten die Instandsetzungsarbeiten **sofort** beginnen, wenn die Sammlungen auch nur ein bescheidenes Ergebnis zeitigen würden.

Es hieße falschen Vorstellungen Vorschub leisten, wollte man behaupten, daß die Stadt Breslau nur unfertige Unterkünfte für die wandernde Jugend besitzt. Breslau hat eine vorbildliche Herberge aufzuweisen, die **Mädchenherberge „Sonnenland"** an der Vorderbleiche. So sollte jede Jugendherberge in Deutschland aussehen: sauber, hell, luftig, geschmackvoll, wohnlich und trotzdem kein überflüssiger Luxus, der ja unserer Jugend auf Fahrt schlecht anstehen würde. Alles Kasernenhafte ist vermieden. Ein Tagesraum (Schreibgelegenheit, Klavier) gewährleistet angenehmen Aufenthalt im Heim, wenn draußen unwirtliches Wetter ist. Alle Räume können geheizt werden, aber die Heizkörper sind hübsch mit Holzgittern verkleidet. Im Schlafsaal schöne Schränke und wiederum peinliche Ordnung und Sauberkeit! Wer durchnäßt ist, gibt seine Kleider zum Trocknen in einen besonderen Trockenraum. Jeglichen Komfort bietet der Waschraum: Becken für Hand und Gesicht mit fließendem kaltem und warmem Wasser, Fußbäderwannen, zwei Brausen und ein Wannenbad. Ferner ist eine Küche mit ansehnlichem Geschirrbestand vorhanden, die allen Gruppen zur Verfügung gestellt wird. Und das alles für einen Benutzungspreis von 40 Pfennig pro Tag einschließlich Schlafsackgebühr!

Von weither kommen die Mädels in das „Sonnenland", aus Berlin, Danzig, Ostpreußen, aus dem Sudetenland, aus Sachsen, aus dem Westen des Reiches. Im vergangenen Jahre war sogar eine Schar junger Südslawinnen Gäste dieser Herberge. Auch unsere Jugendgenossinnen aus der SAJ. suchen sie selbstverständlich auf, wenn sie von fremden Orten nach Breslau kommen.

Was für die Mädels gut ist, darf man in gleichem Maße den jungen Burschen von Herzen gönnen. Jeder Pfennig, der am 21. September den Sammlern zufließt, hilft ermöglichen, daß der wandernden männlichen Jugend ebenfalls ein behagliches Heim in Breslau geschaffen wird.

Seltsamer Kindesmord

Tragödie um ein uneheliches Kind

Daß verzweifelte Mütter, denen die gottgewollte Ordnung unseres gesellschaftlichen Lebens nur „Schande" und Hunger als Folgen der Mutterschaft zu bieten imstande ist, Hand an eben geborene Kinder legen, die sie nicht zu ernähren wissen, kommt verhältnismäßig oft vor, ist jedenfalls eine Erscheinung, deren **besondere** Bedingtheit sich im allgemeinen nicht einmal unser heutiges, gewiß nicht allzu fortschrittliches Strafrecht verschließt.

Ungeklärt in seinen Beweggründen aber ist bis jetzt die Untat des 23jährigen Arbeiters **Dörndorf** aus Reichenstein, der vorgestern in **Gnadenfrei** sein uneheliches halbjähriges Kind in der Wohnung der Kindesmutter tötete. D. war zu Besuch des Kindes erschienen. In einem unbewachten Augenblick durchschnitt er ihm die Kehle und versuchte dann, seinem eigenen Leben ein Ziel zu setzen. Bei dem zweiten Versuch, hierzu sich vor einen herannahenden Zug zu werfen, wurde er gehindert und von einem Eisenbahnbeamten nach Gnadenfrei gebracht, wo seine Festnahme erfolgte. Er gibt die furchtbare Tat unumwunden zu.

Strafzellen als Wohnung

In der Gemeinde **Kaltenbrunn** im Kreise Schweidnitz wurde der Arbeiter Alfred **Bührmann** von dem Rittergutsbesitzer, bei dem er als Lohngärtner beschäftigt war, aus der Wohnung gesetzt und daraufhin von der Gemeinde in die beiden Strafzellen eingewiesen. In diesen Zellen, zwei dumpfen und kahlen Räumen von etwa je 8 Quadratmeter Größe, wurden früher die Leichen der Einwohner aufbewahrt, die den Freitod gesucht hatten. In diesen Löchern soll nun eine fünfköpfige Familie mit einem 14 Wochen alten Kinde wohnen.

Das Bild dieser Schande unserer Kultur, auf die sich viele Volksgemeinschaftsprediger ja soviel einbilden, wird erst vollständig, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die notleidenden Agrarier im Kreise Schweidnitz größtenteils auf Schlössern wohnen, die oftmals nur **einer** Familie zum Aufenthalt dienen, so daß von vielen Besitzern Wohnungen zur Aufbewahrung ausgedroschenen Strohs dienen.

Wie wählen die Frauen?

In **Ratibor** hat man auch diesmal die Geschlechter getrennt wählen lassen, was folgende interessante Feststellungen über die politische Einstellung der Frauen bzw. der Männer ergibt:

Das beste „Geschäft" bei dem durch die sozialdemokratischen Volksbeauftragten zuerst in Deutschland eingeführten Frauenwahlrecht macht das **Zentrum**. Seine Stimmenzahl setzt sich aus 29 Prozent Männern und 71 Prozent Frauen zusammen. Gut schneidet bei den Frauen auch der **Christlich-Soziale Volksdienst** ab, der 66 Prozent Frauen und 34 Prozent Männerstimmen erhielt. Es folgt die Christlichnationale **Bauernpartei** mit 64 Prozent Frauen und 36 Prozent Männerstimmen. Die **Polen** erzielten 55 Prozent Frauen- und 45 Prozent Männerstimmen. Bei den **Deutschnationalen** betrug das Ergebnis bei den Frauen 52 Prozent und bei den Männern 48 Prozent. Bei der **Deutschen Bauernpartei** kommt das **Uebergewicht** der Frauen zum Stillstand; hier halten sich beide Geschlechter die Waage.

Das Uebergewicht der **männlichen** Stimmen beginnt bei der **Deutschen Staatspartei** mit 52 Proz. (279 Männerstimmen) und setzt sich bei der **Deutschen Volkspartei** mit 54 Proz. fort. Es folgen die **Nationalsozialisten** mit 55 Proz Männer- und 45 Proz. Frauenstimmen. Bei den **Sozialdemokraten** sind die Männer mit 57 Prozent den Frauen, die nur 43 Prozent stellen, voraus. Die **Konservative Volkspartei** musterte 58 Prozent Männer und 41 Prozent Frauen, ebenso die **Wirtschaftspartei**. Den wenigsten Anklang bei den Frauen hatten in Ratibor die **Kommunisten**, welche 32 Prozent Frauen- und 68 Prozent Männerstimmen erhielten.

Ober-Salzbrunn. **Auch Du — — —.** Welches Vertrauen ein Wähler zu der Partei hatte, der er am Sonntag seine Stimme gab, zeigte hier ein kleiner Zettel, den er mit einem Wahlzettel in den Umschlag gesteckt hatte, und auf dem stand: „**Auch Du wirst mich einmal betrügen. . . .!**" Diese Worte waren an eine **bürgerliche** Partei gerichtet, sie dürften sich daher wohl bewahrheiten.

Waldenburg. **Aus politischen Reklamegründen** hat der wegen des Tumultes vor dem Arbeitsamt festgesetzte Kommunist **Schulz** — genannt „Hundepeitschen-Schulz", da er einstens auf niedrige, unter Schutz der Immunität im Landtag vorgebrachte persönliche Verleumdungen des Genossen **Osterroth** von dessen Söhnen mit der Hundepeitsche traktiert worden war — im Gefängnis geheiratet.

Schweidnitz. **Die Leiche im Walde — Freitod aus Not.** Einen erschreckenden Anblick hatten Spaziergänger, die hinter der Merkelshöhe einen Hohlweg nach dem „Goldenen Wald" zu emporschritten. Sie sahen plötzlich mitten über dem Hohlwege die Leiche eines Erhangenen schweben. Der Mann hatte zum Anbringen des Stricks eine starke Baumwurzel benützt, die aus dem Erdreich quer über den Weg ragte. In dem Toten wurde der Schuhmachermeister Bruno **Ulbrich** aus Schweidnitz erkannt, der aus wirtschaftlichen Sorgen den Freitod gesucht hatte.

Münsterberg. **Der Abbau der Erwerbslosenfürsorge** unter dem Brüningkabinett treibt die langfristigen Erwerbslosen zur Verzweiflung, vielfach in den Tod oder in die französische Fremdenlegion. Hier hat jetzt der 25jährige Arbeiter **Grieger**, der lange Zeit hindurch arbeitslos war, seiner Familie mitgeteilt, daß er in die französische Fremdenlegion eingetreten sei und sich auf afrikanischem Boden befinde.

Vielbeschäftigte Hausbesitzer

Märchenerzählungen über das Brockauer Wohnungsamt

Der „Generaler" glaubt natürlich daran

Im Breslauer Generalanzeiger konnte man dieser Tage einen Bericht über eine Versammlung der Brockauer Hausbesitzer lesen, dem gar Wundersames zu entnehmen war. Nach Ansicht der Hausbesitzer, der der Generalanzeiger natürlich munter beipflichtet, gibt es nämlich in Brockau **gar keine Wohnungsnot**, ja, in neun Monaten seien nur ganze **zwei** Wohnungen vermietet worden, leere Wohnungen seien vorhanden, doch allerdings ein wenig teuer und deshalb nicht vermietbar, und anderes mehr. Der in dieser Versammlung offenbar ausgedehnten Reden kurzer Sinn ist, wir brauchen **kein** Wohnungsamt und **keine** Zwangsbewirtschaftung, wir brauchen Wucherfreiheit für Hausbesitzer, damit sie ihr arbeitsloses Einkommen zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung ein wenig steigern können. Das liegt so in der Linie einer Zeit, in der die hakenkreuzgeschmückten Kapitalsknechte sich „Arbeiterpartei" nennen. Daher auch die stilvolle Ueberschrift der „Breslauer Neuesten Nachrichten": Ein „vielbeschäftigtes Wohnungsamt."

Wir haben uns nun die Mühe genommen, einmal bei dem Brockauer Wohnungsamt nachzuforschen, **wie es** denn mit den **tatsächlichen** und recht bestimmt aufgestellten **Behauptungen** dieser Jeremiade bestellt ist, und folgende Auskunft erhalten: „Seit dem Januar 1930 sind nicht zwei, sondern **35 Wohnungen vermittelt** worden, es sind auch nicht etwa nur ein Dutzend, sondern 84 **Wohnungsuchende** vorhanden, zu denen noch fast 60 **Personen** gezählt werden müssen, die Wohnungen tauschen wollen. **Leere Altwohnungen** sind dem Wohnungsamt nicht bekannt, mit Ausnahme einer Wohnung, die der Verfügung der Regierung unterliege. Die Behauptung, daß die Gemeinde bzw. das Wohnungsamt **seit vier Monaten** für eine leerstehende Wohnung die **Miete zahle**, trifft **nicht** zu. Es gibt eine solche Wohnung, bei der die Gemeinde 6 Tage aus besonderen Gründen die Miete übernommen hatte, die aber schon längst wieder vermietet ist.

* * *

Hält man Behauptung und Tatbestand einander gegenüber, dann muß man sich wirklich wundern, wie selbst Hausbesitzer die Stirn haben, in einem kleinen Orte, dessen Verhältnisse leicht zu überprüfen sind, wenn nicht allen bekannt sind, derartige Märchen in Umlauf zu setzen, denen der Generaler natürlich mit Leichtigkeit aufgesessen ist, weil er als bürgerliches Blatt im Grunde auch für die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen eintritt; denn freie Bahn den Besitzenden, also auch dem Hausbesitze, ist nun einmal die Devise der kapitalistischen Wirtschaftsauffassung. **Wie** gewissenlos aber ein solches Vorgehen ist, erweist sich schon daraus, daß auf diese Notiz hin Wohnungsuchende in Massen Brockau aufsuchen, weil sie annehmen, es müßte ja ein Leichtes sein, hier Unterkunft zu finden. Auch das bekannte Bauvorhaben, das in der letzten Gemeindevertretung behandelt wurde, scheint gefährdet, wenn die Gerüchte, daß man in Brockau ja gar keine Wohnungen mehr braucht, allzu leicht hingenommen werden.

8080 **Arbeitshosen**
Satz und Keil durch Selbstanfertigung konkurrenzlos von 4.50 bis 16 Mk.
Burgstraße 7, Krywalski.

2 Betten
i. Eiche u. Nußb. pol m. Spiral u. Auflag. 150
8712 Möbelhaus
Scholz
Matthiasstraße 132.

Empfehle die beliebte
Skat-Karte 75 ₰
C. Kretschmer
Schmiedebrücke 29 b

Buchhandlung Volkswacht
Mod. neues Antiquariat
Breslau 3, N. Graupenstr. 5

Wohnungen

Für Ehepaar mit Kind wird preiswertes
Leerzimmer
gesucht. Off. m. Preisang. unt. A. 44 an d. Geschäft d. Ztg. erb.

Biete gr. 2 ftr. Zimmer gr. 1 ftr. Zimmer und Entreeküche, Gas, Wasser und Klosett Miete 33.50 Mk. Sandvorstadt. Suche Stube und Küche evtl. Entree. Gegend gleich. Offerten unter Gr. 181 an die Volkswachtbuchhandlung Breslau III, Neue Graupenstraße 5

[illegible]

Bad Flinsberg. Freitod mit Arsen. In der Stöckel-Baude kehrte ein Tourist ein, der in seinen Gesprächen über Unwohlsein wegen plötzlichen Durchfalles klagte. Am nächsten Morgen fand man ihn tot in seinem Zimmer auf. Es wurde festgestellt, daß der Fremde, der seine sämtlichen Papiere vernichtet hatte, Selbstmord mit Arsenik begangen hatte. Unter dem Zimmerfenster fand man im Grase noch eine beträchtliche Menge des gefährlichen Giftes. Bei dem Toten wurde eine Brieftasche mit einer Tausend-Kronennote gefunden, sowie vier goldene Ringe an den Fingern und eine silberne Dose.

Bunzlau. Einen netten Vorschlag machten einige Bunzlauer Bürger, die sich am Wahltage auswärts aufhielten und gerne wählen wollten. Sie forderten den Magistrat freundlichst auf, er möge ihnen doch — ein Auto schicken. Das Bunzlauer Wahlbüro vereinfachte das Verfahren jedoch, indem es den pflichttreuen Wählern — zwei Stimmscheine zusandte.

Waldenburg. Freitod des Vogelkoppenwirtes. Selbstmord verübte eine im Ausflugsverkehr des Waldenburger Berglandes viel bekannte Persönlichkeit, der Gastwirt Schubert von der Vogelkoppenbaude. Er wurde unweit der Baude im Walde entleibt aufgefunden. Wirtschaftliche Schwierigkeiten haben ihn in den Tod getrieben.

Lipine (Poln. Schlesien). Eine 12-Zentimeter-Granate, deren Sprengladung noch intakt war, wurde hier auf dem Friedhof beim Ausheben eines Grabes gefunden.

Reichenbach. Wahnsinnsausbruch im Frisörladen. Ein in einem Frisörgeschäft an der Karlstraße beschäftigter Frisörgehilfe nahm vorgestern abend plötzlich ein scharfes Rasiermesser und versuchte, sich damit die Kehle zu durchschneiden. Nur mit Mühe konnte er daran gehindert werden. Er hatte aber bereits schwere Schnittwunden erlitten und wurde auf Veranlassung der hinzu gerufenen Polizei in ein Krankenhaus überführt. Man nimmt an, daß es sich um einen plötzlichen Ausbruch von Geistesstörung handelt.

Reichenbach. Zusammenbruch eines Bankhauses. — Freitod des Inhabers. Großes Aufsehen erregt hier der Zusammenbruch des Bankhauses M. F. Hoffmann. Er erschoß sich nach der Feststellung des Konkurses. Man nimmt nach den bisherigen Ermittelungen an, daß die Depots angegriffen wurden. Der Status des zusammengebrochenen Unternehmens steht noch nicht fest.

Oppeln. Er wollte nicht nach Polen. Der Strafgefangene Stanislaus Karkowski, der nach Verbüßung einer Gefängnisstrafe nach Polen ausgeliefert werden sollte, entwich aus dem Oppelner Gerichtsgefängnis. Er öffnete mehrere Türen mittels Sperrhakens, drang in die Kleiderkammer ein, holte sich hier seine eigenen Kleider wieder und verschwand.

Kattowitz. Zu Tode geschleift. Ein Polizeibeamter, der auf einem Motorrad den Gleisübergang an der Gleiwitzer Straße kreuzen wollte, wurde von einem vorbeifahrenden Güterzug erfaßt und zu Tode geschleift. Da an dieser Stelle gegenwärtig Straßenbauarbeiten ausgeführt werden, konnte die Bahnschranke nicht herabgelassen werden. Ein auf dem Soziussitz mitfahrender Straßenbahnschaffner konnte im letzten Augenblick abspringen.

Kattowitz. Der Pressemaulkorb. Das Kattowitzer Schwurgericht verurteilte den Redakteur der „Polonia", Palenski, zu sechs Wochen Gefängnis, weil er in einem Artikel den Sejmabgeordneten und Richter Dr. Witeczka der Mordanstiftung bezichtet hatte. Außerdem soll Palenski an Dr. Witeczka 500 Zloty Entschädigung zahlen.

Gehen Sie mit zu Tietz

zur Saison-Eröffnung

Einige hundert Herren-Ulster, Ulster-Paletots u. Paletots, leichte Uebergangsmäntel bis zu den schwersten Winter-Ulstern, hängen in jeder Preislage für jede Herren-Figur bereit. Fabelhafte Saison-Auswahl in preiswerten Sacco-Anzügen

Beachten Sie bitte unsere 3 Spezialfenster

89.-
Herren-Ulster
aus vorzüglichen blaugrauen reinwollenen Velourstoffen in erstklassiger Verarbeitung

68.-
Ulster-Paletot
aus mittelgrauen und blaugrauen Ulsterstoffen mit und ohne Sammtkragen, elegant verarbeitet

48.-
Herren-Ulster
aus blaugrauen Velourstoffen mit Ueberkoro und Randgurt auf Kunstseide gearbeitet besonders günstig

Herren-Anzüge
moderne Straßenanzüge in dunklen Farben vorzüglicher Kammgarnqualitäten **78.-**

Herren-Anzüge
in neuen modernen Farben und Formen reinwollener Qualitäten zum Teil auf handtuchdichten Serge gearbeitet **68.-**

Herren-Anzüge
reinwollene blaue und farbige Kammgarnqualitäten in guter Ausführung sehr preiswert . . . **48.-**

TIETZ

Breslau, Oderstraße 71/73 :: Tel. 56634

Kleine Breslauer Nachrichten

* **Notzucht.** Festgenommen wurde gestern der 20 Jahre Arbeiter K. aus Breslau-Groß-Tschansch wegen Notzucht. Er am 11. September 1930 eine Hausangestellte aus Breslau Groß-Tschansch gelockt und sich dort an ihr mit zwei Kompli die er nicht zu kennen behauptet, schwer vergangen. Er wu dem Amtsgericht vorgeführt.

* **Blutschande.** Heute vormittag wurde ein 52 Jahre a Schneider wegen Blutschande festgenommen und dem Amtsger vorgeführt. Er ist geständig, seine 16 Jahre alte Tochter längerer Zeit mißbraucht zu haben.

* **Selbstmordversuch.** Gestern vormittag versuchte die undzwanzigjährige Verkäuferein B. an der Rathenaubrücke durch Ertrinken das Leben zu nehmen. Sie betrat das unterhalb der Brücke und sprang ins Wasser. In diesem Aug blick gab sie ihren Plan wieder auf und entstieg der Oder, an dieser Stelle sehr flach ist. Als Motiv gab sie Lie kummer an.

* **Die Anmeldung der Schüler(innen) für die Sexten** hiesigen städtischen höheren Lehranstalten und für die 6. Kla der städtischen Mittelschulen haben bis spätestens Ende S tember 1930 zu erfolgen.

* **Der Breslauer Verschönerungsverein,** Abteilung Süd unternimmt am Sonnabend, den 20. September, e Wanderung im Lohegebiete von Hartlieb bis Bettlern. Tr punkt: 14,15 Uhr an der Endhaltestelle der Städtischen Straß bahn am Südpark, Linie 2. Abfahrt von dort mit dem Straß bahn-Autobus 14,27 Uhr nach Hartlieb. Fahrpreis 10 Pf. Z später eintreffende Teilnehmer können erst 30 Minuten spä fahren. Auf der Wanderung wird Herr Professor Dr. Olbri über die geologischen Erscheinungen im Landschaftsbilde und i Ablagerungen der Eiszeit sprechen. Zu dieser Wanderung, sehr interessant zu werden verspricht, sind auch Nichtmitglie freundlichst eingeladen. Rast in Bettlern. Rückfahrt von Bettl mit der Bahn 17,43 oder 20,32 Uhr. Wanderungslustige gehen Fuß bis zum Autobus nach Klettendorf. — Bei Regenwetter fä die Wanderung aus.

* **Elektrische Lichtbäder.** Im städtischen Warmbad III, An t Teichäckern 1, können an Frauen und im Warmbade in Tschan an Männer und Frauen elektrische Voll- und Teil-Lichtbäder m Massage, Reinigungsbad und Ruhe abgegeben werden. Die Pre sind: für ein Voll-Lichtbad mit Massage usw. auf 3 Mark, für Teil-Lichtbad auf 1,75 Mark herabgesetzt worden. Krankenkass mitglieder zahlen für ein elektrisches Voll-Lichtbad 2,70 Mark u für ein elektrisches Teil-Lichtbad 1,60 Mark einschließlich Massa Reinigungsbad und Ruhe.

* **Die diesjährige Ziegenbockkörung** für den Stadtkr Groß-Breslau hat am 4. September dieses Jahres stattgefund Ein Verzeichnis der an- und abgekörten Ziegenböcke wird Breslauer Gemeindeblatt Nr. 39 vom 21. September veröffentli werden. Zum Decken fremder Ziegen dürfen nur gekörte Bö Verwendung finden. Bei Zuwiderhandlungen machen sich ni nur die Bockhalter, sondern auch die Ziegenbesitzer strafbar.

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Sport-Kartell Breslau E. V.

Auf die am Sonntag, den 21. September, vormittags 9 Uh im Rahmen der Arbeiter-Kultur-Woche im Deli-Theater stattfindende Kundgebung der Arbeitsgemeinschaft sozialistisch Freidenkervereine und des Arbeiter-Freidenker-Bundes wird b sonders hingewiesen und zahlreiches Erscheinen der Arbeitersportl erwartet.

Vom 25. bis 28. September findet in der Jugendherberge Trebnitz ein Kursus der Volksbühne unter Leitung des Genoss Zimmermann-Leipzig statt. Arbeitsgebiet: Sprech-Bewegungs chor sowie Laienspiele. Für den Kursusteilnehmer ist zu er richten: Bahnfahrt und pro Tag 1.00 Mark. Vereine können no bis Sonnabend, 10 Uhr vormittags, die Meldungen im Kartel büro abgeben.

Freitag, den 19. September, 20 Uhr, findet im Städtische Jugendheim, An der Matthiaskunst, eine Versammlung des Stad ausschusses für Jugendpflege statt. Die Tagesordnung ist rei haltig; jeder Verein bzw. Abteilungen entsenden dorthin eine Delegierten.

Achtung, Kultur-Ausstellung! Sämtliche Vereine und Ab teilungen holen sich Eintrittskarten zur Ausstellung, welche bereit am Sonntag beginnt, im Kartellbüro. Die Karten zu den Ve anstaltungen (Vortrag Tandler-Wien, Dr. Moses und Tanzaben Otto Zimmermann) werden ebenfalls im Kartellbüro a Kommission ausgegeben.

Arbeitsgemeinschaft der Soz. Jugendverbände. Die in Donnerstag, den 18. September, angesetzte Sitzung findet er Donnerstag, den 25. September, 20,30 Uhr, im Kartellbüro, stat

Freie Turnerschaft Breslau E. V.

Vereinsvorstandssitzung am Sonnabend, den 20. September 20 Uhr, im Gewerkschaftshause.

An alle Abteilungen! Für alle Abteilungsvorsitzenden un Jugendausschüsse der Abteilungen findet Sonnabend, den 20. Sep tember, um 20 Uhr, im Gewerkschaftshause eine wichtige Ver sammlung, welche zu den Jugendfragen Stellung nehmen muß, statt

2. Frauen-Abteilung. Handballmannschaft, Sonntag, 14,30 Uhr Lohewiese.

5. Abteilung. Sämtliche Handballspieler, Freitag, nach den Turnen, Versammlung im Vereinslokal.

12. Abteilung (Zimpel). Sonnabend, den 20. September 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Wittke, Zimpeler Straße.

Jugend. Sonnabend, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Sitzung sämtlicher Abteilungs-Jugendausschüsse und Abteilungsvorsitzen den. Einziger Tagesordnungspunkt: Unsere Jugendarbeit im kommenden Winterhalbjahr.

Arbeiter-Samariter-Bund

Abteilung 9 (Hundsfeld). Freitag, den 19. September 20 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung.

Konzerte / Theater / Vergnügungen

Stadttheater. Donnerstag 19,30 Uhr als 2. Abonnements-Vorstellung in Gruppe D: Mozarts „Die Zauberflöte". Die Hauptpartien des unter musikalischer Leitung von Hans Oppenheim stehenden Werkes sind besetzt mit den Damen Höhlig, Rost, Gerlach, Glaz, Hadland, Hütter, Kaltner, Reisner, Gallos Rüß und den Herren Bense, Hesselert, Hiller, Kronziger, Demongard, Pilarzyk, Weick. Freitag 20,15 Uhr 2. Abonnements-Vorstellung der Serie C: „Das Dorf ohne Glocke" von Künneke. Sonnabend 15,30 Uhr „Der Ring des Nibelungen": erster Tag: „Die Walküre". Sonntag 15,30 Uhr Nachmittagsvorstellung bei den ermäßigten Preisen der Gruppe 2: „Der fröhliche Krieg". 20,15 Uhr: Einmaliges Gastspiel des früheren Mitgliedes des Stadttheaters Margo Demuzberg als „Tosca" in Puccinis gleichnamiger Oper. In der am Sonntag, den 28. September, stattfindenden Erstaufführung der Neuinszenierung der Neuheit der Spielzeit der „Fledermaus" singt die neuverpflichtete Operettensängerin Anny Kunze die Rhode und Otto Dewald den Prinzen Orlofsky.

Deutsches Theater. Täglich 20,15 Uhr die Fortsetzung von Gerhart Hauptmanns „Hanneles Himmelfahrt" in der Inszenierung von Paul Barnay. Sonntag, den 21. September, 15,30 Uhr: „Das Geld auf der Straße" von Bernauer und Schönreicher. Im Zusammenhang mit der für diese Spielzeit vorgesehenen Herabsetzung der Preise sind auch für die Nachmittagsvorstellungen nur außerordentlich ermäßigte Preise angesetzt.

Thalia-Theater. Täglich 20,15 Uhr Bernd Franks Komödie „Stern im Wasserglas" in der Inszenierung von Max Ophüls. Als erste Nachmittagsvorstellung Sonntag, den 21. September, 15,30 Uhr: „Madame hat Ausgang" von Bernauer und Schönreicher zu kleinen Preisen.

Lessingtheater. Im Schauspielhaus wird bereits an den Vorbereitungen für den „Drei Musketieren" gearbeitet, deren Premiere für Mittwoch, den 24. September, 20 Uhr, angesetzt ist. Die drei Musketiere sind mit Sybil Grimm, Jan Hiemer und Gustav Gerull besetzt. Für die Partie der Donna Anna wurde Gerda Schilly als Gast verpflichtet.

Wasserstand

	18.9.	17.9.		18.9.	17.9.
Neisse	3.30	4.48	Kamern (Unter-Pegel) ...	3.38	3.06
Glatz (Glatz)	—0.58	0.53	Oppelnitzh	2.46	1.96
Mittelwalde (Unt.-Pegel)	3.22	2.50	Abflußmenge (Schmilka) ...	175.	12.2
Ohle (Steinkunau)	3.78	3.15	Altkemberg a. 17.9.	+0.14	—
Lissa	1.64	1.37	Wassertemperatur + 16,0°		

Sowjet am Nil

Was will Herr Dietrich bei den Pyramiden?

Englische Blätter bringen eine merkwürdige Meldung. In soll es der politischen Polizei gelungen sein, einen Mann nehmen, der von Moskau beauftragt war, die Spionage- Propagandaorganisationen der Russen für Aegypten aufzuziehen. Angeblich soll dieser nisvolle Agent über sehr erhebliche Geldmittel verfügen, Sowjetrußland zur Verfügung gestellt habe. Seine Auf- bei nicht nur gewesen, mit den Führern der ägyptischen itionsparteien Fühlung zu nehmen, sondern auch Re- ungsparteien zu bestechen, um internes Material die Pläne der Regierung zu erhalten. In den Koffern des ieten soll man auch Geheimmaterial gefunden haben, an Entzifferung zurzeit noch gearbeitet wird. Der Verhaftete eblich ein Deutscher, und zwar ein gewisser Paul Dietrich Berlin.

* * *

Dietrich, der, so teilen die englischen Blätter mit, ständig n Moskau und Berlin hin und her pendelte, war erst in Moskau, wo ihm die Direktiven für seine weitere gegeben wurden. Als er nach Berlin zurückkehrte, wurden e Geheimagenten auf ihn aufmerksam. Von da an war er ndiger Bewachung, die auch nicht unterbrochen wurde, als nunmehr Verhaftete vor etwa drei Wochen nach Aegypten fte. In Kairo angekommen, nahm Dietrich sogleich die ndung mit verschiedenen Persönlichkeiten auf, die ihm zur rung seiner Ziele genehm schienen und begann, seine nisationen aufzubauen. Die Polizei, über alle Schritte chs genauestens unterrichtet, griff erst zu, als sie genug ial in der Hand zu haben glaubte. Man nahm aber nicht Paul Dietrich fest, sondern auch drei andere Per- n, deren Nationalität allerdings noch nicht feststeht. Es jedoch von den Blättern behauptet, daß die drei anderen nommenen ebenfalls Deutsche oder wenigstens uralisierte Russen seien.

* * *

Einer der Festgenommenen war vor etwa vierzehn Tagen nach Palästina gefahren, um dort den Grundstock zu einer illegalen Organisation zu legen. Hierbei wurde festgestellt, daß Propagandaflugblätter der Kommunisten sowie vertrauliche Informationen über die eventuelle Möglichkeit einer illegalen Bewaffnung der arabischen Arbeiter ausgegeben worden waren. Inwieweit diese nach Sensation riechenden Mitteilungen der englischen Blätter stimmen, bleibe dahin gestellt. Tatsache ist allerdings, daß den Sowjetleuten an einer Verschärfung des jüdisch-arabischen Konflikts viel gelegen ist und daß sie seinerzeit alles getan haben, um die von ihren religiösen Führern zu Pogromen verleiteten arabischen Landarbeiter zu weiteren Aufständen zu veranlassen. Erinnert sei nur an die widerwärtige Blutkampagne, die seinerzeit die deutschen Kommunisten veranstalteten, bei der in zahllosen Versammlungen der berüchtigte Heinz Neumann, der „Arbeiterschlächter von China", die „erbarmungslose Ausrottung der jüdisch-palästinensischen Bourgeoisie" gefordert hatte.

* * *

Recht amüsant ist, daß der angebliche Paul Dietrich auch den Auftrag hatte, Scharen geeigneter Aegypter nach Rußland zu überführen, wo sie dann in russischer „Propagandakunst" systematisch unterrichtet werden sollten. Diese „Sowjetkurse" sollen so sehr besucht gewesen sein, daß man in Moskau einen ganzen Häuserkomplex für die Arbeiten dieser ägyptisch-kommunistischen „Hochschule für Politik" zur Verfügung stellte.

Und wer mag der angebliche Dietrich sein? Handelt es sich um den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Paul Reinhold Dietrich, der früher Mitglied der Hamburger Bürgerschaft war und im letzten Reichstag den Wahlkreis Thüringen vertreten hatte?

Jedenfalls kann man über die weitere Entwicklung dieser interessanten politischen Kriminalaffäre sehr gespannt sein.

Schweres Unglück beim „Sturmvogel"

Ein Uebungsflugzeug abgestürzt

Am Mittwoch abend ereignete sich in Berlin unweit der Heerstraße ein schweres Flugzeugunglück. Ein Uebungsflugzeug des „Sturmvogel" stürzte infolge eines Motordefekts ab. Der Pilot Eberhard konnte nur mit außerordentlich schweren Verletzungen geborgen werden.

Das Flugzeug war gegen 6 Uhr in Staaken zum Rückflug nach Tempelhof gestartet. Schon nach wenigen Minuten hat der Führer offenbar einen Motorschaden gehabt, denn wie zahlreiche Spaziergänger, am Ufer der Havel gehend und im Grunewald, beobachteten, kreiste das Flugzeug in großen Schleifen über das Waldgebiet und ging langsam nieder. Man schließt daraus, daß der Pilot einen möglichst günstigen Landungsplatz suchen wollte. An der Heerstraße, unweit der Stessenseebrücke, ging dann der Apparat nieder. Das Schwanzende des Flugzeuges hat dabei vermutlich die Kronen der Bäume, die den freien Platz dicht umsäumen, berührt. Es stürzte aus einer Höhe von etwa fünfzehn Metern kopfüber in die Tiefe.

Die Maschine wurde außerordentlich schwer beschädigt, der Flugzeugführer in bewußtlosem Zustande ins Krankenhaus geschafft. Er liegt außerordentlich schwerkrank danieder.

Sensationeller Hoteldiebstahl in Genf

Die Londoner „Daily Mail" veröffentlicht in sensationeller Form eine Genfer Meldung, wonach im Hotel bei Nael Bakers, dem Privatsekretär des britischen Außenministers Henderson, ein Diebstahl von hoher politischer Bedeutung vollführt worden sei. Dem Eindringling sei es gelungen, die Schlüssel von Depeschenkästen zu entwenden, die denen ähneln, die vom britischen Auswärtigen Amt zur Uebersendung vertraulicher Dokumente an Botschaften gebraucht werden. Bald nach der Entdeckung des Diebstahls sei die Anweisung erteilt worden, die Schlösser der Depeschenkästen des Auswärtigen Amtes zu ändern.

Geheimnis um ein Kardinalbild

Aus dem Pariser „Institut de France", der Akademie der Unsterblichen, ist auf mysteriöse Weise ein Riesenbild des Kardinals Richelieu, des Begründers des Instituts, verschwunden. Da das Bild 2,30 Meter hoch und 1,50 Meter breit ist, kann man sich einen Diebstahl kaum erklären. Merkwürdig ist, daß bereits vor zwei Jahren aus dem Sitzungssaal der Akademie eine kostbare Urne vom Kaminsims verschwand.

Bau eines Riesenflugzeuges in England

In Southampton soll unverzüglich mit dem Bau eines vom Luftfahrtminister bestellten Riesenflugzeuges begonnen werden. Dieses Flugzeug, ein Eindecker, wird mit Kajüten für 40 und Betten für 20 Fahrgäste ausgestattet werden. Seine Flügelweite wird fast 50 Meter betragen, sein Rumpf über 30 Meter lang und 6 Meter hoch sein und sein Gewicht mit Ladung mehr als 34 Tonnen erreichen. Der Antrieb erfolgt durch sechs Motoren. Wenn die Probeflüge zufriedenstellend verlaufen, wird das Flugzeug zu Flügen nach dem Orient oder über den Ozean verwendet werden.

Pest in der Nordmandschurei

Nach einer Meldung der Agentur Indo Pazifique aus Schanghai ist in der Nordmandschurei die Beulenpest ausgebrochen und breitet sich in der Richtung auf Tsitsikar aus. Es sind bereits einige hundert Todesfälle zu verzeichnen. Der Bevölkerung hat sich große Unruhe bemächtigt.

Haftbefehl gegen Al Capone

Richter Lyle in Chikago hat gegen den berüchtigten Bandenführer Al Capone, der zu den reichsten Männern Chikagos gehört, sowie gegen dessen Bruder Ralph und gegen weitere 24 Komplizen der beiden Haftbefehl erlassen. Richter Lyle will, wie er sagt, endlich mit den „Volksfeinden aufräumen und das Banditenunwesen ohne alle Rücksicht auf irgendwelche politischen und finanziellen Hintermänner bekämpfen."

Saxophon-Weltmeister

Was uns bisher gefehlt hat, verzeichnet der Chronist beglückt: ein Dirigent namens Roman Begulawski hat in Fouras bei Rochefort (Frankreich) vor einem Kontrollausschuß elf Stunden lang ununterbrochen Saxophon geblasen und sich damit zum Weltmeister dieses Erwerbszweigs aufgespielt. Ein noch wesentlich verrückterer Rekord wurde gleichfalls in Frankreich erzielt; ein sich hinter einem Pseudonym verbergender Schriftsteller schrieb einen mehrere 100 Seiten langen Roman, ohne ein einziges Mal den Buchstaben „A" zu benutzen, also jenen Buchstaben, der in der französischen Sprache am häufigsten vorkommt.

Selbstmord des jungen Herzl

Der einzige Sohn Dr. Theodor Herzls, des Begründers modernen zionistischen Bewegung, hat gestern in Bordeaux mord begangen. Er war dort eingetroffen, um an der Bei- g seiner dieser Tage dort verstorbenen Schwester teilzu- n. Kurz vor der Begräbnisfeier entleibte er sich h einen Revolverschuß. Ueber den Beweggrund Tat ist bisher nichts bekannt geworden.

Vor einigen Jahren war Hans Herzl zum Katholi- us übergetreten. Man suchte ihn zu bewegen Führer einer allkatholischen Bewegung zu werden, die die jüdischen An- auf Palästina anerkennen sollte. Er sträubte sich dagegen rat wieder zum Judentum über.

Frauenmord in Frankfurt

In Frankfurt a. M. wurde die 62jährige Witwe Elisabeth eyer in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Da eine von Begleitumständen darauf hindeuten, daß der Täter nur die Verhältnisse der Frau Schreyer gut gekannt hat, n im Hause so bekannt war, daß es ihm gelungen den sehr wachsamen und für Fremde unzugänglichen Hund Ermordeten in ein Zimmer einzusperren, hat olizei die Adoptivtochter der Frau Schreyer und einen Freunde im Verdacht, die Tat ausgeführt zu haben. Diese n hat das kinderlose Ehepaar Schreyer vor 18 Jahren iert. Ihre Eltern waren Zirkusartisten.

Benzolexplosion bei Berlin

In der Asphaltfabrik Schliemann in Rudow bei Berlin ein Feuer aus, durch das ein mit 10 000 Litern Rohbenzol ter Doppeltank zur Explosion gebracht wurde. Ein der Fabrik ist abgebrannt, ein Arbeiter wurde durch Brand- n schwer verletzt. Die Feuerwehr war mit fünf Lösch- vier Stunden lang bei der Arbeit.

Freitod wegen des Wahlausfalls

Der republikanisch gesinnte und in dieser Richtung auch sehr Studiendirektor Werner Rack der Aufbauschule chwerin a. d. Warthe, hat sich aus Verzweiflung über Mißerfolg der bürgerlichen Mitte bei den tagswahlen erschossen. Rack, der wegen seiner Verfassungs- von den einheimischen Nationalsozialisten aufs heftigste und lichste befehdet worden war, hatte zuletzt die Organisation Schweriner Ortsgruppe der Staatspartei übernommen. Die he, daß in ganz Schwerin nur 65 staatsparteiliche Stimmen menkamen, dürfte zu der bis zum Todesentschluß führenden en Depression wesentlich beigetragen haben.

Todesurteil in Zwickau

Der des Mordes an der Leipziger Studentin Charlotte Müller angeklagte Bauarbeiter Willi Leischker aus Bockau wurde gestern vom Zwickauer Schwurgericht wegen Mordes zum Tode und wegen versuchten Notzuchtverbrechens zu drei Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit verurteilt.

Manöverunfall

Ein mit Soldaten besetzter Lastkraftwagen stürzte, wie das „Bamberger Volksblatt" aus Haßfurt meldet, in der Nähe von Dörfleis, als er in einen Straßengraben fuhr, um. Dabei wurden ein Soldat getötet und zwei schwer verletzt.

Sturm auf das Polizeirevier in Neukölln

Verdächtige vor dem Vernehmungsrichter

Gestern wurden dem Vernehmungsrichter 17 Personen vorgeführt, die beschuldigt werden, an dem Sturm auf das Polizeirevier in Neukölln teilgenommen zu haben. Eine Person wurde in Haft behalten wegen des Verdachtes, sich als Rädelsführer bei dem Sturm beteiligt zu haben. Die anderen wurden aus der Haft entlassen, da der Tatverdacht nicht ausreichend ist.

Ein Boxmeister im Streit erschossen

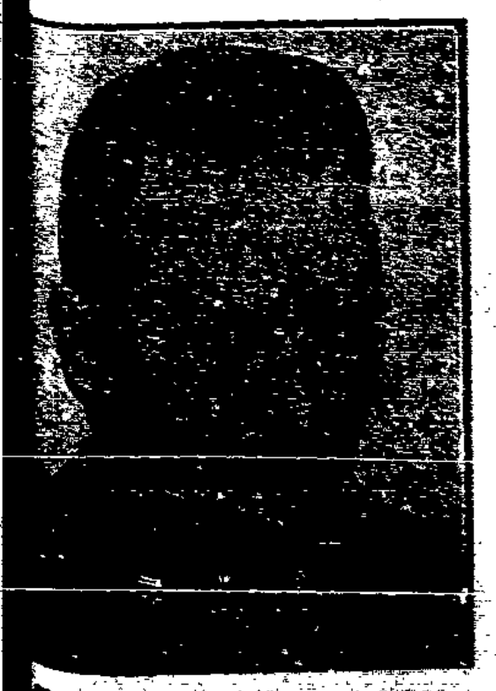
In einem Marseiller Café schossen am Dienstag abend wegen eines Streites um eine Spielschuld von 2000 Franken zwei Maurer, Vater und Sohn, den ehemaligen französischen Boxmeister im Fliegengewicht, Morachini, über den Haufen. Der Verletzte starb kurz nach der Einlieferung im Krankenhaus.

Großfeuer in Eschwege

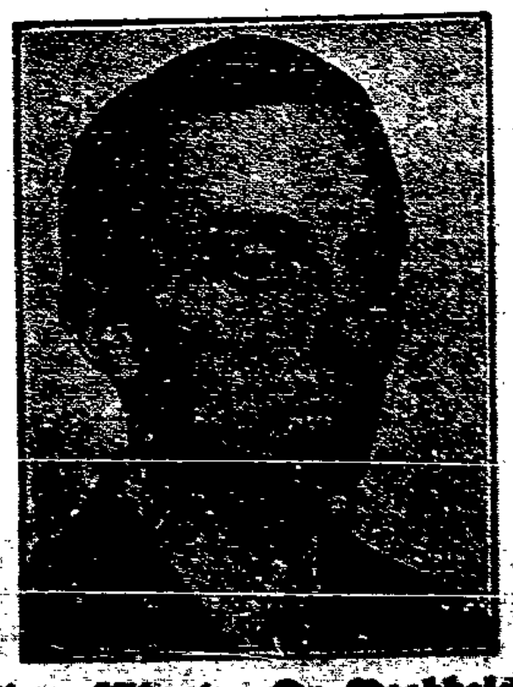
Aus bisher noch unbekannter Ursache brach in der seit 150 Jahren bestehenden Lederfabrik Johannes Döhle Feuer aus, das sich außerordentlich schnell ausbreitete und die Fabrikgebäude bis auf die Grundmauern einäscherte. Auch das anliegende Grundstück der Sohlleder- und Leimfabrik Christian Döhle und Bernhard Sohn wurde von den Flammen ergriffen. Hier fielen die Scheune und die Stallungen dem Feuer zum Opfer. Nach angestrengter Tätigkeit gelang es der Feuerwehr, des Brandes Herr zu werden. Das Feuer ist vermutlich in den Mühlenräumen der Firma Johannes Döhle ausgebrochen.

Eine schöne Mischung

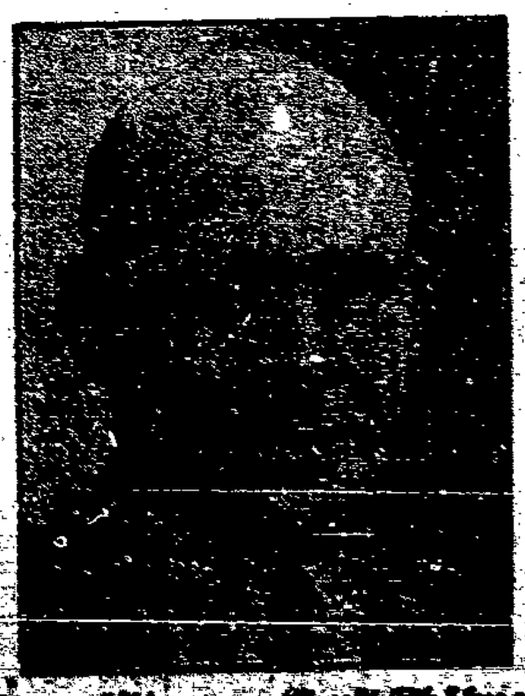
e Präsidium des neuen Reichstages dürfte bei der Befolgung des alten parlamentarischen Grundsatzes, die Präsidentenposten nach der Größe der Fraktionen zu verteilen, sich, wie folgt zusammensetzen:



Präsident — Paul Löbe (Sozialdemokrat)



1. Vizepräsident — Dr. Gerstenberg (Nationalsozialist)



2. Vizepräsident — Graf Zedlitz (Kommunist)

3. Vizepräsident — Thomas (Zentrum)

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Jahrbuch des ADGB.

(Aufstieg trotz Wirtschaftskrise)

Das Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB.) für 1929 — das dieser Tage erschienen ist — ist diesmal mehr als eine notwendige kritische Rückschau auf die Arbeit und Entwicklung der deutschen Gewerkschaften im vorigen Jahr; es ist ein geschichtliches Dokument dafür, daß der modernen Arbeiterbewegung eine Urkraft innewohnt, die durch nichts, selbst durch die schwerste wirtschaftliche Depression gebrochen werden kann.

Die katastrophale Zuspitzung der Krise auf dem Arbeitsmarkt in der zweiten Hälfte des Vorjahres ließ die Befürchtung aufkommen, daß die Mitgliederbilanz der Freien Gewerkschaften gegen Jahresschluß 1929 ungünstig beeinflußt würde. Diese Besorgnisse haben sich erfreulicherweise als unbegründet erwiesen. Der ADGB. hat seinen Mitgliederbestand vom Jahre 1928 nicht nur gehalten, sondern ihn noch gesteigert. Die Zahl der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen stieg im Jahr 1929 um 81 369 auf 4 948 267. Wenn dieser Zuwachs, gemessen an dem Aufstieg in den beiden vorangegangenen Jahren, nicht besonders groß ist, so beweist er doch, daß den Freien Gewerkschaften auch in krisendurchlebten Zeiten ihre Werbekraft nicht verloren geht. Daß der Auftrieb in der Mitgliederbewegung der Freien Gewerkschaften Deutschlands auch im vorigen Jahre nicht stockte, ist deshalb besonders bemerkenswert, weil die Arbeitslosigkeit 1929 etwa um 150 Prozent größer war als 1928. Unter Umrechnung der Kurzarbeit in Vollarbeitslosigkeit waren im Berichtsjahr in der Konjunkturgruppe 11,9 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder (1928 = 8,2 Prozent) arbeitslos, in der Saisongruppe 28,5 Prozent (17,8 Prozent) und in sämtlichen Verbänden 15,1 Prozent (10 Prozent).

Wie sich diese Entwicklung des Arbeitsmarktes auf die Finanzen der Gewerkschaften auswirkte, zeigt eine Vergleichung der Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung im Vorjahre mit denen im Jahre 1928. Die Ausgaben der Gewerkschaften für Arbeitslosenunterstützung stiegen von rund 28 Millionen Mark im Jahre 1928 auf rund 45¼ Millionen Mark im Berichtsjahre. Auf die Arbeitslosenunterstützung entfielen allein 52,1 Prozent der gesamten Ausgaben für Unterstützungszwecke, die sich auf 86,79 Millionen Mark beliefen gegenüber 62,84 Millionen Mark im Jahre 1928. Von den Gesamtausgaben der Gewerkschaften machten allein die für Unterstützungen 42,8 Prozent aus gegen 33 Prozent im Vorjahre. Diese Vergleichung sowie die Tatsache, daß die Kosten der Arbeitskämpfe sich gegen das Jahr 1928 um 18,9 Millionen Mark auf 13,3 Millionen Mark verringerten, spiegeln am deutlichsten den Krisencharakter des vorigen Jahres wieder.

Auch die Einnahmen der Verbände im Berichtsjahr waren günstiger, als bei der schwierigen Wirtschaftslage erwartet werden konnte. Die Einnahmen der dem ADGB. angeschlossenen Verbände stiegen im Vorjahr um 29,69 Millionen Mark auf 251,39 Millionen Mark. Der Rückgang der Zahl der Lohn- und Tarifbewegungen gegen 1928 ist aus der allgemeinen schlechten Wirtschaftslage zu erklären, die auch für die Aktionskraft der Gewerkschaften ein natürliches Hemmnis war. Die Bewegungen blieben mit 10 814 857 um rund 10 Prozent hinter der Zahl von 1928 zurück. Erreicht wurde durch sie eine wöchentliche Lohnerhöhung von 14,36 Millionen Mark, die Abwehr von wöchentlich 267 545 Mark Lohnabzug, eine Arbeitszeitverkürzung von 1 078 732 Stunden die Woche, sowie die Abwehr von 20 209 Stunden Arbeitszeitverlängerung pro Woche.

Die Tariflöhne, also nicht die wirklich gezahlten Löhne, erhöhten sich nach der Tarifstatistik des ADGB. im Vorjahre um 4,5 Prozent. Dieser Erhöhung dürfte aber nach Ansicht des ADGB. eine Senkung der Akkorde und übertariflichen Spitzenlöhne etwa im gleichen Ausmaß gegenüberstehen, so daß eine Hebung des Lohnniveaus der deutschen Arbeiterschaft im vorigen Jahr nicht eingetreten ist.

Mit diesen Gegenüberstellungen ist nur ein Teil des Jahrbuches 1929 des ADGB. kurz skizziert. Es ist allerdings der Teil, der für den um die Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage ringenden Betriebsarbeiter zunächst am wichtigsten ist. Was die Freien Gewerkschaften im vorigen Jahre hinsichtlich der Verbesserung des Arbeitsschutzes, der Sozialversicherung, des Arbeits- und Wirtschaftsrechtes, der Bildung der Arbeiterschaft und überhaupt auf kulturgeschichtlichem Gebiet getan haben, kann in diesem Zusammenhang nicht einmal angedeutet, viel weniger auch besprochen werden. Schließlich ist auch das Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes dazu da, um von den Mitgliedern der Freien Gewerkschaften, vornehmlich aber von ihren Funktionären, gelesen zu werden. Sie sollen daraus neuen Antrieb für ihre Arbeit in den Verbänden erhalten und daraus Material für den Kampf gegen die Gegner der freien Gewerkschaftsbewegung schöpfen.

Die Bilanz des ADGB. für das Jahr 1929 läßt die berechtigte Erwartung zu, daß es den Freien Gewerkschaften auch in dem noch schwereren Krisenjahr 1930 gelingen wird, die Verhältnisse, die gewissellos dünner erscheinen, zu meistern und die Bahn für den weiteren wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse frei zu machen und frei zu halten.

Abteilungskonferenz des Gesamtverbandes

Die in München stattgefundene erste Reichskonferenz der Abteilung B des Gesamtverbandes — unter die Abteilung fallen die Reichs- und Staatsbetriebe, weiter die Bühnen, Theater, Bezirks- und Sichtspielhäuser — nahm nach einer Eröffnungsansprache des ersten Vorsitzenden des Gesamtverbandes, Schumann, ein Referat des Ministerialrats im preußischen Wohlfahrtsministerium, Graf, über die Sozialversicherung der Reichs- und Staatsarbeiter entgegen. In zum [illegible] Zahlenmaterials behandelte Graf das weitergehende Gebiet der Kranken- und Invalidenversicherung und der Zusammenführung. Dabei beleuchtete er die [illegible] Verschlechterungen der Sozialversicherung durch die Brüningsche Notverordnung.

Den Geschäftsbericht erstattete der Vorsitzende der Reichsabteilung, Josef Stetter. Im Reichs- und Staatsdienst sind, wie Stetter feststellte, 65 000 Arbeitnehmer beschäftigt, von denen 40,3 Prozent [illegible] organisiert sind. Trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse in dem letzten Jahrzehnt gelang es, die Löhne um 17 Prozent zu erhöhen.

In der [illegible] Aussprache kam eine einheitliche Auffassung, in der Bejahung der festen Willens zu einer strafferen Organisation und zu einem engeren Zusammenschluß zum Ausdruck. [illegible] Eingliederung der Angestellten und Beamten [illegible] Bezirksleiter und Lichtspielhäuser [illegible] gegen die [illegible] Unterbietung, bei der Zusammenarbeit der Theater mit die gegenüber der Bezirksgruppe erfolgten Klagen für das [illegible]

Personal zurückzuführen sei; sie erwarten von den in den Kommunal- und Länderparlamenten tätigen Arbeitervertretern weitgehende Unterstützung im Kampf um die Erhaltung des deutschen Kulturtheaters. Eine dritte Entschließung wendet sich gegen die durch die Brüningsche Notverordnung herbeigeführten Verschlechterungen in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung. Der Reichstag müsse diese verfassungswidrigen Verordnungen beseitigen.

Neue Arbeiterentlassungen

Die „Gute-Hoffnungshütte" wird am 1. und 15. Oktober insgesamt 1215 Bergleute und Kokereiarbeiter entlassen. Mehrere Zechen der Firma werden stillgelegt.

Der Kampf um den Gehaltsab

Ein verständnisloses Urteil des Landesarbeitsgerichts

Die achte Kammer des Landesarbeitsgerichts Ber[illegible] am Mittwoch in einer Berufungsklage der Bre[illegible] Werke in Brandenburg gegen den Gewerkschaftsbund d[illegible] gestellten der Auffassung der Arbeitgeberseite dahin [illegible] während der Dauer eines Tarifvertrages eine Verkürzu[illegible] Arbeitszeit bei gleichzeitigem Gehaltsabbau vorgenommen darf. Das Arbeitsgericht Brandenburg hatte wie das Arbeitsgericht Berlin die Kürzung des [illegible] bei Einführung der Kurzarbeit für unzulässig erklärt. Ei[illegible] vision des Urteils vor dem Reichsarbeitsgericht wur[illegible] gelassen.

Die Verhandlungen in der Berliner Metallindust[illegible] einen neuen Lohntarifvertrag — der alte Vertrag läu[illegible] 1. Oktober ab — werden am Freitag aufgenommen.

Abwehrkampf im Holzgewerb

Der Gauvorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für Schlesien übersendet uns den folgenden Bericht über den Stand der Abwehrbewegung der Holzarbeiter in Schlesien:

Der Innungsverband hat an sämtliche Innungen Schlesiens ein Rundschreiben herausgegeben, wonach laut Beschluß des Vorstandes des Innungsverbandes die Stundenlöhne auf den Stand vom 1. Oktober 1928 herabzusetzen sind. In seinem Organ, dem „Schlesischen Tischlermeister", sowie in den „Breslauer Neuesten Nachrichten", versucht er die Dinge so darzustellen, als wenn der Lohnabbau in ganz Schlesien durchgeführt wäre und der Deutsche Holzarbeiter-Verband nur in zwei Fällen, in Strehlen und in Beuthen, schwachen Widerstand geleistet hätte. Demgegenüber stellen wir folgendes fest: Von den Betrieben des Innungsverbandes stehen wir im Abwehrstreik in Beuthen, Gleiwitz, Hindenburg und Schmarse in 25 Betrieben mit 145 Beteiligten. In vier anderen Orten mit 48 Kleinbetrieben und zirka 80 Beschäftigten ist unseren Kollegen wohl der Beschluß des Innungsverbandes bekannt gemacht, aber auf den Widerstand unserer Kollegen hin nicht ausgeführt worden. In allen anderen Innungsorten pfeifen die Arbeitgeber auf die Parole des Innungsverbandes und bezahlen die alten Löhne weiter.

Von den Betrieben des Landesverbandes für das Holzgewerbe in Schlesien haben wir noch Abwehrstreiks in Patschkau, Görlitz, Ziegenhals und Schweidnitz in fünf Betrieben mit 340 Beteiligten. In Ziegenhals haben nach vierzehn Tagen Streik drei Betriebe bewilligt, so daß wir dort nur noch einen Betrieb mit dreizehn Streikenden haben. In Liegnitz hat nur die Klavierfabrik von E. Seiler mit 175 Beteiligten auf einen Lohnabbau von 9 Pfennig pro Stunde bestanden, nach dreiwöchigem Streik aber wieder die alten Löhne anerkannt. In Strehlen genügten in zwei Betrieb[illegible] 70 Beschäftigten zehn Tage Streik zur Wiederanerkenn[illegible] alten Löhne. In Erdmannsdorf, Striegau, L[illegible] und Neisse, fünf Betriebe mit 215 Beschäftigten sind du[illegible] schiedenen Widerstand der Betriebsvertretungen und der [illegible] schaften die Lohnabbauabsichten der Unternehmer von vor[illegible] also ohne Streik, abgewehrt worden. In allen andere[illegible] trieben des Landesverbandes, also in den größeren [illegible] deutendsten Orten des Holzgewerbes in Schlesien ha[illegible] Unternehmer den Zimmt von vornherein nicht mitgemac[illegible]

Wir befinden uns also zurzeit in acht Orten mit [illegible] trieben und 485 Beteiligten im Abwehr[illegible] In sieben Orten mit elf Betrieben und 590 Beteiligten ko[illegible] Abbau durch Streik, teilweise auch ohne Streik, abgewehrt [illegible] und sonst ist in ganz Schlesien mit weiteren zirka 440 Be[illegible] und rund 3800 Beschäftigten vollständig Ruhe und a[illegible] Ordnung.

Der Vorstand des Innungsverbandes schreibt in „Schlesischen Tischlermeister": „Die schlesischen Tischle[illegible] können ruhig schlafen, der Verband wird wachen, und wi[illegible] der Vorstand des Innungsverbandes kann sich mit seiner [illegible] erstattung ruhig schlafen legen, der Deutsche Holzarbeiter-V[illegible] wird wachen.

Beim Reichsarbeitsminister ist die Verbindlichke[illegible] Schiedsspruches des Lohnamtes für das deutsche Holzgewer[illegible] 22. August beantragt, die Entscheidung darüber liegt no[illegible] vor. Aber einerlei, was draus wird, für uns in Schlesi[illegible] der Abwehrkampf weiter.

Die Holzarbeiter werden weiter wie bisher, w[illegible] Diktatur, auch ein Lohndiktat ablehnen. Einigkeit un[illegible] harren wird uns zum Ziele führen.

Böttcherstreik bei Dinter in Breslau

Der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter teilt mit: Seit längerer Zeit sind wir bemüht, für die in den Böttchereien Beschäftigten wieder tarifliche Verhältnisse zu schaffen. Der bis Mitte vorigen Jahres geltende Tarifvertrag war gekündigt und konnte wegen offenbarer Tariffeindschaft der Unternehmer nicht wieder erneuert werden. Ein Schiedsspruch, der die bisherigen Lohn- und Tarifbedingungen auf weitere 1½ Jahre festlegte, wurde von beiden Parteien abgelehnt, sodaß zurzeit ein tarifloser Zustand besteht.

Die Inhaber von Böttchereibetrieben glauben nun, daß auch für sie die Zeit gekommen ist, so wie die Großindustriellen die Arbeitsbedingungen abzubauen. Insbesondere tut sich dabei die Firma Dinter, Breslau, Lehmdamm 86, hervor, die zunächst einmal ihren Leuten einen Lohnabbau von 17 bis 20 Pf. zumutete und schließlich auf jeden Fall darauf bestand, die Löhne um 7 Pf. pro Stunde zu kürzen. Dabei wurde den Beschäftigten folgender Arbeitsvertrag zur Unterschrift unterbreitet:

1. Unterzeichneter bekennt sich hiermit, als Böttchergeselle bei der Firma Otto Dinter, Breslau, Lehmdamm 86, beschäftigt zu sein.
2. Von der Arbeitsordnung der Firma Dinter hat Unterzeichneter Kenntnis genommen und verpflichtet sich, dieselbe streng innzuhalten.
3. Als Stundenlohn ist 95 Pf. vereinbart, und zwar werden nur die Stunden bezahlt, für welche Arbeitsleistung erfolgt ist. Differenzbeträge zur Krankenkasse, Unfall, Termin, Verdingung usw. werden nicht vergütet.
4. Urlaub ist nicht vereinbart, doch steht es der Firma Dinter anheim, nach ihrem Ermessen bei gutem Geschäftsgang, welcher einen Gewinn garantiert, denselben zu gewähren.
5. Bei jeder Lösung ist der Arbeitnehmer verpflichtet, irgendwelche Forderungen sofort geltend zu machen, andernfalls dieselben nach acht Tagen keine Gültigkeit haben. Tarifliche Vereinbarungen sind beiderseits nicht vorhanden.
6. Die Kündigung ist frei, wenn nicht anders vereinbart, eine tägliche.

Dieser Arbeitsvertrag ist wirklich wert, in der Oeffentlichkeit bekannt zu geben. Man kann daraus ersehen, wie weit die Willkürherrschaft der Unternehmer geht. Die Böttcher, die durchweg freigewerkschaftlich organisiert sind, haben für ein derartiges [illegible] Verhalten die richtige Antwort erteilt, indem sie die Arbeit einstellten.

Wir ersuchen, strenge Solidarität zu üben.

Oeffentliche Sitzungen des Landesarbeitsamt Breslau

Der Zentralverband der Schuhmacher, Breslau, schreibt uns:

Am 12. Mai [illegible] wurde von dem Sprechausschuß in Sachen einer Eingabe über zwei Anträge von Gewerkschaften für die Verlängerung der Krisenunterstützung. Die Entscheidung wurde abgelehnt. Da diese Anträge berechtigt sind, wurde am Landesarbeitsamt Breslau der Antrag auf die Verlängerung der Verhandlung gestellt. Seit Mai warten die Beteiligten auf irgend eine Entscheidung des Landesarbeitsamtes.

Wo [illegible] am Landesarbeitsamt durch diese Verhältnisse [illegible] Ist man nicht [illegible] Kann man nicht [illegible] Arbeiterschaft, die zur Erhaltung [illegible] Verlängerung zu verlangen? [illegible] Wie kann [illegible] Wie kann [illegible] Weiterverfolgung solcher Anträge [illegible]

Wir [illegible] Stellungnahme auf eine „Mitteilung der Verlängerung [illegible] wurden, halten wir es für richtig, der Arbeiterschaft zu zeigen, wie „Ernst" diese Einrichtungen, die man den Beiträgen der Arbeiterschaft erhalten werden, im „Interes[illegible] Arbeitslosen arbeiten.

Baugewerksbund, Baugewerkschaft Bre[illegible]

Unseren Kollegen zur Kenntnis, daß wir wieder 40 [illegible] für die Winter- und Betriebsräteschule erhalten haben [illegible] Kursus umfaßt 8 Abende von Ende September bis [illegible] Februar. Die Kursusabende liegen immer etwa vier [illegible] auseinander. Die Teilnehmergebühr wird den Kollegen, [illegible] beteiligen wollen, in der Weise vergütet, wie im Winter 1[illegible] Anmeldungen zu diesem Kursus bitten wir umgehend na[illegible] Büro gelangen zu lassen. Kollege Ohlig oder K[illegible] Jünschke wird sie entgegennehmen. Die Meldungen [illegible] bis Sonnabend, den 27. September, allerspätestens abgel[illegible] sein. Wir bitten namentlich die Delegierten davon Gebra[illegible] machen und hoffen auf eine zahlreiche Beteiligung.

Wissen macht frei! Die Ortsverwaltu[illegible]

Das stille Geschäft der Reichsba[illegible]

Die Bestände der Reichsbank an Handelswechseln [illegible] Schecks haben mit 1366,2 Millionen Mark in der Woche [illegible] 15. September einen neuen Tiefstand erreicht. Der [illegible] fluß betrug 205,7 Millionen Mark gegenüber 170,5 Mill[illegible] Mark im vorigen Monat. Insgesamt ist die Kreditbeanspru[illegible] um 200,6 Millionen Mark auf 1531,5 Millionen Mark (im [illegible] monat 1596,4 Millionen Mark) zurückgegangen. Bei den G[illegible] und Devisenbeständen liegt eine starke Abnahme [illegible] 71,8 Millionen auf 2939,2 Millionen Mark vor. Der Rü[illegible] entfällt durchweg auf die Devisenbestände, die sich um 71,6 [illegible] auf 320,5 Millionen Mark verringerten. Hier dürfte [illegible] Devisenbedarf für die Reparationszahlu[illegible] eine Rolle spielen.

Die Preisbewegung in Frankre[illegible]

Der Index der französischen Großhandelspreise hat sich im Monat August gegenüber dem Vor[illegible] um 4 Punkte auf 544 gesenkt. Der Rückgang ist ausschl[illegible] auf den Preisrückgang eingeführter Industrieerzeugnisse [illegible] zurückzuführen. Der entsprechende Index hat von 460 auf 446 [illegible] gelassen. Bei den französischen Preisen selbst geh[illegible] Anpassung an das Weltmarktniveau weiter. [illegible] ist das Preisniveau im Inland mit 599 um 3 Punkte geh[illegible] Auch der Kleinhandelsindex ist nach einer Senkung [illegible] ersten und zweiten Vierteljahr 1930 neuerdings wieder [illegible] gestiegen. Er machte im August 620 aus gegen 601 im Juli [illegible]

Das Sterben ohne Ärztehilfe

Es ist leider dank einer hemmungslosen Agitation [illegible] manchen Kreisen üblich geworden, die Sozialversicher[illegible] Lugus zu bezeichnen. Die Kehrseite sieht anders aus. [illegible] liefert das Statistische Amt der Stadt Berlin einen [illegible] Das genannte Amt hat eine einmalige Erh[illegible] durchgeführt, in wieviel Fällen in Berlin [illegible] Personen vor ihrem Tode nicht in ärztlicher Behandlung [illegible] Das Ergebnis ist erschütternd. Bei rund 50 000 Todesfäll[illegible] es gab Menschen, die die Hilfe eines Arztes [illegible] Nach der Berliner Bevölkerung [illegible] kann auf [illegible] Kranken[illegible] wäre die Mutter noch [illegible] Die [illegible] Statistik, die leider aus sogenannten Sparsamkeitsgründen [illegible] unterbrochen werden kann, ist sicherlich ein Warnungszeichen [illegible] denen der Abbau der Sozialversicherung [illegible] weit gehen geht.